

DER KAMPF

Jahrgang 4

1. März 1911

6. Heft

Karl Renner: Die Trilogie unserer Leiden

Das hat noch gefehlt, um das Mass voll zu machen. Die unselige Politik der bürgerlichen Parteien unseres Staates führt jetzt den zweiten Teil der Tragödie der Völker Oesterreichs auf und rast der Katastrophe zu.

Der Fluch der Völker, der Nationalismus, zeigt sich wieder einmal in einem anderen Lichte. Dieser Wahnsinn hat nämlich zwei Methoden. Durch anderthalb Jahrzehnte haben die bürgerlichen Parteien in ihrem Chauvinismus das Ansehen dieses Staates in der Welt herabgesetzt, seine Macht untergraben, der Nationalismus hat gedroht, das Reich in Stücke zu reissen und die Trümmer den Nachbarn zu verhandeln. Nach allen Himmelsgegenden, nach Berlin und Petersburg und Rom und — Belgrad gingen die Pilgerzüge der Nationalisten. Sie gaben dem Staat kein Budget, dem Heer keine Rekruten, der Gemeinsamkeit keinen Pfifferling mehr. Los von Ungarn! brüllten die Horden Luegers vor dem ungarischen Ministerium in der Bankgasse, los von Wien! schrien die Magyaren in den Strassen von Pest. Und so auf den Hund haben sie die Reputation, den Kredit und die Volkswirtschaft des Staates gebracht, dass die Zaunkönige des Balkans mit ihren jungen Schnäbeln das „althehrwürdige Reich“ zerreißen zu können sich herausnahmen.

Noch klingt uns allen im Ohre das Geschrei der Lautmäligsten: eines gewissen Herrn Karl Hermann Wolf, eines Klofač; die pathetische Phrase der Eingebildetsten, eines Prade, Sylvester und Dobernig, der Ministerankläger von anno dazumal, eines Kramař und Stransky, der Protagonisten des Slawentums in der Welt; und all das langatmige Geschwätz der Atlasse des magyarischen Globus, eines Tisza und Apponyi, eines Kossuth und Justh. Zehn entscheidende Jahre der Weltentwicklung haben sie mit ihrem unfruchtbaren Lärm ausgefüllt und die Völker Oesterreich-Ungarns in Stillstand erhalten, gerade zu jener Zeit, wo die Welt handelspolitisch verteilt worden ist. Damals hat der bürgerliche Nationalismus die Völker Oesterreichs um die Plätze an der grossen Tafel der Erde betrogen und heute hausieren unsere Kaufleute vor den versperrten Toren aller Länder vergebens. Keine Macht der Geschichte bringt uns dieses versäumte Jahrzehnt zurück. Wir spüren es ja in allen Gliedern der Volkswirtschaft: Sie sind gelähmt durch die chronische Krise, dieweil alle anderen Staaten sich längst regen und schaffen.

Das war der erste Teil des Trauerspiels der österreichischen Völker. Man sagt, das Drama sei wie ein reinigendes Gewitter für die Seelen. Man sagt auch, „der Schaden macht klug“ und „durch Fehler lernt man“. Die Ausschreitungen des Nationalismus hatten das eine Gute, dass alle Nationen in Stunden der Selbstbesinnung ernsthaft ihr Verhältnis zum Staate nachprüften. Da gingen die Deutschen daran, im Pfingstprogramm des Jahres 1899 Nation und Staat abzugrenzen. „Wir bestellen nur unser eigenes Heim — wir gönnen jedem anderen das seine“, hiess es. Da begannen auch die Bürgerlichen mit der nationalen Autonomie zu kokettieren. Der Staat sollte gleichsam neutralisiert werden: Er scheidet aus seiner Machtfülle das aus, was die Nationen für sich brauchen, er gibt ihnen, was der Nationen ist, damit auch diese ihm geben, was des Staates ist. Und damit erschien eine Zeitlang der nationale Friede im Anmarsch.

Allein es war nur ein lichter Zwischenraum im Wahnsinn. Der Nationalismus tobte fort, die bürgerlichen Parteien aller Nationen wollten den Frieden nicht, bis das Ge-

wissen der Massen sich empörte, bis die revolutionäre Wahlrechtsbewegung das Kurienparlament in Scherben schmiss und die Staatsgewalt sich an der Wahlreform wieder aufrichtete.

Da trat der Oberst Fabricius mit Säbel und Feldbinde in das Budapester Parlament und die schnatternde Schar der Gänse stob auseinander. Und nun ging es Schlag auf Schlag, bis endlich der bosnische Konflikt und das Standrecht in Prag den Nationalismus aller Zungen belehrte, dass die Flinte, die schießt, und der Säbel, der haut, und die Galgenschnur ganz andere Machtfaktoren sind als die Schimpfsalven der Tribüne. Nicht zwar durch die Logik ihrer Köpfe, aber durch die Logik der Dinge sind dann Kamarilla und Regierung dahinter gekommen, dass die Revolten der nationalistischen Bourgeoisien ein fauler Zauber, blosser Theaterlärm sind, dass der Bourgeois es ganz gerne hört und sieht, wenn die anderen sich die Köpfe einschlagen, aber selbst seine Ruhe liebt. Und so setzte man den Bienerth auf die Ministerbank, trug ihm die Ermattungsstrategie auf, legte ihm die Rolle des Hungerkurkünstlers bei und wartete ab.

Da schlug denn der Heldenmut der Nationalisten um in schmachvolle Feigheit. Von jetzt ab drängen sich die bürgerlichen Parteien heran an die Regierung, buhlen um ihre Gunst und aller nationaler Lärm entsteht bloss durch das Gedränge um die Gnade von oben, ist bloss der Ruf höhnischer Schadenfreude bei denen, die das Glück haben, Bienerth zu dienen, und das Gewinsel des Neides der Zurückgesetzten.

Das Verhalten der bürgerlichen Parteien zu der Regierung im Parlament, der Mehrheit wie der Minderheit, ist schon lange eine Schmach für unser öffentliches Leben. Das Wort des Tacitus „ruere in servitium“* passt voll und ganz auf diese Parteien. Dabei kommen — man vermag es kaum auszusprechen — die Christlichsozialen noch besser weg als der sogenannte Deutsche Nationalverband. Denn sie waren von jeher schwarzgelb und regierungstreu und, wenn sie Bienerth und Stürgkh halten, wissen sie auch warum. Denn die Regierung besorgt ihre Geschäfte. Geradezu widerlich aber sind diese Deutschfreiheitlichen, die jetzt schon seit Jahren jede klerikale, reaktionäre, volksfeindliche Tat der Regierung decken, jede Schmach auf sich nehmen, nur damit den Slawen nicht das Heil zuteil werde, diese Schmach tragen zu dürfen. Und am allerwiderlichsten sind die Leute um Wolf. Der baronisierte Chiari und der Eingänger Steinwender waren niemals Himmelsstürmer und Reichsfeinde. Aber dass gerade jene, die das „Los von Rom“, das „Los von Oesterreich“, das „Heil Hohenzollern“, das Wort von der „polnischen Sauwirtschaft“ eingebürgert haben, sich jetzt Herrn Grafen Stürgkh als den Träger eines deutschen Regimes einreden lassen und darum im Bunde mit Polen und Römlingen der Regierung Knechtesdienste tun, das ist schmälicher, als man das von irgend einer Bourgeoisiepartei gewöhnt ist.

Natürlich sagen sie, dass sie um des nationalen Erfolges willen Selbstverleugnung üben! Aber wo ist denn dieser Erfolg? Wo denn? Wo ist denn die Abgrenzung in Böhmen? Wo die Provinz Deutschböhmen? Wo sind die deutschen Kreisregierungen? All das ist ferner als je, eine Fata Morgana: Das einzig Reale ist die hochmögende Statthalterschaft des Grafen Thun, die wiederaufgerichtete feudale Vormundschaft über die Bourgeoisien beider Zungen in Böhmen.

Nicht immer, wenn auch nicht selten ist die Prostitution eine Schande — häufig ist sie nur Unglück. Aber eine Prostitution ohne Entgelt, aus blosser Liebe zur Sache, das ist Schande und Torheit zugleich.

Die deutschen Nationalisten werden sich vergebens damit zu rechtfertigen suchen, dass die slawischen nicht ein Haar besser sind. Man darf sich durch die vorgeschützte Oppositionsstellung der Herren Kramář und Schusterschitz nicht täuschen lassen. Diese Opposition ist blosses Scheinmanöver, gut genug, die politischen Kinder in der eigenen Nation — und es gibt solche! — zu täuschen. Man nenne uns den Punkt, wo sie in Opposition gegen das System stehen! Wann haben sie die Wirtschaftspolitik, die Sozialpolitik, die politische Praxis, die klerikale Richtung der Regierung als solche bekämpft? Welche ihrer realen Vorlagen haben sie befehdet? Haben sie sich nicht selbst zu der Steuerreform der Regierung, zu ihren Plänen der Sanierung der Landesfinanzen

* Zu Deutsch: „Hineinrennen in die Knechtschaft“.

bekannt? Sind sie nicht im Herzen höchlichst befriedigt darüber, dass die Staatsanwälte die Arbeiterblätter wieder zu konfiszieren beginnen? Man prüfe die Abstimmungslisten über alle wirklich verhandelten Anträge nach und wird finden, dass diese sogenannte Opposition in keiner einzigen prinzipiellen Frage einheitlich oder auch nur ganz überwiegend, aus Prinzip gegen die Regierung votiert hätte. Sie stimmt offen mit der Regierung, verwaltet hinter den Kulissen mit und beratschlagt in vertraulichsten Komitees mit der angeblich ghassten Mehrheit und Regierung, wie denn die Staatskassen zugunsten der Länder geschröpft werden könnten.

Sie führt keinen sachlichen, prinzipiellen Kampf, sie ist keine Opposition in konstitutionellem Sinne. Sie verlegt ihren Kampf auf lauter Formalien, auf Erklärungsdebatten, Tagesordnungsfragen, Geschäftsordnungskniffe, weil sie in der Sache nichts Besonderes will. Sie will persönlich daran, will Sitze im Ministerium, Stellen in der Verwaltung, Expansion im Staatsdienst, sie will dieselbe wirtschaftliche und soziale Reaktion, nur in anderer Zunge, dieselbe Schmach in anderer Mundart! Reale Erfolge für die Nation kann sie ebensowenig erpressen, wie die Mehrheit sie zu erbetteln vermag. Denn die Regierung kann sie nicht geben — bei Strafe der Obstruktion des Gegners. Sowenig als Herr Wolf die Abgrenzung erkriecht, ertrotzt Kramář die Brüner Universität. Auf diesen Wegen ist nichts zu finden!

Beide Methoden sind trotz des verschiedenen Gehabens dieselben. Denn das Bellen ist ebenso Hundart wie das Schweifwedeln. Es ist immer derselbe Byzantinismus. Man muss unsere Herren Bürgerlichen nur verstehen. Bedientenseelen sind demütig, solange die Herrschaft gnädig ist. Fühlen sie sich zurückgesetzt, so laufen sie zu einem andern Herrn und verunglimpfen den früheren. Jahrelang haben die bürgerlichen Parteien mit dem bekannten Bürgerstolz vor Königsthronen den daheim verschmähten Byzantinismus im Ausland, in Berlin und Petersburg, offeriert. Durch Flinte und Galgen bescheiden gemacht, begnügen sie sich, ihn in heimatlicher Konkurrenz zu betätigen. Und darauf haben sie sich jetzt eingerichtet.

Natürlich werden Hof- und Militärpartei des Vorteils gewahr und nützen ihn aus. Unerhörte, ungeheuerliche Forderungen stellt der Moloch Militarismus und der Leviathan Marinismus. Es ist rein so, als beabsichtige man eine Belastungsprobe auf den Wahnwitz des Nationalismus zu veranstalten.

Die ganze Oeffentlichkeit war durch diese Forderungen in starres Entsetzen versetzt. Bürgerliche Fachleute der Volkswirtschaft erhoben ihre warnende Stimme, Marinefachleute wagten sich hervor und zeigten die Ueberflüssigkeit und Gefährlichkeit der Dreadnought-Experimente für Oesterreich auf. Sogar die „Neue Freie Presse“ sah sich genötigt, auf die öffentliche Meinung Rücksicht zu nehmen und von Abstrichen zu reden. Der Deutsche Nationalverband berief eine Sitzung ein, um seine Delegierten entsprechend zu instruieren.

Der Leser denkt wohl, dass nunmehr die öffentliche Intelligenz des Landes sich an die ernste Prüfung der Vorlagen machte? Es ist ein schicksalsschwerer Schritt, wenn ein Binnenland wie Oesterreich-Ungarn daran geht, die See mit Wehr und Waffen zu beschreiten, wenn die Bewohner der Alpen, die Söhne der Puszta, die Anrainer der podolischen Ebene in Galizien und jene zwei Völker, welche das innerste Herz des europäischen Festlands, den böhmischen Gebirgskessel bewohnen, auf einmal die Hälfte ihres Interesses auf das Meer verlegen, wenn ein Land, das von grossen Militärmonarchien zu Lande umdräut ist, neue Feinde auf dem unbegrenzten Kriegsschauplatz des Weltmeers sucht. Ein Entschluss wahrhaftig, der des Bedenkens wert ist.

Wir Sozialdemokraten sind Gegner der Rüstungen, uns ist das keine Frage. Aber den Bourgeoisien Oesterreichs, die einen grossen Teil ihres Vermögens in die trügerische Salzflut versenken sollen, müsste das doch wohl ein Gegenstand ernster Erwägung sein?

Und die zweite Frage! Beim Anblick der alten Ritterrüstungen fragt sich der moderne Mensch, ob sein Körper nicht zu schwach geworden sei, so schwere Wehr zu tragen. Dieselbe Frage hat die bürgerliche Oeffentlichkeit angesichts der Landrüstungen aufgeworfen und prophezeit, dass sie die Völker über kurz oder lang erdrücken müssen.

Und nun sollen wir über dem schweren Eisenhemd ungezählter Gewehre und Feldgeschütze noch den Panzer der Seeschiffe und Küstengeschütze tragen?

Ist da nicht die bescheidene, aber dringende Frage erlaubt: Sind wir stark und reich genug für dieses doppelte Gewand?

Ein Volk, das sich diese Frage nicht einmal erlaubte, das seine Kräfte vor diesem Entschluss nicht ernsthaft prüfte, ein solches Volk wäre unreif und unwert, zu sein!

Nichts nützt die Berufung auf das Ausland, zumal auf das verbündete Deutschland. Ja, Deutschland ist in vierzigjährigem Frieden sehr stark und reich geworden, aber wir in Oesterreich-Ungarn haben uns selbst in dem vierzigjährigen Kampf der Nationalitäten aufgerieben und infolgedessen den Weltenfrühling der Wirtschaftsmächte, Aussaat und Erntezeit verpasst!

Schlagen wir doch, nur so fürs erste, als Stichprobe, ein wenig die statistischen Handbücher auf, vergleichen wir Deutschland mit Oesterreich!

Das besteuerte Bruttoeinkommen in Oesterreich macht rund 4 Milliarden Kronen aus, jenes von Preussen allein 16 Milliarden Mark*, das ist beinahe fünfmal so viel. Und dabei ist Oesterreich noch bei weitem reicher als Ungarn, das ja mitzuzählen ist. Ein armes Land sind wir also; wir sollen mit dem reichen Deutschland gleichen Schritt halten — zu Wasser und zu Land!

Und ein hungerndes Volk sind wir dazu! Der Konsum an Weizen und Roggen per Kopf der Bevölkerung betrug im Jahrfünft 1902 bis 1906 im Deutschen Reich 247·6, in Oesterreich-Ungarn 174·0 Kilogramm. Wir hatten also schon damals, vor der enormen Teuerung, buchstäblich nicht genug Brot zu essen**. Auch der Verbrauch aller anderen Zerealien gibt dasselbe Bild: Gerste per Kopf Deutsches Reich 77·9, Oesterreich-Ungarn 45·4 Kilogramm, Hafer Deutsches Reich 120·6, Oesterreich-Ungarn 54·4 Kilogramm. Nur der Mais (Viehmast und Polenta) steht günstiger: Deutsches Reich 15·8, Oesterreich-Ungarn 72·1 Kilogramm.

Man meint also wohl, dass wir wenigstens das Nahrungsmittel der armen Teufel, die Kartoffel, in hinreichendem Quantum konsumieren? Welch traurige Täuschung! Im Durchschnitt des Jahrfünfts 1901 bis 1905 entfallen auf den Kopf der Bevölkerung im Deutschen Reich 635·7 Kilogramm, in Oesterreich-Ungarn jedoch nur 258·3 Kilogramm Kartoffeln. Und von diesem Quantum raubt der Staat durch die Prämien für Schnapsbrenner einen beträchtlichen Teil dem Konsum und führt ihn dem Fuselkessel zu.

Wo man anpackt, überall dieselben Zeichen der Armut, der Minderernährung, der Zurückgebliebenheit. Betrachten wir die durchschnittliche Menge des Konsums von Bier, Branntwein und Wein im Jahrfünft 1900 bis 1905 in Litern:

	Bier	Wein	Branntwein	Gesamter Getränke- genuss
Deutsches Reich	119·7	6·58	8·2	134·5
Oesterreich-Ungarn	43·2	17·8	10·3	71·3

Also auch hier ein Manko von 63 Litern per Kopf und das in dem Reiche, welches das gesegnete Weinland Ungarn, das berühmte Bierland Böhmen, das berühmte Schnapsland Galizien mitumfasst!

Aber man halte diesen gewissenlosen bürgerlichen Parteien konkrete Daten, ziffermässige Beweise vor — sie hören nicht darauf; blind und taub stellen sie sich gegenüber der Vernunft, gegenüber der Not des Landes und dem Elend der Massen.

Sie überlegen den Schritt zur Seemacht nicht, sie prüfen nicht die Leistungsfähigkeit des Landes! Um alles in der Welt nur keine Ziffern!

Was also erwägt denn der verehrliche Deutsche Nationalverband in ernster Sitzung?

O, das ist einfach, zum Schreien simpel! Die „Neue Freie Presse“ hat das Stichwort gegeben: Wenn wir nicht bewilligen, bewilligen Schusterschitz und Kramář. Wenn wir uns nicht prostituieren, tun es die anderen! Und also bewilligt der Verband!

* Das ungeheure Anwachsen veranschaulichen folgende Ziffern: 1896: 10.148, 1900: 12.042, 1905: 13.947, 1907: 15.874. Das ist in zwölf Jahren um 56 Prozent bei einem Bevölkerungszuwachs von 19 Prozent.

** Der Roggenkonsum steht in einem noch ärgeren Missverhältnis: Deutsches Reich — 151·6 Kilogramm, Oesterreich-Ungarn 64·0 Kilogramm; er wird durch den etwas reichlicheren Weizenkonsum in Ungarn ergänzt, doch bleibt an beiden Brotfrüchten zusammen noch immer ein Manko von über 70 Kilogramm per Kopf und Jahr gegenüber Deutschland.

Wahrhaftig — der Nationalismus ist der Fluch der Völker Oesterreichs, so und so: ob er wie ein Besessener um sich schlägt und das Reich schändet und verwüstet durch den Faustkampf der Rassen, oder ob er mit der byzantinischen Besonnenheit des Staatsmannes operiert!

Und damit also endet das zweite Drama der Völker: Im Namen der Nation werden alle Völker ausgezogen bis aufs Hemd und ihre Habe wird dem Moloch und dem Leviathan geopfert! Im Namen der Nation, ihrer Ehre, ihrer Gunst bei Hofe wird das Volk zum Bettler gemacht! Und nichts, gar nichts ist dafür gewonnen. Nicht das Splitterchen eines nationalen Rechtes, nicht eine Andeutung der Autonomie.

Wir können aber diese doppelte Rüstung nicht tragen, wir können nicht die zweifache Front der Feinde bestehen. Die eine Front zu Lande — das war Russland, der Balkan und Italien, sie ist absehbar und niemals geschlossen. Als Seemacht des Mittelmeeres aber haben wir es nicht nur mit Italien zu tun. Seemächte des Mittelmeeres sind ausserdem und vor allem England und Frankreich, später vielleicht auch die Türkei, Griechenland und Russland, eine unabsehbare Front von Feinden. Hier zwingt der erste Schritt, bis zu Ende zu gehen.

Aber wie können wir das? Wir haben bisher infolge des eingebildeten Konflikts mit einem Miniaturstaat des Balkans einige Schulden gemacht, die uns heute schon schwer drücken. Unsere Renten sind gesunken um den Gesamtbetrag von einer Milliarde. Wir müssen den Rentenmarkt überschwemmen und der Zeitpunkt ist nahe, wo jedes Anlehen das Kapital der Renten um ebenso viel senkt als der Staat ausleiht. Auf dem Rentenwert ist unsere Postsparkasse aufgebaut, die Sparbüchse der Aermsten. Schon heute ist unsere Zahlungsbilanz passiv, schon müssen wir trotz unserer Unterernährung Brotfrucht ausführen, um die Zinsen zu zahlen. Geht das so fort, so hebt sich der Vorhang zum dritten Trauerspiel, zur wirtschaftlichen Katastrophe der Völker Oesterreichs, welche an unserem Landheer und an diesen Dreadnoughts liquidiert werden wird. Mutmasslich wird dann der Byzantinismus der bürgerlichen Parteien wieder umschlagen und endlich keine erfolglosen Pilgerfahrten ins Ausland mehr unternehmen. Dann wird die Trilogie unserer Leiden beendet sein.

Der Nationalismus — das ist der Feind der österreichischen Völker. Er vernichtet sie, indem er sie bestrickt, er macht sie blind, indem er ihnen die helle Fata morgana der nationalen Ehre vorgaukelt, er entkräftet sie und macht sie zu Sklaven durch das Schlagwort von der Macht der Nation. Wehe dem Volk, das sich von ihm betören lässt!

Otto Bauer: Oesterreich-Ungarn und Italien

Italien und Oesterreich-Ungarn rüsten gegeneinander. Ungeheuerliche Rüstungslast hat die letzte Delegationstagung den Völkern Oesterreichs aufgebürdet. Nicht minder schwere Bürde hat der italienische Militarismus dem Volke auferlegt.

Am 9. April werden auf italienischem Boden die Wortführer der Arbeiterklasse Italiens, Oesterreichs und Ungarns zusammenkommen, um gegen die Kriegsrüstungen der beiden Reiche zu protestieren. Gleichzeitig werden in allen Industriegebieten diesseits und jenseits der Alpen die Arbeiter selbst ihre Stimme erheben gegen die Kriegsrüstungen und gegen die Kriegshetze. Während die herrschenden Klassen der beiden Reiche zum Kriege gegeneinander rüsten, führen die Arbeiter beider Reiche den gemeinsamen Krieg gegen ihre Beherrscher.

Weltgeschichtliche Ereignisse haben diesen doppelten Kampf herbeigeführt, weltgeschichtliche Ausblicke erschliesst uns seine Betrachtung.

Die türkische Revolution

Im Jahre 1853 schrieb Karl Marx: „Wie die Lösung so vieler anderer Probleme bleibt auch die des türkischen der europäischen Revolution vorbehalten. In dieser Behauptung liegt keine Anmassung. Seit 1789 erfasst die Revolution immer weitere

Gebiete, werden ihre Grenzen immer weiter gezogen. Ihre letzten Marksteine hiessen Warschau, Debreczin, Bukarest; die äussersten Punkte der nächsten Revolution müssen Petersburg und Konstantinopel sein. Das sind die zwei verwundbarsten Stellen, an denen der russische antirevolutionäre Koloss angegriffen werden muss*." Ein halbes Jahrhundert später war erfüllt, was Marx vorausgesagt. Die Revolution triumphierte am 30. Oktober 1905 in Petersburg, am 24. Juli 1908 in Konstantinopel.

Wirkungen, denen vergleichbar, die die grosse französische Revolution auf die Völker Europas ausgeübt, hat die russische Revolution im ganzen Orient ausgelöst. Zuerst schlug die Welle der Revolution über den Kaukasus nach Persien hinüber. Am 5. August 1906 musste der Schah, einer Volkserhebung weichend, dem persischen Volke eine Verfassung bewilligen. Wohl sammelte die Reaktion bald ihre Kräfte: am 23. Juni 1908 liess der Schah durch die von dem russischen Obersten Liachoff kommandierte persische Kosakenbrigade das Parlamentsgebäude bombardieren. Die Abgeordneten mussten fliehen, die Führer der Revolution wurden verhaftet. Aber der Triumph der Reaktion währte nicht lange. Die Provinz erhob sich. Am 13. Juli 1909 wurde Teheran von zwei Revolutionsarmeen eingenommen. Der Schah flüchtete in die russische Gesandtschaft. Die Revolutionäre setzten seinen unmündigen Sohn auf den Thron, sie stellten die Verfassung wieder her, sie bildeten eine Regierung, an deren Spitze die Führer der beiden Revolutionsarmeen traten.

Für Europa war die erste Wirkung der persischen Revolution die Annäherung Grossbritanniens an Russland. Seit Jahrzehnten hatten Russland und England einander bekämpft. Noch am Anfang der persischen Revolution hatte England die Revolutionäre unterstützt, um den russischen Einfluss am persischen Hof zu brechen. Aber im Fortgang der Ereignisse wurde die Revolution den beiden Mächten zu gefährlich, als dass sie sich ihrer als eines Werkzeuges hätten bedienen können. Russland fürchtete die Rückwirkung der persischen Ereignisse auf den Kaukasus, wo seine Herrschaft in den Jahren 1905 und 1906 mehr erschüttert worden war als in allen anderen Teilen des Reiches. Noch mehr fühlte sich England bedroht. Die revolutionären Parteien in Indien und in Aegypten, die seit dem Siege Japans in der Mandschurei mächtig emporstrebten und nur noch mit den brutalen Repressalien blutiger Ausnahmsgesetzgebung und Ausnahmsjustiz niedergehalten werden konnten, begrüsst den Siege der persischen Revolution als Siege ihrer eigenen Sache. Das konterrevolutionäre Interesse einigte die beiden asiatischen Grossmächte. Am 30. August 1907 schlossen England und Russland einen Pakt über ihr gemeinsames Vorgehen in Asien.

Die russisch-englische Entente, in konterrevolutionärer Absicht geschlossen, trug die Revolution weiter. Das Uebereinkommen zwischen Russland und Oesterreich-Ungarn über die mazedonische Frage wurde aufgelöst, als Baron Aehrenthal am 27. Jänner 1908 den Bau der Sandschakbahn ankündigte. Nun einigen sich Russland und England zu gemeinsamem Vorgehen auch in der Türkei. Am 10. Juni 1908 besucht Eduard VII. den Zaren in Reval. Ihre Minister entwerfen ein Reformprogramm für Mazedonien und fordern vom Sultan seine Durchführung. Sie erzielen damit eine unerwartete Wirkung. Die national gesinnte Oberschicht in der Türkei, das europäisch gebildete Offizierskorps vor allem, sieht durch die russisch-englischen Forderungen die Selbständigkeit der Türkei bedroht. Die Welle der Revolution schlägt in die Türkei über. Im Juli 1908 erhebt sich die Armee in Mazedonien. Der Sultan muss nachgeben, wie der Schah nachgegeben hatte. Auch hier wird ein Reaktionsversuch mit Waffengewalt besiegt. Die revolutionäre Armee etabliert ihre Diktatur in der Türkei.

Die Balkanfrage ist aufgerollt. Oesterreich-Ungarn annektiert Bosnien. Bulgarien erklärt sich für unabhängig. Kreta proklamiert seinen Anschluss an Griechenland. Die Grossmächte rüsten. Aber Russland, durch den japanischen Krieg und die Revolution geschwächt, kann keinen Krieg wagen. Der Friede bleibt erhalten.

Nachdem die äusseren Schwierigkeiten überwunden, geht die jungtürkische Militärregierung daran, ihre Herrschaft zu festigen. Die Türkei schliesst weite Gebiete ein, deren Völker noch vom Ertrage naturalwirtschaftlicher Viehzucht leben, sich ihre uralte

* Marx, „Was soll aus der Türkei in Europa werden?“ „Neue Zeit.“ XXVIII. 2. Seite 10.

Stammes- und Sippschaftsverfassung noch erhalten haben, den türkischen Behörden und Gerichten noch nicht unterworfen sind, in denen Steuereintreibung und Rekrutenaushebung noch nicht durchgesetzt werden konnten. Will die Türkei ein moderner Staat mit moderner Verwaltung und starker Armee werden, will sie die Bedingungen wirtschaftlicher Entwicklung in ihren Ländern schaffen, dann muss die staatliche Zentralgewalt gegen diese Völker durchgesetzt werden. Es gilt, in Albanien und im Ostlibanongebiet, in Kurdistan und in Arabien an die Stelle der urwüchsigen Regierung der Familienhäupter, Sippschaftsältesten und Stammesfürsten die Verwaltung der türkischen Behörden, an die Stelle der Blutrache der Sippschaften die Gerichtsbarkeit der türkischen Gerichte einzusetzen, die Völker zu entwaffnen und die Rekrutenaushebung und Steuereintreibung in diesen Gebieten durchzusetzen. Die Revolution leitet hier die Durchsetzung der modernen Staatsgewalt gegen die alte Sippschafts- und Stammesverfassung ein. Aber diese Versuche treiben die Völker, die jetzt erst der zentralisierten Staatsgewalt unterworfen werden sollen, zur Empörung. Im Drusenlande, östlich vom Libanon, muss die türkische Regierung mit den Rebellen ein Kompromiss schliessen. Albanien wird nur mit schwerer Mühe unterworfen und entwaffnet. Arabien ist in hellem Aufruhr. . . . Die Gefahr für die Türkei ist furchtbar gross. Eine Niederlage in Arabien — und in Mazedonien bricht der Kampf der Bulgaren, Serben, Walachen, Griechen gegeneinander und gegen den gemeinsamen Herrn wieder los. Und die bulgarischen Truppen stehen vor Adrianopel!

Das wichtigste Mittel zur Stärkung der türkischen Staatsgewalt ist der Ausbau des Eisenbahnnetzes. Die Eisenbahn erleichtert Truppentransporte, sie bringt die Provinz der Hauptstadt näher, sie erleichtert die einheitliche politische Beherrschung und die wirtschaftliche Erschliessung des Landes. Sehr anschaulich schildert Herr v. Gwinner die Wirkungen des Baues der Anatolischen Bahnen. Ehe der Bahnbau begonnen wurde, „assen Konstantinopel und die türkische Armee Brot, gemacht aus russischem Getreide; heute essen sie Korn aus ihres eigenen Landes Ernte“. Vor dem Beginn des Bahnbaues „war die Sicherheit in Kleinasien kaum grösser als sie heute in Kurdistan ist. Als die Ingenieure der Deutschen Bank eine Station ein Stück jenseits von Ismid am Marmarameer erreichten, machten tscherkessische Räuber die Gegend unsicher; der Chef dieser Räuber ist heute Stationsvorsteher im Dienste der Anatolischen Eisenbahngesellschaft“. So stellt die Eisenbahn erst die Sicherheit der Person und des Eigentums her, sie entwickelt die Produktivkräfte des Landes und die Steigerung der Steuererträge der durch den Bahnbau erschlossenen Gebiete beträgt weit mehr als die Staatszuschüsse für den Bahnbau*. Darum muss die Türkei heute vor allem auf die Entwicklung ihres Eisenbahnnetzes bedacht sein. Aber in diesem Bestreben stösst sie auf die Interessengegensätze der europäischen Mächte, die ihre inneren Schwierigkeiten noch komplizieren.

Das wichtigste unter diesen Eisenbahnprojekten ist das der Bagdadbahn. Die türkische Regierung hat einer von der Deutschen Bank geleiteten Gesellschaft die Konzession zum Bau einer Eisenbahn von Konia bis Basra erteilt. Der Ausgangspunkt der Bahn ist die kleinasiatische Stadt Konia, die mit Smyrna (am Aegeischen Meer) und mit Haidar-Pascha (am Bosphorus) bereits durch Eisenbahnen verbunden ist. Von Konia bis Eregli (nordwestlich vom zilizischen Taurus), dem Mittelpunkt eines grossen Kohlenreviers, ist die Bahn bereits geführt. Im Bau ist die Taurusstrecke von Eregli über Adana nach Killis, von wo ein Seitenarm nach Damaskus geführt werden soll; Damaskus liegt an der bereits im Betriebe befindlichen Mekkabahn (Beirut-Damaskus-Medina-Mekka). Von Killis soll die Bagdadbahn weitergeführt werden über Harran, El Helif, Mosul, Bagdad nach Basra, von wo sie mit einem der Häfen am Persischen Golf verbunden werden soll.

Grossbritannien steht diesem Bahnbau feindlich gegenüber. Es fürchtet vor allem um seine Alleinherrschaft am Persischen Golf. Für England ist seine Monopolstellung im Persischen Meerbusen ein Zugehör seiner Herrschaft über Indien; die Bagdadbahn würde diese Monopolstellung gefährden. Die heute fiktive Souveränität der Türkei am Persischen Golf würde erst Bedeutung bekommen, wenn die Eisenbahn es der Türkei

* Artur v. Gwinner, „The Baghdad Railway and the question of British cooperation“. „The XIXth century.“ Juni 1909.

erlauben würde, Truppen an die Gestade des Persischen Meerbusens zu bringen. Und das Handelsmonopol Englands am Persischen Golf würde gefährdet, wenn das deutsche Kapital, das die Bagdadbahn baut, sich ihm näherte. Welche Bedeutung England auf die Herrschaft am Persischen Golf legt, zeigt die bekannte Erklärung des britischen Ministers des Aeussern Lord Landsdowne am 7. Mai 1903: „England kann keiner anderen Nation erlauben, Schiffahrtsstationen oder Eisenbahnen am Persischen Golf zu haben; jeder Versuch irgendeiner Macht, sich dort festzusetzen, wäre Kriegsfall und würde mit Waffengewalt abgewehrt werden.“

Aber der englische Imperialismus ist nicht nur um seine Stellung am Persischen Golf besorgt. Seine Blicke sind auch auf Mesopotamien gerichtet. Sir William Willcocks sitzt in Bagdad und beginnt mit der Schaffung gewaltiger Bewässerungsanlagen, die die Gebiete zwischen dem Euphrat und dem Tigris wieder dazu machen sollen, was sie einst waren: zur Kornkammer der Welt. Getreide, Baumwolle, Wolle, Petroleum, Erze sind dort zu holen! Die britische Politik will englischem Kapital die Ausbeutung der Naturschätze in diesem Gebiet sichern. Aber von Westen her rückt, je weiter der Bau der Bagdadbahn fortschreitet, das deutsche Kapital diesem Lande der Zukunft näher!

Für die Türkei ist die Beschleunigung des Baues der Bagdadbahn zweifellos ein Lebensinteresse — die weitaus wichtigste Voraussetzung des Erstarkens ihrer staatlichen Gewalt. Deutschland unterstützt sie dabei: der Bau dieser Bahn durch deutsche Banken soll der Ansatzpunkt für die wirtschaftliche Eroberung Vorderasiens für das deutsche Kapital sein. England aber, von Frankreich unterstützt, bereitet dem Bahnbau die grössten Hindernisse. Die Londoner und die Pariser Börse beteiligen sich an der Aufbringung des Aktienkapitals nicht. Frankreich verweigert der Türkei eine Anleihe, deren Ertragnis teilweise auch für die Beschleunigung des Bahnbaues verwendet werden sollte. England verweigert mit derselben Begründung seine Zustimmung zur Erhöhung der türkischen Einfuhrzölle von 11 auf 15 Prozent. Schliesslich erklärt England, dass das Gebiet um Koweit am Persischen Golf unter seinem Schutze stehe und dass es einen Eisenbahnbau in diesem Gebiete nicht dulden werde. . . . So ist die Frage der Bagdadbahn heute der wichtigste Grund der Spannung zwischen Grossbritannien auf der einen, dem Deutschen Reiche und der Türkei auf der anderen Seite*.

Für die Türkei ist die Lage überaus bedrohlich. In demselben Augenblick, in dem der Aufruhr in Albanien, Arabien, im Ostlibanon, in Kurdistan ihre Kräfte lähmt, wird sie zum Streitobjekt der Grossmächte. Bevorzugt sie bei den Eisenbahnbauten deutsches Kapital, so bereitet England ihrer finanziellen Stärkung (durch die Verweigerung der Anleihen und den Widerstand gegen die Erhöhung der Zölle) die grössten Hindernisse, es unterstützt die aufrührerischen Stämme in Asien (zum mindesten durch die Zulassung des Waffenschmuggels im Roten Meer), es ermutigt die Revolutionäre in Mazedonien (so durch die jüngste Unterhausdebatte über die Grausamkeiten, die bei der Entwaffnung Mazedoniens begangen wurden). Wollte die Türkei aber von Deutschland abrücken und bei den Westmächten Unterstützung suchen, so wäre sie kaum besser daran; denn England kann eine allzu starke Türkei nicht wünschen, weil die Renaissance eines mohammedanischen Staates die revolutionären Strömungen in Aegypten kräftigen, in Persien, Afghanistan, Belutschistan den Widerstand gegen den britischen Einfluss stärken, vielleicht auch die Mohammedaner Indiens, die jedes Zugeständnis an die revolutionäre Bewegung der Hindus erbittert, ermutigen würde.

So ist die Türkei aus inneren und äusseren Gründen in einer überaus bedrohten Lage. Von Albanien bis zum Persischen Golf eine Fülle ungelöster innerer und äusserer

* Neben der Bagdadbahn spielen noch andere Eisenbahnpläne eine ähnliche Rolle in der internationalen Politik; so soll die bereits im Bau befindliche Bahn von Samsun (am Schwarzen Meer) nach Siwas einerseits nach Westen eine Anschlusslinie von Siwas nach Angora erhalten, das bereits mit Haidar-Pascha (am Bosphorus) verbunden ist, anderseits nach Süden durch eine Bahn Siwas-Eregli mit der Bagdadbahn verbunden werden. Beide Bahnen soll gleichfalls deutsches Kapital bauen. Dagegen hat Deutschland den Plan eines Bahnbaues Trapezunt-Erserum-Wan (am gleichnamigen See) offenbar in Potsdam aufgegeben; Russland wünscht die Erbauung dieser Bahn nicht, die die Machtstellung der Türkei gegen Nordpersien verstärken würde. Dafür verspricht Russland, der Fortsetzung der Bagdadbahn keine Schwierigkeiten zu bereiten und die Bahnen, die es in Nordpersien bauen will, bei Chanikin (nordöstlich von Bagdad) an die Bagdadbahn anzuschliessen.

Probleme! Niemand wird heute zu entscheiden wagen, ob die türkische Revolution der Anfang einer Renaissance oder der Beginn der Auflösung der Türkei war. Mit der Möglichkeit des Zusammenbruches der Türkei wird heute in London und in Berlin, in Wien und in Rom gerechnet. Die Erben rüsten sich zum Kampf um das Erbe. Das ist der wichtigste Grund der internationalen Rüstungen.

Auch die Rüstungen Oesterreich-Ungarns und Italiens haben ihre Ursache in der Erschütterung der türkischen Herrschaft. Auch Oesterreich-Ungarn und Italien rüsten für den Fall, dass der Zusammenbruch der Türkei den Kampf um ihr Erbe herbeiführt.

Italienischer und österreichischer Imperialismus.

Der Wiener Kongress hat Oesterreich zum Herrn Italiens gemacht. Die Lombardei und Venetien standen unter österreichischer Herrschaft. Die Herzogtümer Toskana, Modena und Parma wurden von österreichischen Erzherzogen beherrscht. Das Königreich Neapel und der Kirchenstaat standen unter österreichischem Einfluss. In fünfzigjährigem Kriege gegen Oesterreich hat sich die italienische Nation ihre Einheit und Freiheit erkämpft. Heute noch gilt der italienischen Volkmasse Oesterreich als der Erbfeind der Nation.

Nachdem das 1861 gebildete Königreich Italien im Jahre 1866 Venetien gewonnen, im Jahre 1870 in Rom seine Hauptstadt gefunden hatte, war das Ziel der nationalen Einheitsbewegung erreicht. Das Streben nach der Eroberung von Trient und Triest, die allein von dem grossen italienischen Besitz Oesterreich blieben, trat zurück hinter die ehrgeizigen Pläne des jungen italienischen Imperialismus. Die Italiener bilden ein Drittel der Bevölkerung des Mittelmeeres; am Mittelmeer, in Tunis und Tripolis hoffte der italienische Imperialismus ein italienisches Kolonialreich zu begründen. Hier stiess Italien auf französischen Wettbewerb: durch den Vertrag von Kasr-el-Said (1881) sicherte sich Frankreich die Herrschaft über Tunis. Der Gegensatz gegen Frankreich trieb Italien in die Arme des Deutschen Reiches und Oesterreichs, seines alten Feindes. Im Jahre 1882 schloss sich Italien dem 1879 begründeten deutsch-österreichischen Bündnis an.

In Tunis von Frankreich geschlagen, suchte der italienische Imperialismus am Roten Meere Ersatz. Aber sein Versuch, Abessinien zu erobern, endete mit der Katastrophe von Adua (1896). Italien musste die Unabhängigkeit Abessiniens anerkennen und sich mit dem Besitz von Massaua begnügen.

Am Mittelmeer und am Roten Meer besiegt, wandte der italienische Imperialismus seine Aufmerksamkeit der Balkanhalbinsel zu. Hier stiess er auf den Wettbewerb Oesterreich-Ungarns. Die Produkte der aufblühenden italienischen Industrie konkurrieren in den Balkanländern mit den österreichischen Industrieprodukten. Italienische und österreichische Schiffahrtsgesellschaften treten in den Balkanhäfen in den Konkurrenzkampf. Italienische und österreichische Eisenbahnprojekte werden einander gegenübergestellt.

Auch in der europäischen Türkei soll das Eisenbahnnetz ausgebaut werden. Aber auch hier wecken die Eisenbahnprojekte die Gier und den Neid der Nachbarstaaten. Die mazedonisch-albanischen Eisenbahnbauten gewinnen hier eine ähnliche Bedeutung wie die Bagdadbahn in Vorderasien.

Unter den Eisenbahnprojekten in der europäischen Türkei sind die folgenden die wichtigsten:

1. Die Sandschakbahn. Sie soll Uvac, den Endpunkt des bosnisch-herzegovinischen Eisenbahnnetzes, mit Mitrovica, einer Station der Eisenbahn Belgrad-Salonik, verbinden. Den Bau dieser Bahn wünscht Oesterreich-Ungarn, weil sie den grossen Hafen von Salonik mit Bosnien verbinden würde. Für die Türkei würde dieser Bahnbau die Festigung ihrer Herrschaft im Sandschak bedeuten. Dagegen sehen Italien, Montenegro, Serbien mit Unmut einen Plan, der Oesterreich-Ungarns wirtschaftliche und politische Machtstellung im Westen der Balkanhalbinsel stärken würde.

2. Die Donau-Adria-Bahn. Sie soll von der serbischen Grenze nach Westen führen, die bestehende Bahn Mitrovica-Uesküb(-Salonik) bei Priština kreuzen und in oder in der Nähe von Antivari an der Adria münden. Ein Interesse an diesem Bahnbau haben Serbien, dem dadurch der Zugang zum Meere gesichert würde, Italien, dessen Waren auf dieser Bahn tiefer in das Balkangebiet eindringen könnten, und die Türkei, deren Machtstellung in

Oberalbanien durch diese Bahn gefestigt würde. Dagegen bekämpft Oesterreich-Ungarn das Projekt, dessen Durchführung die wirtschaftliche Abhängigkeit Serbiens von Oesterreich aufheben und die wirtschaftliche Konkurrenz Italiens in den Balkanländern stärken würde.

3. Die Bahn von Monastir zur Adria. Von Monastir, das bereits ein Schienenweg mit Salonik verbindet, soll die Bahn nach Elbasan geführt werden; von dort soll ein Zweig nach Durazzo, der andere nach Valona führen. Diese Bahn hat die grösste Bedeutung für Italien: Valona ist durch eine nur 100 Kilometer breite Meerenge von Brindisi getrennt. Die türkische Macht in Unteralbanien und an der Adria würde durch diese Bahn gestärkt. Andererseits bekämpfen die österreichischen Imperialisten dieses Projekt noch heftiger als das der Donau-Adria-Bahn: die Bahn wäre der Ansatzpunkt für die Stärkung der italienischen Machtstellung in Albanien; wird Valona eine italienische Flottenstation, dann kann Italien unseren Schiffen den Weg von Triest und Fiume in das Mittelmeer sperren.

4. Die bulgarische Transversallinie von Küstendil (an der bulgarisch-türkischen Grenze) über Uesküb nach Durazzo. Die Bahn soll den bulgarischen Einfluss in Mazedonien stärken. Serbien wäre die Durchführung dieses Planes wohl sehr unerwünscht, für Italien dagegen wäre auch diese Bahn ein Mittel zur Erleichterung seiner wirtschaftlichen Expansion auf der Balkanhalbinsel*.

Der Türkei wird der Ausbau ihres Eisenbahnnetzes durch diese Interessengegensätze der Nachbarstaaten sehr erschwert. Andererseits wird der Gegensatz zwischen Oesterreich-Ungarn auf der einen, Italien und Serbien auf der anderen Seite desto schroffer, je näher der Zeitpunkt rückt, in dem über diese Pläne entschieden werden soll.

Hinter all dem aber erhebt sich drohend die Frage: Was soll mit Albanien geschehen, wenn die türkische Herrschaft zusammenbricht?

Auch der italienische Imperialismus giert nach einem Teil der türkischen Erbschaft. Durazzo und Valona, nur durch einen schmalen Meeresstreifen von Bari, Brindisi, Otranto getrennt, sollen italienische Häfen werden. Albanien soll unter Italiens Schutz stehen. Von der albanischen Küste aus sollen auf italienischen Bahnen italienische Waren in die Balkanländer eindringen.

Der österreichische Imperialismus stellt sich diesen Plänen entgegen. Setzt sich Italien in Albanien fest, dann kann es uns auf der einen Seite zwischen Otranto und Valona die Einfahrt ins Mittelmeer sperren, auf der anderen unsere Expansion von Uvac gegen Salonik verhindern. In der östlichen Hälfte der Balkanhalbinsel wird es unseren Waren eine gefährliche Konkurrenz bereiten und den politischen Widerstand der kleinen Balkanstaaten gegen Oesterreich stärken.

Je schroffer der italienisch-österreichische Gegensatz wird, desto mehr verliert der Dreibund an Kraft; Italien nähert sich wieder Frankreich, England und Russland. Oesterreich-Ungarn schliesst sich um so fester an das Deutsche Reich an. Zugleich beginnen beide Staaten ihre Grenzen zu befestigen, ihre Heere und Flotten zu verstärken. Sie wagen es nicht, den Bündnisvertrag, dieses letzte papierene Hindernis eines Zusammenstosses, zu beseitigen; sie versichern einander, dass beiden jede Absicht, in Albanien einzudringen, fernliege; aber sie rüsten für den Augenblick, in dem der Zusammenbruch der türkischen Herrschaft die albanische Frage aufrollen wird.

In beiden Reichen sucht der Imperialismus seine Eroberungsgier hinter einer volkstümlichen Maske zu verkleiden.

In Oesterreich-Ungarn, dessen Nationen einander mehr hassen als jeden äusseren Feind, wird es ihm freilich schwer, die Zustimmung der Völker zu seinen Rüstungen zu erlangen. Er sucht nach kunstvollen Mitteln: Er gaukelt den Deutschen vor, das Bündnis mit dem Deutschen Reiche erfordere die imperialistische Politik; er weckt unter den Polen die Hoffnung auf einen Krieg mit Russland, der das Königreich Polen befreien werde; er ködert die Slawen mit dem Bilde eines grossen südslawischen Reiches unter Habsburgs Zeppter; er erinnert die Magyaren an die alte Balkanherrschaft der Ungarnkönige.

* Riedl, „Sandschakbahn und Transversallinie“. Wien 1908. — Chlumecky, „Oesterreich-Ungarn und Italien“. Wien 1907. — Otto Bauer, „Oesterreich und der Imperialismus“. „Der Kampf“, II., Seite 17.

Viel leichter und wirksamer kann der italienische Imperialismus die Volksmasse gegen Oesterreich in Bewegung setzen. Jeder Gegensatz gegen Oesterreich weckt ja die Erinnerungen an den grossen Befreiungskampf der Nation, die Hoffnung auf die Vereinigung der noch unter Oesterreichs Herrschaft lebenden Italiener mit dem geeinten und befreiten Italien. Der Irredentismus, durch den Streit um Tunis vor einem Menschenalter zur Ruhe gewiesen, wird durch den Streit um Albanien zu neuem Leben geweckt. Die Verblendung der österreichischen Regierung und unserer bürgerlichen Parteien erleichtert dem italienischen Imperialismus sein Spiel. Hochverratsprozesse und Polizeischikanen, der Widerstand gegen die Autonomie des Trento und gegen die Errichtung der italienischen Universität in Triest geben dem Irredentismus immer neuen Nährstoff. Das klerikale Gezeter über die „Gefangenschaft“ des Papstes gibt dem italienischen Imperialismus die Möglichkeit, die italienische Volksmasse mit dem Märchen zu schrecken, Oesterreich strebe nach der Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes.

So werden die Volksmassen in beiden Reichen mit Hass gegeneinander und Furcht vor einander erfüllt. Der Imperialismus erzeugt in den Volksmassen die Stimmung, die es ihm erlauben soll, die Entscheidung der Waffen anzurufen.

Die Sozialdemokratie und der Imperialismus.

Die Verschärfung der Gegensätze zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien ruft die Sozialdemokratie auf den Plan. Es ist unsere Pflicht, uns der Politik des Imperialismus entgegenzustellen.

Wir bekämpfen die Rüstungen, die den Völkern unerträglich schwere Steuerlast aufbürden und allen Kulturaufgaben, der sozialen Fürsorge vor allem, die Mittel entziehen.

Wir reissen dem Imperialismus die volkstümliche Maske vom Gesicht. Wir wollen nicht dulden, dass der Konkurrenzkampf italienischer und österreichischer Kapitalisten in der Balkanhalbinsel den Volksmassen hingestellt werde als ein Kampf für volkstümliche nationale Ziele — dort als ein Kampf für die Erlösung des „unbefreiten Italien“, hier als ein Kampf für die Weltstellung des deutschen Volkes, für die Schaffung eines südslawischen Reiches, für die Befreiung Polens.

Wir wollen allem entgegenwirken, was die furchtbare Gefahr eines Krieges heraufbeschwören könnte. Die Frage, ob österreichische oder italienische Kapitalisten die Eisenbahnen am Balkan bauen sollen, ist uns nicht die Knochen eines Tiroler Jägers wert.

Wir wollen keine Eroberungen am Balkan. Das Recht der nationalen Selbstbestimmung, das wir für uns selbst fordern, gestehen wir auch den Balkanvölkern zu.

Wir fordern, dass die Eisenbahnbauten in der Türkei internationalisiert werden. Die Eisenbahnen sollen die Entfaltung der Produktivkräfte der Balkanländer fördern; sie sollen nicht Ausgangspunkte imperialistischer Eroberungszüge sein.

Wir wollen nicht, dass der Gegensatz zwischen Oesterreich und Italien das demokratische Italien dem Zarismus in die Arme treibe und die Völker Oesterreichs zu willenloser Gefolgschaft des deutschen Imperialismus mache. Im Interesse der demokratischen Entwicklung Europas fordern wir, dass das Bundesverhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien ausgestaltet werde durch einen Vertrag, der beide Reiche verpflichtet, ihre Rüstungen einzustellen, sich über die Balkanbahnen zu verständigen, auf alle Eroberungswünsche zu verzichten.

Die Entwicklung des Kapitalismus ist gegen uns. Mit seinen Eisenbahnen dringt der Kapitalismus in die Länder des Ostens ein, er löst in ihnen alle inneren Gegensätze aus, er erschüttert die Grundlagen der ganzen staatlichen Ordnung, er macht die Länder des Ostens zum Kampfobjekt der kapitalistischen Staaten. Der Weltkrieg ist des Kapitalismus letztes Wort.

Wir widersetzen uns dieser Entwicklung. Wenn der Kapitalismus zum Weltkrieg führt, soll er diesen Krieg gegen unseren Willen führen, gegen unseren Widerstand herbeiführen. Er soll ihn führen, belastet von unseren Anklagen. Er soll die Verantwortung für die Opfer des Krieges tragen am Tage der Schlacht wie am Tage nach dem Friedensschluss.

Wenn die türkische Revolution zum Kriege Europas um die Türkei führt, wird die europäische Revolution die unvermeidliche Wirkung des europäischen Krieges sein.

Clara Zetkin: Um das Frauenwahlrecht

Kaum dass die Menschheit auf ihrem Entwicklungsweg die Schwelle überschritten hat, hinter welcher eine fester gegliederte gesellschaftliche Organisation beginnt, so begegnen wir Gemeinwesen mit einer Demokratie, die kein „schwaches“, kein unterbürtiges und entrechtetes Geschlecht kennt. Die Gleichberechtigung der Frau ist einer ihrer hervorstechendsten Wesenszüge. Der Mutterboden, in dem diese Demokratie wurzelt, aus dem sie Leben und Kraft saugt, ist die Tätigkeit des Weibes in der gesellschaftlichen Wirtschaft. Der niedere Ackerbau ist auf einer bestimmten Stufe überwiegend, ja ausschliesslich Frauensache. Wie aus des Weibes Schoss das Leben hervorgeht, in dem sich die Rasse fortpflanzt, erneuert, also erschliesst des Weibes Hand der Gesellschaft eine gesicherte Nahrungsquelle. Noch haben keine Besitzunterschiede, keine Klassenscheidungen die Einheit der Gemeinschaft aller mit allen zerklüftet. Die Demokratie tritt auf als das Korrelat des urwüchsigen Kommunismus der Wirtschaft und des Besitzes, der in den Produktionsbedingungen primitiver Entwicklungsstufen verankert ist. Es sind kleine Gemeinwesen Blutsverwandter, welche der Kommunismus kittet und die Demokratie regiert oder richtiger verwaltet, und die Gleichberechtigung aller schlingt ihr Band um eine Vielheit, in der sich die persönliche und soziale Differenzierung erst andeutet.

Es ist ein weiter Weg, den die Menschheit gewandert ist, um die heutige Stufe der Entwicklung zu erklimmen, und er ist vielverschlungen und mühselig genug gewesen. Die Entfaltung der dinglichen und persönlichen Produktivkräfte hat den Kommunismus und die Demokratie als Schranken gesprengt, die sich ihr hemmend entgegenstellten. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln trat als befreiende und knechtende Macht zugleich in die Geschichte ein. Die Unterschiede des Besitzes spalteten die gleichberechtigte Masse in Klassen. Die Ausbeutung und Entrechtung Vieler durch Wenige in verschiedenen Formen und in verschiedenem Grade wird das vornehmste Kennzeichen einer jeden Gesellschaftsorganisation, die sich auf dem Privateigentum aufbaut. Die Klassenkämpfe erweisen sich als eines der gewaltigsten Triebräder der historischen Entwicklung, denn das lebendige Menschentum der sozial Enterbten lehnt sich immer wieder in prometheusischem Rebellen-trotz dagegen auf, dem toten Besitz geopfert zu werden. Heute steht der märchenhaften Entfaltung der Produktivkräfte die höchste, aber auch letzte Form der welthistorischen Gegensätze zwischen Reichen und Habenichtsen, Ausbeutern und Ausgebeuteten zur Seite in dem Antagonismus zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Im dialektischen Ablauf des geschichtlichen Lebens ist das Privateigentum an den Produktionsmitteln mit der ihm unvermeidlich verbundenen Klassenherrschaft zu einer erdrückenden Fessel für die tausenden und webenden Kräfte der weiteren Menschheitsentwicklung geworden. Kommunismus und Demokratie erscheinen als die Befreier von dem tausendfachen Weh, das der heutigen Klassengesellschaft Erbteil ist. Um sie geht es in den bitteren, aber fruchtbaren Klassenkämpfen der kapitalistischen Ordnung. Die Emanzipation des weiblichen Geschlechts ist diesem allgemeinen Werdeprozess mit seinen unendlichen Verknüpfungen unlöslich eingegliedert. Wie im Morgendämmern überwundener Kulturstadien, so tragen Kommunismus und Demokratie auch heute — ja heute erst recht — die Gleichberechtigung des Weibes in ihren Falten. Wie dort aber, so ist es wiederum die soziale Wirtschaft, so sind es die Produktionsbedingungen, die sich uns als Grundlage einer Demokratie enthüllen, welche die Hälfte der Menschheit, der erwachsenen Gesellschaftsglieder nicht mehr von ihren Rechten und Pflichten ausschliesst, sondern in sie einschliesst.

Die wirtschaftstechnische Revolution, welche den Kapitalismus zum Siege führte, hat die Bedingungen zertrümmert, kraft deren die Familie oder richtiger der Einzelhaushalt eine in sich fest geschlossene Produktionseinheit in der Gesellschaft war. Zunächst für die Bevölkerungsschichten, die als Kinder und Träger der kapitalistischen Entwicklung selbst angesprochen werden müssen, im steigenden Masse jedoch auch für die übrigen sozialen Gruppen, deren Existenzbedingungen in wachsende Abhängigkeit von dem Kapitalismus geraten. In dieser Beziehung spricht eine Tatsache Bände, welche die letzte Berufs- und Betriebszählung für das Deutsche Reich vom Juni 1909 ausweist. Während in der Landwirtschaft seit 1895 die Zahl der erwerbstätigen Männer um rund

225.000 zurückgegangen ist, hat die der erwerbstätigen Frauen um mehr als 1,800.000 zugenommen. Diese Ziffern künden — abgesehen von manchem anderen bedeutsamen Umschwung — die so gut wie vollendete Ueberwältigung der alten bäuerlichen Hausindustrie durch die moderne Fabrikindustrie. Der sogenannte „Hausfleiss“ war aber von altersher Frauensache und einer der Grundpfeiler der bäuerlichen Wirtschaft. Unter weniger auffälligen Erscheinungen als in Industrie und Gewerbe und darum geringer beachtet, allein nicht minder unaufhaltsam wie dort vollzieht sich also auch in der Landwirtschaft der gleiche Prozess: die Auflösung des Haushalts als einer Produktionseinheit, die den weiblichen Familiengliedern Lebensunterhalt und Lebensinhalt sichert, das Einströmen dieser Familienglieder als Berufstätige, Erwerbende in die gesellschaftliche Wirtschaft. Damit schliesst sich der Ring der gewandelten wirtschaftlichen Stellung des weiblichen Geschlechts. Seine Wiedereingliederung in die gesellschaftliche Wirtschaft und nicht seine produktive Betätigung überhaupt ist das Kennzeichnende und Entscheidende dafür. Die Menschheit hätte in keiner Stunde ihrer Geschichte auf die produktive Arbeit der Hälfte ihrer Glieder verzichten können und die erwerbende Berufsarbeit der Frauen ist nur der Ausdruck des alten Gesetzes in den neuen Formen, die die kapitalistische Wirtschaft gezeitigt hat. In welchem Umfang die Wandlung vor sich geht, verzeichnet die Statistik aller Länder, die in den Strom der kapitalistischen Entwicklung gerissen worden sind. In Deutschland standen 1907 $9\frac{1}{2}$ Millionen Frauen und Mädchen — die Dienenden inbegriffen — erwerbstätig in der gesellschaftlichen Produktion, das ist ein reichliches Viertel der gesamten weiblichen Bevölkerung des Reiches. Wir nehmen dabei die Bezeichnung gesellschaftliche Produktion in ihrem weitesten Sinne, so dass sie auch die Kopfarbeit, die liberalen Berufe in sich schliesst. Auch auf den einschlägigen Tätigkeitsgebieten vollzieht sich der gleiche Vorgang; ein stetig anschwellendes Einströmen weiblicher Berufstätiger, die die Not der Seele und des Leibes vorwärts treibt, weil die beherrschende Stellung der modernen Fabrikindustrie und des modernen Grosshandels dem Haushalt seinen alten Charakter, die frühere Bedeutung geraubt haben, weil vielgestaltige Begleiterscheinungen der kapitalistischen Entwicklung in Verbindung damit die Ehe selbst für viele zur Unmöglichkeit machen.

Allgemein bekannt wie der Komplex dieser Tatsachen, aus dem die bürgerliche Frauenbewegung emporwächst und ihre treibende Kraft empfängt, ist der ausschlaggebende Einfluss, welchen die durch Wissenschaft und Technik revolutionierten Produktionsmittel und Produktionsverfahren auf die Einbeziehung des weiblichen Proletariats in Industrie und Gewerbe ausüben. Alle grundsätzlichen Auffassungen von der Stellung, die natürliches, sittliches oder göttliches Gebot dem Weibe angewiesen haben, zersplittern wie Glas an dem Granit der Tatsachen, dass die wirtschaftstechnische Revolution in Industrie und Gewerbe die Verwendung der Frau neben dem Manne und an Stelle des Mannes ermöglicht, dass die kapitalistische Profitsucht ebenso wie die proletarische Not zur Ausnutzung dieser Möglichkeit zwingt. Millionenköpfig erscheint in diesen kapitalistischen Zeitläuften das weibliche Geschlecht auf dem Arbeitsmarkt, in der gesellschaftlichen Produktion. Es gibt kein wichtiges Gebiet der Hand- oder Kopfarbeit, das heute nicht zu einem Betätigungsfeld weiblicher Fähigkeit und Kraft geworden wäre. Von dem Ziegel auf dem Dach bis zum Schuh, von dem mühsamen Buchstabierenlehren der Kinder bis zur Erquickung und Erhebung durch die Kunst ist alles, was der Notdurft, dem Behagen, der Kultur der Gesellschaft dient, in grossem Umfange auch Frauenwerk. Geschickte schwielenharte Hände, grübelnde Hirne und flammende, zuckende Herzen von Frauen geben nicht bloss, sie opfern ihr Bestes, um das materielle und kulturelle Menschheitserbe zu mehren. Die drängende Macht des Lebens und die Unerbittlichkeit wissenschaftlicher Forschung haben die Gelehrten wieder und wieder gezwungen, die sich auf die Gehirnanatomie stützende Theorie von der Minderwertigkeit der weiblichen Begabung als eine Voreiligkeit zu revidieren. Der ebenso viel angerufene geschichtliche Beweis aber für die Grösse und die Art der weiblichen Gaben darf nicht in der Vergangenheit gesucht werden mit ihren altersgrauen sozialen Bindungen weiblicher Fähigkeiten: er liegt in einer Zukunft, welche diese Bindungen nicht mehr kennt. Das begreift allerdings in sich, dass er nicht vollständig in der bürgerlichen Ordnung erbracht werden kann, mögen in ihr gleichwohl

die Forderungen bürgerlicher Frauenrechtelei bis zur letzten triumphieren. Davon abgesehen, dass die Klassenscheidung mit ihren Konsequenzen höhere Bildung und Berufstätigkeit zu einem Vorrecht der Besitzenden macht, bleiben auch nach der rechtlichen Gleichstellung der Geschlechter für die Entwicklungs- und Betätigungsmöglichkeit des Weibes soziale Fesseln zurück, die zu lösen nur eine sozialistische Gesellschaft imstande ist. Je dennoch steht betreffs der weiblichen Art und Befähigung bereits eines fest: sie schliessen die Frauen keineswegs von der Sphäre der gesellschaftlichen Produktion aus, und diese Produktion wäre ohne die Mitbetätigung des weiblichen Geschlechts geradezu undenkbar. Das kleinbürgerliche Familienidyll des Hauses als Welt der Frau kann nicht mehr als soziale Norm auf einem Boden gelten, über den tagaus, tagein die Millionenheere weiblicher Berufstätigkeit ziehen. Sie haben der Frau die Welt als Haus zurückerobert.

Ist es nicht eine selbstverständliche Forderung geschichtlicher Einsicht in dem unaufhaltsamen Entwicklungsprozess der bürgerlichen Gesellschaft, eine Forderung auch sozialer Gerechtigkeit angesichts seiner Konsequenzen, dass die Frau als Gleichberechtigte in diesem grossen Hause stehe, in dem sie nun als Gleichverpflichtete waltet? Dort, wo sie wirkt, dort, wo das Regen ihrer Hände und das Weben ihrer Gedanken die Grundlage ihrer Existenz schafft, muss ihr das Recht gesichert sein, ihre Lebensinteressen verteidigen zu können. Zur Arbeit in der Gesellschaft, für die Gesellschaft das Recht zur Gestaltung der Gesellschaft, das politische Recht! Das Begehren scheint so einleuchtend, dass man meint, kein Vorurteil Gedankenloser und kein Egoismus Herrschender könne wagen, sich ihm zu widersetzen. Trotz alledem will das Philistergerede und das Machtwort nicht verstummen: „Das Weib schweige in der Gemeinde.“ Die, welche Bekenner und Verfechter des apostolischen Satzes sind, übersehen zwei wichtige Gruppen von Tatsachen, die, dank der oben aufgezeigten Entwicklung, Leben und Gestalt gewonnen haben. Dadurch, dass die Frauen wieder in die gesellschaftliche Produktion eingeführt worden sind, hat sich der Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Existenz aus dem Hause in die Gesellschaft verschoben. Die berufstätigen Frauen lernen die Abhängigkeit ihres persönlichen Daseins von den sozialen Einrichtungen und Erscheinungen verstehen. Der Besitz voller politischer Gleichberechtigung wird von ihnen als eine soziale Lebensnotwendigkeit empfunden. Sie werten insbesondere das aktive und passive Wahlrecht als Waffe, ihre Interessen in der Gesellschaft gleichsam persönlich schützen zu können. Die Berufstätigkeit hat eine andere Erkenntnis noch in den Frauen erweckt. Mit der wirtschaftlichen Unabhängigkeit von der Familie, dem Manne, entdecken sie sich als selbständige Persönlichkeiten, erfassen sie aber auch ihr mütterliches und häusliches Walten als ein Höheres, denn Privatsache im Dienste des Mannes: als bedeutsame gesellschaftliche Pflichtleistung. Eine drückende Fessel, ein schreiendes Unrecht dünkt ihnen nun die soziale und politische Vormundschaft, die dank ihrer eigenen politischen Rechtlosigkeit der Mann über sie ausübt. Sie fordern das Wahlrecht als gesetzliche Besiegelung ihrer vollen sozialen Mündigkeit. So wird das instinktive Muss der Forderung zum bewussten Willen, der seine tragende und siegreiche Kraft dadurch erhält, dass das gesellschaftliche Werden ihn als Massenwillen erstehen lässt. Die Forderung des Frauenwahlrechts als Ausdruck eines geschichtlich bedingten Massenwillens, das ist der fruchtbare Gegensatz zu der naturrechtlich begründeten Losung voller politischer Rechtsgleichheit der Geschlechter, wie sie von konsequenten Vorkämpfern der Demokratie in den Wettern und Flammen bürgerlicher Revolutionen erhoben worden ist. Es ist ein tränen- und blutbetauter Weg, den das weibliche Geschlecht in der kurzen Spanne der Geschichte durchwandern musste, die seither verstrichen ist. Er führte durch die Wüste der Hungerlöhne, bei denen Leib und Seele verkümmert; durch die Sümpfe der Prostitution, deren Pesthauch Schönheit, Tugend und Jugend vergiftet; über die steinigen, dornenvollen Pfade der Konflikte zwischen Mutterschaft und Berufsarbeit, die schmerzreichsten aller Kämpfe im Leben des Weibes. Und noch ist dieser Weg nicht zu Ende, an dessen Ausgangspunkt das sich duckende, weltfremde Hausmütterchen, an dessen Abschluss die aufrechte, erkenntnisreiche Gesellschaftsbürgerin steht. Wir wissen jedoch eins: die geschichtliche Entwicklung, die das Muss zum Wollen für Millionen erhebt, führt das weibliche Geschlecht auf ihm zum Siege

Als Teilerscheinung der allgemeinen Umwälzung der gesellschaftlichen Produktionsbedingungen tritt uns die Berufarbeit der Frau entgegen, in der die Forderung vollen politischen Rechts für das weibliche Geschlecht ihre starken Wurzeln hat, von der sie wachsende Stosskraft erhält. Eine Teilerscheinung ist gleicherweise der Kampf für dieses Recht selbst. Auch er ist einem weiterfassenden Prozess eingegliedert, als der politischen Befreiung der Frau allein: dem Entwicklungsgang der Gesellschaft zu voller Demokratie, der in der uneingeschränkten politischen Gleichberechtigung des Proletariats seinen Höhepunkt erreicht. Der Umstand erklärt, weshalb der Kampf für die politische Emanzipation des weiblichen Geschlechts in der Hauptsache nicht von dem Bürgertum getragen wird, sondern von dem Proletariat, warum in den meisten Ländern die Sozialdemokratie und nicht der Liberalismus im Vordertreffen steht, wenn die Losung erschallt: für das allgemeine Frauenwahlrecht!

Als die kapitalistische Produktion so weit entwickelt war, dass sie den Rahmen der feudalen Ordnung sprengen musste, proklamierte die Bourgeoisie, die vornehmste Nutzniesserin des Umschwungs, das politische Recht der Persönlichkeit, als ein unantastbares Naturrecht, das jeder bei der Geburt mit in die Gesellschaft bringe. Die Ideologie des „Alle Menschen gleich geboren sind ein adelig Geschlecht“ war eine treffliche Waffe im Kampfe gegen die Vorrechts- und Machtstellung der Aristokratie, der absoluten Monarchie, der Klerisei. Die politische Demokratie erschien als unerlässliche Voraussetzung, die Bourgeoisie sozial zu emanzipieren, ihr die Herrschaft im Staate zu sichern und damit die ihren Klasseninteressen entsprechende schrankenlose Entfaltung der kapitalistischen Produktion. Der Klassengegensatz zu dem Proletariat, das noch im Entstehen begriffen war, wurde durch den Antagonismus zu den herrschenden Ständen der feudalen Gesellschaft überschattet, gegen das gemeinsame Interesse alle rechtlosen und minderberechtigten Volksschichten zum Kampfe rief.

Seit die Bourgeoisie herrschende oder wenigstens mitherrschende Klasse geworden ist, hat sie mit der Zeit mehr und mehr Wasser in den Wein ihrer früheren demokratischen Grundsätze geschüttet. Mit dem Wachsen, Erstarren und Reifen des Proletariats als Klasse ist ihr historischer Gegensatz zu diesem mit zunehmender Schärfe enthüllt worden. Gewaltige Klassenkämpfe, in denen es nun um die Ausbeutungsmacht und die Herrschaft aller besitzenden Klassen geht, erschüttern die Gesellschaft. In diesen Kämpfen hat die Bourgeoisie das bittere Ende der ihr einst so süßen politischen Demokratie fürchten und hassen gelernt: das allgemeine unverklausulierte Wahlrecht als Waffe des proletarischen Emanzipationskampfes; als Mittel, die Massen zu heben, zu sammeln, zu schulen und zum Sturm für die Eroberung der politischen Macht zu führen; die politische Demokratie als Ueberwinderin auch der bürgerlichen Klassenherrschaft, als Wegbereiterin der sozialen Revolution. Die Bourgeoisie hat erkannt, dass die politische Demokratie nichts mehr meinen dürfte, als die politische Emanzipation des Besitzes. Ein Klassenwahlrecht, durch Zensus und andere Kautelen gegen die ausgebeuteten Massen wohl verbarrikadiert, erscheint ihr als die ideale Verkörperung des demokratischen Prinzips. Dort, wo das Proletariat als selbständig organisierte Klasse das politische Blachfeld betreten hat, muss ihr je länger je mehr jedes darüber hinausgehende öffentliche Recht durch die Speere der kämpfenden Arbeiter abgezwungen werden.

In der Stimmung ihres politischen Aschermittwochs ist die Bourgeoisie wenig disponiert, sich für eine so weit reichende Demokratisierung des politischen Lebens zu begeistern, wie sie die Einführung eines unbeschränkten Frauenwahlrechts bedeuten würde. Sie legt sorgfältig wägend in die eine Schale den Nutzen, der ihr selbst unter der gegebenen geschichtlichen Situation aus der Neuerung (zuwachsen kann, in die andere die Machtstärkung, alle Vorteile, die diese dem Proletariat bringt. Sie schreckt vor der Entfesselung der sozialen Gegensätze zwischen den Frauen und Männern der bürgerlichen Klasse zurück, welche der politischen Emanzipation des weiblichen Geschlechts auf dem Fusse folgt. Denn es ist klar: die bürgerlichen Frauen müssen die Spitzen ihrer politischen Macht gegen die soziale und rechtliche Vorzugsstellung des männlichen Geschlechts kehren. Sie begehren ihren durch Mannesrecht unbeeinträchtigten Anteil an den sozialen Monopolen der besitzenden und herrschenden Klassen. So erklärt sich diese auffällige Erscheinung: Am Anfang der Entwicklungsreihe zur modernen Demokratie

fordern einzelne weitausschauende, grossherzige Vorkämpfer der Bourgeoisie auch die volle politische Gleichberechtigung des Weibes, obgleich sie die Forderung lediglich ideologisch als Folgerung eines abstrakten Gleichheitsprinzips begründen können. Heute, wo die Produktionsbedingungen der kapitalistischen Ordnung hinter das ideologische Postulat die rechtfertigende und zwingende Macht gesellschaftlicher Wirklichkeiten stellen: heute tritt der Liberalismus bis hinauf zur bürgerlichen Demokratie weniger grundsätzlich und geschlossen als je für das volle Bürgerrecht des weiblichen Geschlechtes ein. Soweit er sich hier und da für die politische Emanzipation der Frau zu erwärmen beginnt, gilt seine laue Freundschaft weniger dem Recht des gesamten Geschlechts, der Persönlichkeit, als vielmehr der Macht des weiblichen Besitzes, wie sie im Damenwahlrecht ihren Ausdruck findet.

Allein der nämliche Prozess gesellschaftlicher Umgestaltung, der die Kämpfer für Frauenrecht in dem Lager der Besitzenden zerstreut und lähmt, sammelt sie zu um so grösseren und überzeugteren Scharen in der Welt der Besitzlosen, auch damit die zwieschlächtige Natur des geschichtlichen Lebens erhärtend, das nichts sterben lässt, ohne Neues zu gebären. Seine ureigensten Klasseninteressen erheben das Proletariat zum kraftvollsten und zuverlässigsten Kämpfer für eine politische Demokratie, die auch das Weib als gleichberechtigt wertet. Das aktive und passive Wahlrecht als ein Besitztitel des gesamten weiblichen Geschlechts ist eine der grundsätzlichen Hauptforderungen des sozialdemokratischen Programms, rückt mehr und mehr in den Vordergrund der Schlachten, die die Arbeiterklasse für die Demokratisierung der Gesellschaft schlägt. Im schweren Ringen um das kärgliche tägliche Brot, im rauhen Tosen der wirtschaftlichen und politischen Klassenkämpfe um Recht und Freiheit brechen die altersgrauen Vorurteile gegen das weibliche Geschlecht zusammen wie morsches Geäst, wenn der Frühlingssturm wildjauchzend die Erde fegt. Siegreich setzt sich die Erkenntnis durch, dass auch die Proletarierin — mag sie als Erwerbsfrondende oder als Hausmutter unter das Joch der kapitalistischen Klassenherrschaft gebeugt sein — diese Kämpfe bewusst und freudig mittragen muss. Das kann jedoch nur mit ganzer Kraft und höchstem Erfolg geschehen, wenn die Gesellschaft auch das Weib als Vollbürgerin anerkennt. Als Gleichverpflichtete für den Kampf ihrer Klasse muss die Proletarierin auch Gleichberechtigte in ihm sein, das heisst: Gleichgerüstete. Die Forderung einer Demokratie, welche das weibliche Geschlecht politisch emanzipiert, wird von der gleichen Erfahrung gestützt, die das politische Recht des Proletariats als soziale Lebensnotwendigkeit würdigen lehrte: von der geschichtlichen Tatsache, dass alle Klassenkämpfe zu politischen Kämpfen werden, die im Ringen um die politische Macht kulminieren. Sie erweist sich daher für die Arbeiterklasse als die folgerichtige Konsequenz, als die unerlässliche Ergänzung politischen Mannesrechts.

Mit dem praktischen Klasseninteresse des Proletariats aber am Triumphe des Frauenwahlrechts verbinden sich starke ideelle Kräfte. Die der sozialistischen Geschichtsauffassung verdankte Einsicht in den gesellschaftlichen Werdegang, der das Wahlrecht zu einem Mittel sozialer Verteidigung und zu einer Anerkennung sozialer Mündigkeit des weiblichen Geschlechts macht und daher dessen Willen unwiderstehlich auf dieses Ziel konzentriert. Der aus der eigenen Klassenlage als Minderberechtigte, Unfreie emporwachsene soziale Gerechtigkeitssinn, der mit allen Unterdrückten und Beherrschten fühlen lässt, den das blutige Unrecht empört, dass das Weib wohl Pflichtenträgerin in der Gesellschaft, jedoch nicht Rechtgeniessende sein soll. Die aus dem proletarischen Drängen nach Mitarbeit an der gesamten Kultur geborene Ueberzeugung, dass der Gemeinschaft alle Kräfte und jede Eigenart ihrer Glieder nutzbar gemacht werden müssen. Wo die Banner der Sozialdemokratie wehen, wird daher auch für die volle politische Emanzipation des weiblichen Geschlechts gekämpft.

Die Sozialdemokratie lebt nicht aus der Hand in den Mund; ihr Ehrgeiz sind nicht die Tageserfolge; die Eroberung von Mandaten ist ihr nicht das höchste Ziel des politischen Arbeitens und Kämpfens. Sie scheut deshalb auch nicht dem Liberalismus gleich vor der Möglichkeit zurück, dass durch die Einführung des Frauenwahlrechts vorübergehend die reaktionären Parteien gestärkt werden können, eine Gefahr, die zumal dort ernst genug ist, wo der Klerikalismus die Geister in Banden hält. Sie weiss,

dass jede Ausdehnung der politischen Rechte auf dem Kampfplatz Schichten bisher Rechtloser erscheinen lässt, die erst zum richtigen Gebrauch ihrer Macht erzogen werden müssen. Sie wertet darum das Frauenwahlrecht ebenfalls vor allem als ein bedeutendes Mittel zur politischen Sammlung und Schulung der proletarischen Frauenmassen. Auch an ihnen wird sich das wundervolle Wort Lassalles bewähren, dass das demokratische Wahlrecht der Lanze des Achilles gleich, weil es die Wunden heilt, die es schlägt.

In der Tat: das volle Bürgerrecht des weiblichen Geschlechts schafft den stärksten und anhaltendsten Anreiz, durch planmässige Aufklärung des weiblichen Proletariats den „Unverstand der Massen“ aus seinem letzten und festesten Bollwerk zu vertreiben. Die rechtlose Proletarierin lässt sich durch bürgerliche Wohltaten und Spielereien vom Kampfe ihrer Klasse fernhalten; durch die Losungen, die ihr aus dem Dunkel des Beichtstuhles zugeflüstert werden, lässt sie sich als Werkzeug von deren Todfeinden missbrauchen. Der Blick der proletarischen Vollbürgerin muss mit der Zeit unverwandt an dem Polarstern des proletarischen Klassenkampfes haften. Eine Kämpferin für den Sozialismus, wird sie im öffentlichen Leben stehen, eine Mutter und Erzieherin von künftigen Kämpfern für den Sozialismus, wird sie im Hause wirken. In diesen Zusammenhängen gefasst, weitet sich der Kampf für das Frauenwahlrecht zu einem Kampfe für Menschenrechte; so gesehen kann er nicht bloss Frauensache, muss er auch Männersache sein, das Werk des einen ungeteilten Proletariats, das seine Sturmkolonnen wider die kapitalistische Ordnung entsendet. Seine konsequente Demokratie wird den gewaltigen geschichtlichen Hammer schwingen, der in der sozialen Revolution den Boden frei legt für den stolzen Gesellschaftsbau des Sozialismus. Kommunismus und Demokratie werden in ihm dem Menschentum des Weibes die letzten sozialen Ketten abnehmen.

Auf dem Wege zu diesem hehren Ziel bildet der bevorstehende Frauentag der österreichischen und deutschen Sozialdemokratie eine nicht unwichtige Etappe. Er proklamiert den Kampf für das Frauenwahlrecht als einen geschichtlichen Rechtshandel der Menschheit. Er sammelt die Massen, die ihn zum Austrag bringen müssen. Er zeigt das Proletariat, die Lenden reisig gegürtet, als Preisfechter aller Rechtsforderungen, aller Kulturmöglichkeiten. Er entzündet eines jener Flammenzeichen, die da künden: Der Sozialismus ist der Menschheitsbefreier.

Josef Seliger: Zum Landesparteitag in Deutschböhmen

Am 25. und 26. März findet der zweite Landesparteitag der deutschen Sozialdemokraten in Böhmen statt. Der Vertreter unserer deutschböhmischen Parteiorganisation harrt in Bodenbach nach der von der Landesparteivertretung provisorisch vorgeschlagenen Tagesordnung eine sehr umfangreiche Arbeit, zu deren Bewältigung die Zeit von zwei Tagen sehr knapp ist. Neben dem üblichen Bericht über die Tätigkeit der letzten zwei Jahre steht auf der Tagesordnung als nächster Punkt die Frage des gemeinsamen deutschböhmischen Tagblattes, die schon auf dem letzten Parteitag in Prag einen ziemlichen Raum der Verhandlungen eingenommen hat, ohne dass sie hätte erschöpfend behandelt werden können; dann folgt die Erörterung der Frage des Verhältnisses zwischen Genossenschaftsorganisation und Partei und endlich die ungemein wichtige Frage der Organisation der Bildungsarbeit in Deutschböhmen. Das sind alles Fragen von der grössten Wichtigkeit für die deutschböhmische Parteibewegung und die Vertreter unserer deutschböhmischen Organisationen werden sich sputen müssen, wenn sie das reichhaltige Pensum vollständig und gründlich erledigen wollen.

Der Parteibericht, den die Landesparteivertretung an den Landesparteitag zu erstatten hat, unterscheidet sich in Deutschböhmen wesentlich von demjenigen der Landesorganisationen in den meisten anderen Ländern. Denn die Landesorganisation in Deutschböhmen bildet nicht, wie etwa in Niederösterreich, Steiermark oder Schlesien, ein Agita-

tionszentrum, in dem die Fäden der Agitations- und Organisationsarbeit des ganzen Landes zusammenlaufen. Diese Aufgaben, die in den anderen Ländern der Landesorganisation in hervorragendem Masse zufallen und über deren Erfüllung die Landesparteivertretung anderwärts dem Landesparteitag Rechenschaft abzulegen hat, sind der Landesorganisation in Deutschböhmen vorweg entzogen und den Kreisorganisationen vorbehalten, denen nach der ganzen Entwicklung der Parteibewegung in Deutschböhmen überhaupt ein ganz erheblicher Teil der Prärogativen einer Landesorganisation übertragen ist. In dieser Hinsicht erfüllt die Landesparteivertretung nur eine Art Vermittlerpflicht, indem sie bestrebt ist, die Kräfte der stärkeren Kreisorganisationen, soweit das möglich ist, den schwächeren Kreisen dienstbar zu machen, und indem sie dafür sorgt, dass die agitatorische und organisatorische Arbeit im ganzen Lande nach gleichen Grundsätzen besorgt und so vereinheitlicht werde. Dass sie dabei darauf bedacht ist, Methoden dieser Arbeit, die sich in dem einen Kreise bewährt haben, den Genossen anderer Kreisorganisationen anzuraten, wie überhaupt den Kreisorganisationen mit dem anderwärts aus den Erfahrungen gewonnenen guten Rat und auch mit der Tat zur Seite zu stehen, versteht sich von selbst. Und was ihr ferner zukommt, das ist, Anregerin und Leiterin der im Lande erforderlichen einheitlichen und gemeinsamen Aktionen zu sein. Damit ist ungefähr ihr Wirkungskreis umschrieben, und was sie darin zu leisten vermochte, wird im wesentlichen der Inhalt ihres Berichtes sein. Allerdings: an einer Frage, die auch allgemein parteipolitischer Natur, für die Parteibewegung der deutschen Sozialdemokratie Böhmens aber von der allergrössten Wichtigkeit ist, wird der Bericht nicht vorübergehen können: an der Frage, wie sich die deutschen Parteigenossen einrichten in dem Streite innerhalb der gewerkschaftlichen Bewegung über die Organisationsform — zentralistische oder separatistische — und wie sie insbesondere ihr Verhalten regeln in dem Zwiespalt der Auffassungen in der deutschen und tschechischen Sozialdemokratie über das Minoritätenproblem. Ich meine nicht, dass der Landesparteitag berufen sein könnte, etwa eine prinzipielle Lösung dieser Streitfragen herbeizuführen — das wird wohl die Aufgabe eines anderen Forums sein — wohl aber wird der Parteitag die Frage erörtern müssen, wie wir deutschen Genossen in Böhmen uns verhalten sollen zu den in diesen Fragen im Gegensatz zu uns stehenden tschechischen Parteigenossen. Denn hier in Deutschböhmen, wo wir in allen Orten, die tschechische Minoritäten einschliessen, mit den tschechischen Parteigenossen zusammenleben müssen, spielen alle diese Fragen in dieses Zusammenleben hinein und erlangen daher hier für das organisatorische Leben unmittelbar wirkende Bedeutung, die wir recht häufig zu spüren bekommen. Hier berühren sich die Gegensätze unmittelbar, sozusagen persönlich; in der Werkstatt, in den Fabriken, im Schacht, auf den Bauten arbeiten deutsche und tschechische Arbeiter zusammen und der Gegensatz der Auffassungen über diese Fragen bestimmt das Verhältnis dieser Arbeiter untereinander, das natürlich nicht ohne Rückwirkung auf den sozialen Kampf ist, den die Arbeiter hier wie überall trotz aller dieser Gegensätze in bestimmten Auffassungen führen müssen, da er ihnen aufgedrängt wird. Hier ist Klarheit notwendig — Klarheit wenigstens für die deutschen Genossen. Der Zusammenhang zwischen den Organisationen der deutschen und der tschechischen Sozialdemokraten ist aufgelöst, wir führen nicht einmal mehr die rein wirtschaftlichen oder rein politischen Aktionen, die mit der nationalen Frage oder den Minoritäten nicht das geringste gemein haben, gemeinsam durch, wir gehen beide unsere eigenen Wege, die häufig nicht einmal nebeneinander führen, und da ist es notwendig, dass wir deutschen Sozialdemokraten wenigstens unser Haus bestellen. Wie weit der Landesparteitag in die Erörterung dieser Frage eingehen und zu welchen Schlüssen er kommen wird, das lässt sich nicht vorausbestimmen; aber würde er nur bewirken, dass der nächste Parteitag in Innsbruck die Bereinigung aller dieser Fragen zu seiner Aufgabe macht, so hätte er schon ein verdienstliches Stück Arbeit geleistet. Denn so wie bisher geht es nicht weiter, wir müssen den Weg klar vor uns sehen, den wir zu gehen haben.

Vor zwei Jahren fasste der Landesparteitag in Prag den Beschluss, die Landesparteivertretung zu beauftragen, alle Vorbereitungen für die Schaffung eines gemeinsamen Tagblattes für ganz Deutschböhmen zu treffen. Damit hatte der Landesparteitag die Tagblattfrage, die wiederholt auf verschiedenen Kreiskonferenzen erörtert und auch

auf dem Aussiger deutschen Parteitag im Jahre 1902 besprochen, durch alle diese Diskussionen aber nicht um einen Schritt ihrer Lösung näher gebracht worden war, präjudizierlich für alle Kreisorganisationen entschieden. Mit diesem Beschluss war die Erfüllung eines von vielen Hunderten von Parteigenossen längst gefühlten und in Konferenzbeschlüssen ausgedrückten Bedürfnisses aus der nebulösen Ferne sehnsüchtiger Wünsche in die greifbare Nähe konkreter Erfüllung gerückt. Denn das ist unbestreitbar: Wenn die gesamte Organisation des Landes, das heisst wenn alle Kreisorganisationen gleichermaßen das gemeinsame Tagblatt wollen und in gleich rückhaltloser Weise bestrebt sind, ihm die Wege zu ebnen, dann wird der Beschluss des Prager Landesparteitages in absehbarer Zeit zur Durchführung gelangen. Freilich, was „absehbar“ ist, darüber sind die Auffassungen sehr verschieden und man macht in der Regel in dieser Hinsicht die Erfahrung, dass einem die unter dem Begriff „absehbar“ verstandene Zeitdistanz um so geringer erscheint, je weniger man an der Durchführung einer solchen auf „absehbare Zeit“ gestellten Sache beteiligt ist und Verantwortlichkeiten dafür trägt, mit einem Wort: je weiter man vom Schuss ist. Das entspricht ganz dem Gesetz, wonach die Distanz zweier Punkte desto geringer erscheint, je weiter man sich von ihnen entfernt. Und so mag sich mancher Genosse den Zeitpunkt des Erscheinens unseres gemeinsamen deutschböhmischen Tagblattes viel näher gedacht haben, als es nach Lage der Dinge sein konnte.

Die Herausgabe des gemeinsamen deutschböhmischen Tagblattes ist, das darf man nicht verkennen, eines der schwierigsten Probleme und gar nicht vergleichbar der Herausgabe eines Tagblattes in einem anderen Lande. Wir wollen nur auf einen Umstand verweisen, der diesen Unterschied sofort klarmacht. Der „Arbeiterwille“ in Steiermark erschien im Anfang (wenn ich nicht irre) vierzehntägig, ist dann wöchentlich herausgegeben worden und wurde erst später zum Tagblatt umgewandelt. Er hat sich also allmählich zum Tagblatt entwickelt und als er es wurde, verfügte er bereits über einen Stamm treuer Leser und Abnehmer. Ebenso war es mit der „Wahrheit“ in Linz und ähnlich mit der „Salzburger Wacht“ in Salzburg. Und nicht anders war es mit der „Arbeiter-Zeitung“. Aus dem zwei-, beziehungsweise dreimal in der Woche erscheinenden Landesorgan ist in Steiermark, in Linz und Salzburg das Landestagblatt geworden. Wir in Böhmen aber haben zehn ein-, beziehungsweise zwei- und dreimal in der Woche erscheinende Kreisblätter, die aber nicht alle zusammen einfach in das täglich erscheinende Landesorgan umgewandelt werden können. Das Tagblatt muss neben diesen Kreisblättern erscheinen und was die Kreise zugunsten des Tagblattes tun können, ist nur — womit freilich dann für das Tagblatt auch alles gewonnen ist — dass sie entsprechend dem Umstand, dass dieses Tagblatt den Kreisblättern eine Reihe von Funktionen abnimmt, die Erscheinungsweise der Kreisblätter der Tatsache des gemeinsamen Tagblattes anpassen. Die Genossen sehen schon, welche aussergewöhnliche Schwierigkeit dem Tagblatt in Deutschböhmen allein in dieser Verschiedenheit der Sachlage von derjenigen in anderen Ländern erwächst, zu denen sich noch andere gesellen, die hier nicht weiter erörtert werden sollen. Zur Ueberwindung dieser Schwierigkeiten — und da das Tagblatt ein unabweisliches Bedürfnis ist, müssen sie überwunden werden — bedarf es aussergewöhnlich grosser finanzieller Mittel, die erst durch die Genossen im Lande aufgebracht werden müssen. Die erste Aktion, die von der Landesorganisation zu diesem Zweck unternommen wurde, dürfte bis zum Landesparteitag vollständig abgeschlossen sein, so dass sie mit der zweiten unmittelbar nach dem Landesparteitag einsetzen kann. Man darf wohl hoffen, dass die so oft betätigte Opferwilligkeit der Genossen und Genossinnen in Deutschböhmen diesen Aktionen einen solchen Erfolg bringt, dass die Herausgabe des gemeinsamen Tagblattes keinem Zweifel mehr begegnen kann. Wir empfinden mit jedem Tage immer fühlbarer den Mangel eines täglichen Organs, das uns eine schneidige und wirksame Waffe in unserem schweren Kampfe gegen die gerade hierzulande mit jedem Tage immer gehässigeren Gegner der Arbeiterbewegung werden soll. Möge der Landesparteitag dazu beitragen, dass wir der Erfüllung dieser eisernen Notwendigkeit einen tüchtigen Schritt näher kommen!

Auch in Deutschböhmen hat die Genossenschaftsbewegung früh eingesetzt und wir haben heute bereits ein dichtes Netz von Konsumvereinen in allen Teilen des

Landes. Wie anderwärts, so hat die Genossenschaftsbewegung auch in Deutschböhmen ihre Kinderkrankheiten durchzumachen gehabt, unter denen sie zeitweilig recht arg zu leiden hatte und der Aufschwung, den wir im allgemeinen zu verzeichnen haben, datiert eigentlich erst aus der jüngsten Zeit. Heute besitzen wir allerdings bereits eine ganz beträchtliche Anzahl von Konsumvereinen, die ausserordentlich gut prosperieren und eine ganz bedeutende wirtschaftliche Macht in den Händen der klassenbewussten Arbeiterschaft darstellen. Aber es ist auch nicht zu leugnen, dass ein Teil der Konsumvereine noch den Traditionen der Vergangenheit unterliegt und von der Neutralitätsduselei beherrscht wird. Aber gerade das war der Entwicklung hinderlich und damit muss aufgeräumt werden. Es darf die Gründung von Konsumvereinen ebensowenig wie ihre Leitung und Verwaltung der privaten Initiative von Genossen überlassen oder als Angelegenheit betrachtet werden, die die politische Organisation nichts weiter angehe und die jene Genossen im sozusagen privaten Wirkungskreise besorgen, die sich gerade dafür interessieren. Die genossenschaftliche Organisation bildet einen Bestandteil der modernen Arbeiterbewegung, ihre Entwicklung, ihre Ausgestaltung, ihr Schicksal muss die Sorge der politischen Organisation sein. Es gilt daher das richtige Verhältnis zwischen politischer und genossenschaftlicher Organisation herzustellen, so wie es die Resolution des Kopenhagener Kongresses verlangt. Vom sozialistischen Geiste beseelt und im sozialistischen Geiste geführt, werden die Konsumvereine namentlich in Deutschböhmen wertvolle Stützpunkte der proletarischen Macht und Kraft im Kampf gegen die immer wilder herandrängenden Feinde sein. Dass sie es werden, wo sie es noch nicht sind, dafür wird der Landesparteitag zu sorgen haben.

Endlich ist noch eine Frage von ausserordentlicher Wichtigkeit zu verhandeln: die Frage der Organisation der Bildungsarbeit in Deutschböhmen. Ueber die Bedeutung der Bildungsarbeit für den Fortschritt und die Erstarkung unserer Bewegung braucht an dieser Stelle kein Wort gesagt zu werden; darüber sind sich alle Genossen einig. Es kommt nur darauf an, dass diese Bildungsarbeit methodisch besorgt und so verallgemeinert wird, dass sie auch die Genossen und Genossinnen sozusagen im letzten Dorf erfasst. Und das ist ein nicht leicht zu bewältigendes Problem gerade in Deutschböhmen, wo die Massen der organisierten Arbeiterschaft auf Hunderte grösserer oder kleinerer Orte verteilt sind. Der letzte Bericht der Parteivertretung über den Stand der Organisationen weist für Deutschböhmen 651 Lokalorganisationen aus, auf die sich 33.352 politisch organisierte Genossen und Genossinnen verteilen. Und in allen diesen Orten haben wir auch noch gewerkschaftliche Organisationen, und was es bedeutet, hier eine methodische Bildungsarbeit zu leisten, wird jedem bewusst werden, der sich nicht nur die grosse Zahl der Orte, auf die sich diese Arbeit erstrecken muss, sondern auch die grossen Entfernungen vieler dieser Orte von dem nächsten Zentrum der politischen Organisation vor Augen hält. Dazu kommt, dass in vielen Bezirken nicht die finanziellen Mittel — von den hierzu benötigten Kräften gar nicht zu reden — vorhanden sind, um die Bildungsarbeit systematisch und in geregelter kontinuierlicher Weise besorgen zu können. So ist denn die Bildungsarbeit im allgemeinen sehr mangelhaft betrieben worden. In einzelnen Kreisorganisationen sind wohl Anläufe, da und dort mit ganz gutem Erfolg, unternommen worden, aber mit dem, was geleistet wurde, ist doch nur ein geringer Teil der Arbeiter erfasst worden. Und doch müssen wir wollen, dass nicht nur der Arbeiter von Reichenberg, Aussig, Karlsbad oder Teplitz mit sozialistischem Wissen durchdrungen wird, dass vielmehr für die geistige Vertiefung der Arbeiter überall mit gleichem Interesse und in gleichem Mass gearbeitet wird. Das aber wird nur gelingen durch eine Konzentration der Mittel und der Kräfte, die für diesen Zweck mobil gemacht werden müssen. Denn es fehlt, wie gesagt, oft weniger an Geld als an den befähigten Leuten, die diese wichtige Arbeit verrichten sollen, die eigenes Geschick und eigenes Können verlangt.

Es wäre ein gewaltiger Erfolg, wenn der Landesparteitag eine solche Lösung dieser komplizierten Aufgabe finden würde, dass die einst in den längst durch die Entwicklung überholten Arbeiterbildungsvereinen geübte Durchbildung der Arbeiter auf einer durch den seither in der Bewegung erzielten Fortschritt bedingten höheren Stufe zu neuem Leben gebracht würde. Und es wird sich schon zeigen, dass der Boden in diesem

Land keineswegs ausgetrocknet, sondern vielmehr auch heute noch befähigt ist, ebenso gute und reiche Früchte zu tragen wie ehemals, als in Deutschböhmen die Elite der österreichischen Arbeiterbewegung erstand.

Ein reiches Feld der Arbeit bietet sich also den Vertretern der deutschböhmischen organisierten Arbeiterschaft auf dem Landesparteitag in Bodenbach dar und eine Arbeit, deren Vollbringung für den ferneren Fortschritt der Bewegung und der Partei in Deutschböhmen von geradezu ausschlaggebender Bedeutung ist. Dessen werden sich auch die Vertreter der deutschen Genossen und Genossinnen in Böhmen bewusst sein und man darf daher erwarten, dass dieser Parteitag den Anstoss geben wird zu neuem Wachstum und zu neuer Stärkung der Partei.

Ernst Lakenbacher: Die Kommune

Zu ihrem vierzigsten Gedenktage

Nach dem fürchterlichen Aderlass des Juni 1848 schien die revolutionäre Energie der Arbeiterbewegung Frankreichs vernichtet. Als Louis Bonaparte den 18. Brumaire seines Onkels unter dem Pseudonym Napoleon III. karikierte, konnte er in seinem Kalkül die Arbeiterklasse als Quantité négligeable behandeln. Ja, er durfte es wagen, ihr seine Hilfe anzubieten. Sein Machttitel entsprang dem Stimmzettel des Bauern und den Banknoten der Bourgeois. Das Kaiserreich war der Bourgeoisie die Autorität zur Niederhaltung jeder künftigen revolutionären Regung des Proletariats und darum gestattete es dessen Installierung. Von grösster Bedeutung war für Louis Bonaparte die Stellungnahme der Bauern. Der französische Staat war streng zentralistisch organisiert; für die bürokratische Pyramide war der Monarch nur die zum Abschluss notwendige oberste Spitze. Aber der dritte Napoleon kam nicht nach 1789, sondern nach 1830 und 1848 und so musste er sich die Allüren der Demokratie beilegen und seinen Absolutismus im Plebiszit verankern. Kraft ihrer numerischen Uebermacht entschieden bei den Volksabstimmungen die Bauern und dass sie für Napoleon entschieden, hatte seine guten Gründe, die sich zahlenmässig erfassen lassen.

Nach Reitzenstein, „Agrarische Zustände in Frankreich“, betrug der Durchschnittsreinertrag der hauptsächlichlichen Bodensorten Frankreichs per 1 Hektar:

	1851	1879
a) Baum-, Garten- und Gemüsepflanzungen	119·61 Frcs.	166·06 Frcs.
b) Ackerbares Land	42·49 „	56·74 „
c) Weinland	69·38 „	129·95 „
Im Durchschnitt aller in Betracht kommenden Ländereien	38·— „	53·— „

Diese Zahlen finden ihr Widerspiel in der Bewegung der Weizenpreise. Es kostete 1 Hektoliter Weizen in Frankreich

1857	16·75 Frcs.
1860	20·24 „
1873	25·62 „

Dagegen waren die Weizenpreise in England (nach Erwin Nasse: „Agrarische Zustände in England“) zur gleichen Zeit die folgenden:

1851/60	24·8 Schilling	} für 1 Meterzentner.
1861/70	22·8 „	

Der französische Bauer fand die Hoffnungen erfüllt, die der Name Napoleon in ihm erweckte, er stellte das Kaiserreich und den eigenen steigenden Wohlstand in das Verhältnis von Ursache und Wirkung zueinander und stimmte für Napoleon.

Aber auch bei der Bourgeoisie hatte der Freibeuter unter den Monarchen Glück. Er erschlich sich den Thron in einem Augenblick, da die einsetzende Konjunktur die Kapitalisten nur mit einem Wunsche beseelte: Ruhe und Ordnung um jeden Preis, selbst um den eines Louis Bonaparte an der Spitze des Staates. Napoleon III. tat stets sein Bestes, sich der Bourgeoisie für diese Duldung dankbar zu erweisen. Er

förderte die Entwicklung zur Grossindustrie, wo er konnte. Das Frankreich von 1848 war das Laud des kleinen Gewerbes und der Manufaktur, 20 Jahre später nahm seine Industrie die Konkurrenz mit England auf*.

Aber dem zyklischen Wechsel des Auf und Ab in der industriellen Entwicklung konnte Napoleon so wenig Einhalt gebieten, als irgendwer dies innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung kann. Besonders in den letzten Sechzigerjahren stand die Volkswirtschaft im Zeichen einer heftigen Krisis. Die Bourgeoisie begann, wütend über die Verluste, die monarchische Staatsform zu kritisieren. Da brachte sie Bonaparte zum Schweigen, indem er ihr, wie Raubtiere hinter Gitterstäben, den Feind zeigte: die Arbeiterklasse, die unterdes in dem Masse, als die Industrie sich entwickelte, an Zahl und Kraft gewachsen war. 1868 gestattete ein neues Koalitions-gesetz die Vereinigung der Staatsbürger zu wirtschaftlichen Zwecken, aber auch nur zu solchen. Doch reicht man dem Teufel den kleinen Finger, nimmt er bekanntlich die ganze Hand. Die Pariser Arbeiter nahmen die ganze Hand. Sie vereinigten sich gewerkschaftlich und politisch. Politisch in dem französischen Zweig der Internationale, gewerkschaftlich gruppieren sie sich um die „Fédération des chambres syndicales ouvrières“; beide Organisationen arbeiteten Hand in Hand.

Die kaiserliche Regierung fühlte sich in ihrer Lage nicht sonderlich geheuer. Sie benahm sich wie eine alternde Dirne: sie kokettierte nach allen Seiten. Für die Arbeiterschaft legte sie soziale Schminke auf ihre alternden Wangen. Das Proletariat blieb spröde. Als die Bajonette der deutschen Grenadiere in den Tagen von Sedan mit blutigen Lettern den tragikomischen Schluss zur Posse des zweiten Kaiserreiches schrieben, gaben die Pariser Arbeiter dem wackelnden Throne den letzten Fusstritt. Die Republik ward proklamiert. Die Pariser Deputierten bildeten mit Erlaubnis des Volkes die „Regierung der nationalen Verteidigung“. Der 4. September 1870 reinigte die Trikolore von der Schmach zweier Jahrzehnte.

Die Provinzjunker schäumten vor Zorn. Denn keineswegs war der Umsturz ein Werk des ganzen Landes gewesen. Der Krieg hatte die Energie einer revolutionären Minderheit ausgelöst, die sich zusammensetzte aus Kleinbürgertum, Proletariat und — nicht zuletzt — dem Lumpenproletariat, das in allen revolutionären Bewegungen Frankreichs eine Rolle gespielt hatte, aber in keiner eine so bedeutende als in dieser.

Das Proletariat handelte in Erfüllung eines Teiles seiner historischen Aufgabe, wenn es den Augiasstall der Feudalität für die feige Bourgeoisie ausmistete. Der Kleinbürger aus Motiven, die weniger klar am Tage liegen. Der französische und besonders der Pariser Kleinbürger ist der unzuverlässigste Kampfgenosse. Das hatte der Arbeiter 1848 nur zu gut erfahren. Egoistisch durch und durch, tut er nur, wovon er sich persönlich Nutzen erhofft, und zwar zahlenmässig nachweisbaren Nutzen. Gehen die Geschäfte gut, so erträgt er, wenn auch murrend, jede Regierung; wehe aber demjenigen, der seine ökonomischen Interessen schädigt. Das hatte Napoleon getan. Die Wirtschaftspolitik seiner Regierung war die der hohen Finanz und der Industriekapitalisten, sie konnte keine andere sein. Aber indem diese Politik die Industrie begünstigte, förderte sie auch in gleichem Masse die Expropriation der kleinen Meister. Für Paris kam noch ein Besonderes hinzu: die Haussmannsche Stadtregulierung, deren Urheber Napoleon war. Das winkelige, altersgraue Paris liess er niederreissen und ein neues, protziges aufbauen. Ganze Stadtviertel verfielen der Renovierung. Es galt dabei zweierlei zu erreichen: die Barrikadenkämpfe unmöglich zu machen, indem man die Strassen durch ihre Geradföhrung und Verbreiterung der Artillerie öffnete, und dem kaiserlichen

* Davon sollen die folgenden Zahlen Beweis legen:

		1848	1870
Schiennetz	Frankreichs . . .	1832 Kilometer	17.500 Kilometer
Kohlenproduktion	„ . . .	4.000.000 Tonnen	13.000.000 Tonnen
Gusseisenproduktion	„ . . .	400.000 „	1.725.000 „
Stahlproduktion	„ . . .	16.000 „	338.000 „
Ausfuhr von Manufakturwaren	746.848.000 Frs.	1.640.000.000 Frs.

(Nach Levasseur: „Histoire des classes ouvrières et de l'industrie en France de 1789 à 1870.“)

Trabantenhaufen ohne Kosten für die kaiserliche Kasse einen ausgiebigen Backschisch zu verschaffen; bei Submissionen, Terrainverkäufen und -Erwerbungen liess sich manch rundes Sümmchen heraus schlagen. Aber die Stadtregulierung schädigte schwer den kleinen Mann. Das Merkmal des alten Kleinbetriebes ist der persönliche Kontakt mit der Kundschaft. Fiel nun ein ganzes Viertel der Haue und dem Spaten anheim, so zerstob natürlich die angestammte Kundschaft in alle Winde. Ueberdies, in den neuen Prunkpalästen fanden sich keine dem kleinen Meister erschwinglichen Wohn- und Arbeitsräume, er musste hinaus in die Vorstädte, wo die Kundschaft weit minder kaufkräftig war. Das alles erbitterte den kleinen Mann gegen ein Regime, das noch obendrein seine jakobinischen Ideale verletzte durch sein Paktieren mit den Pfaffen und seine Moral durch die unverhüllte Dirnenwirtschaft. Der 4. September war dem kleinen Mann ein Tag der Rache.

Und nun der Dritte im Bunde. Das Pariser Lumpenproletariat hatte 1870 schon eine reiche politische Geschichte hinter sich. Es war 1852 Vorbedingung, seine nicht zu unterschätzende Bedeutung im Jahre 1871 Folge des zweiten Kaiserreiches. Seine Blüte, gleichsam seine ideologische Verkörperung, das waren die unterschiedlichen Literaten aller Tendenzen, die heute ihr Publikum mit der erotischen und morgen mit der politischen Zote unterhielten. Die leidige Affäre mit Deutschland beraubte diese Klasse ihrer Brotgeber; einmal, als der Kaiser, den sie auf den Schild erhoben und der sie grossgehätschelt, fallierte, nicht zum geringsten durch die Schuld der Hooligans, die er durch hohe Würden für treue Dienste belohnt hatte, und dann, als der zweite Kostgeber, die Grossbourgeoisie, vor der nahenden deutschen Armee in die Provinz ausriss. Dieses Lumpenproletariat suchte und fand Unterschlupf bei der Kommune. Seine Unterschichten in der Nationalgarde, seine oberen in den revolutionären Klubs, bei den Journalen und schliesslich auch im Rate der Kommune.

Am Abend des 4. September empfing Gambetta als Mitglied der neuen Regierung eine Deputation der Pariser Arbeiter, welche die Forderungen ihrer Klasse an die neuen Machthaber formulierte. Es waren keine sozialistischen Forderungen, sondern den demokratischen Prinzipien entsprechende Regierungsgrundsätze: Selbstverwaltung von Paris in seinen kommunalen Angelegenheiten durch gewählte Körperschaften, Pressfreiheit, Koalitionsfreiheit, Trennung der Kirche vom Staate, politische Amnestie. Gambetta, der ein Jahr früher auf Grund derselben Programmpunkte gewählt worden war, antwortete mit Redensarten. Die „Regierung der nationalen Verteidigung“ verwechselte die Güter der Nation mit denen der Kapitalisten: diese verteidigte sie, jene verriet sie.

Die Deutschen zernierten Paris. Die Streitkräfte der Stadt waren keine geringen: 200.000 Mobilgarden und Linientruppen und ebensoviel Nationalgarden, die darauf brannten, dem Feinde entgegengeführt zu werden. Die Regierung der nationalen Verteidigung tat nichts dergleichen. Paris durfte ja nicht siegen. Das wäre der Sieg der Revolution gewesen. Paris musste erniedrigt werden. Während die Deutschen die Schlinge um die Stadt immer enger und enger zogen, wütete innerhalb der Mauern der Kampf gegen die Verräterei der Regierung. Als man endlich am 19. Jänner einen Ausfall machte, da wollte man nur zeigen, dass jeder Widerstand zwecklos sei*.

Am 28. Jänner ward der Waffenstillstand mit Bismarck geschlossen. Die Kapitalisten drangen darauf, dass ein Ende gemacht werde; schon zu lange hielt sie die leidige nationale Ehre von der Plusmacherei fern, je länger der Widerstand noch anhielt, desto mehr schwoll die Zeche an. Schon am 12. Februar trat in Bordeaux die Nationalversammlung zusammen, der nur die Frage vorgelegt werden sollte, ob Krieg oder Friede. Sie votierte debattelos Frieden, wie die Drahtzieher hinter der Szene befahlen. Die Zusammensetzung der Kammer war hoffnungslos für die Freunde der Republik. Auf 750 Mitglieder zählte sie 450 eingeschworene Monarchisten, die sich nur

* Zynisch genug haben das die Machthaber nach der Niederwerfung der Kommune vor der parlamentarischen Untersuchungskommission einbekannt. Der Infanterieoberst Chaper, um die Absicht der Truppenführung an jenem 19. Jänner befragt, meinte, man habe sich gesagt: „Wir werden die Nationalgarde, da sie es nun einmal nicht anders will, ein bisschen quetschen lassen. (Nous allons donc faire écrabouiller un peu la garde nationale puisqu'elle en veut.)“ (Zitiert in Jaurès, Histoire socialiste, V. La Commune par Dubreuilh.)

darüber uneinig waren, wen sie auf den Herrscherstuhl setzen sollten. „Legitimisten“ nannten sich die restaurationslüsternen Feudalen und klerikalen Anhänger der Bourbons, „Orléanisten“ hiessen die Streiter für die Herrschaft der Börse nach ihrem Erwählten, „Bonapartisten“ die Vertreter des industriellen Kapitalismus; aber diese letzteren traten meist incognito auf, nach Sedan war es gar zu kompromittierend, sich öffentlich nach den Fleischtöpfen der Korruption zu sehnen. Alle, auch die Bourgeoisrepublikaner, waren einig in ihrem Hasse gegen Paris. Denn hinter Paris lauerte die Sphinx der sozialen Frage, lauerte die Revolution.

Man hatte es verstanden, dem Bauer vor den Parisern grauen zu machen. Paris, das war die Konfiskation seines Eigentums, das lange schon vorher der Kapitalist konfisziert hatte als Basis seiner Hypothek, das war jenes ganze Register reaktionärer Ammenmärchen von Zerstörung der Familie, Beleidigung der Religion u. s. w. Es war gelungen, Paris auf einen Isolierschemel zu stellen. Als die Stadt losschlug, stand bis auf wenige Industriestädte* das ganze Land der Bewegung bestenfalls mit gemischten Gefühlen, wenn nicht direkt feindselig gegenüber.

Die Kammer stellte sich als nächste Aufgabe, Paris zu züchtigen. Erst aber mussten die Preussen zufriedengestellt werden. Thiers, der „Staatsmann“ der „Chambre des ruraux“ (Junkerkammer), feilschte lange. Elsass-Lothringen, 5 Milliarden Kriegsentschädigung und Besetzung von einem Drittel des Landes bis zur völligen Tilgung dieser Summe waren aber immerhin noch eine ganz beträchtliche Zeche. Die Staatskassen waren leer, man musste borgen. Die Kapitalisten aber erklärten Herrn Thiers nach seiner eigenen Aussage vor der parlamentarischen Kommission: „Nicht eher werden Ihre Finanzoperationen gelingen, als bis Sie mit allen diesen Elenden ein Ende gemacht haben.... Machen Sie mit ihnen ein Ende und dann wird man von Geschäften reden können.“**

Die „Elenden“, das waren die revolutionär gesinnten Pariser Nationalgardien. Man hatte nämlich notgedrungen während der Belagerung die erwachsene Bevölkerung der Stadt bewaffnen müssen und da die Besitzenden noch vor Beginn der Belagerung die gefährdete Stadt verlassen hatten, sah man sich am Ende des Krieges einer revolutionären Armee gegenüber, die, wenn auch aus den verschiedensten Elementen zusammengesetzt, doch eins war in dem Willen, jeden Angriff der Reaktion blutig zurückzuweisen. Der liess denn nicht lange auf sich warten.

Die Junkerkammer beeilte sich, dem Auftrag der Kapitalisten nachzukommen, den ihnen Thiers überbrachte. Ihre ersten Beschlüsse trafen die Pariser wie Faustschläge ins Gesicht. Am 10. März erhob die Nationalversammlung folgende Anträge zum Beschluss:

1. Die Verlegung des Sitzes der Regierung und der Kammer von Paris nach Versailles.
2. Die am 13. November zum zweitenmal erfolgte Prolongation der Wechsel auf unbestimmte Zeit aufzuheben und deren Zahlungstermin auf den 13. des laufenden Monats festzusetzen.
3. Die dringliche Frage des Nachlasses der Mietzinse nicht zu diskutieren.
4. Die Zahlung des Soldes der Nationalgarde an die Bedingung der Beibringung eines Armutzeugnisses zu knüpfen.

Die Junker wollten Paris enthaupten und enthauptstadteten („décapiter et décapitaliser“). Man überdenke nur, was die Durchführung dieser Massregeln bedeutete:

Paris ist ein historisches Gebilde, das der Lauf der Jahrhunderte hervorgebracht. Gewiss, die Lage der Stadt macht sie zur Hauptstadt wie geschaffen, aber sie wäre es nicht geworden, wenn nicht die Fürsten der Ile de France Frankreichs Könige gestellt hätten; und hätten es diese Könige nicht verstanden, in stetem Kampfe gegen

* In einigen Industriestädten, wie Lyon, Marseille, Toulouse, gab es auch Aufstandsbewegungen. Sie waren aber schlecht organisiert und es stand keine numerisch starke Masse hinter ihnen. Wie denn auch anders? Die Proletarier dieser Städte, das waren die Landarbeiter und Handwerksgehilfen von gestern. Von Klassenbewusstsein konnte wohl kaum schon die Rede sein. Bei den einen, weil das Milieu ihres Ursprunges sie noch zu sehr im Banne hielt, bei den anderen, weil ihre Zugehörigkeit zum industriellen Proletariat von ihnen wie eine vorübergehende Deklassierung empfunden wurde. Wenn erst bessere Zeiten kämen für das ehrsame Handwerk!

** „Vous ne ferez jamais d'opérations financières, si vous n'en finissez pas avec tous ces scélérats.... Il faut en finir et alors on pourra traiter des affaires.“ (Dubreuilh.)

die Vasallen, Frankreich, so wie es die wirtschaftliche Entwicklung notwendig machte, vom Lehensstaat des Mittelalters zum absoluten Staat Ludwig XIV. zu erheben, Paris wäre nicht mehr geworden als ein französisches Weimar oder Kassel. In seiner Bevölkerung waren die Staatsbeamten prozentuell sehr stark vertreten. Der Landadel war hierher gekommen, um seine Renten zu verprassen, die Bourgeoisie der ganzen Welt suchte diese Stadt auf, um sich zu amüsieren. Der Gewerbefleiß der Stadt beruhte auf dieser Grundlage, indem er vorwiegend die Luxusindustrie kultivierte. Dieser Beschluss, wenn auch an seine Durchführung ernsthaft nicht zu denken war, musste in jedem Pariser die Empfindung wecken, die Nationalversammlung wolle den Ruin seiner Stadt.

Was die Frage der Wechsel betrifft, so ging sie vor allem die kleinen Handwerker und Geschäftsleute an. Während der Belagerung, als alle gewerbliche Tätigkeit darniederlag, sah sich die Regierung unter dem Druck der ausserordentlichen Verhältnisse genötigt, eine Fristerstreckung für alle Wechselschulden vorzunehmen. Der Beschluss der Kammer, der diese Verfügung aufhob, bedeutete für die Mehrzahl der kleinen Leute den geschäftlichen Ruin, die Versteigerung ihres Eigentums. Nun ist der Eigentumsfanatismus des Kleinbürgers ein durchaus konkreter, er meint immer sein persönliches Eigentum, wenn er von dessen Heiligkeit spricht. Das Eigentumsrecht des Gläubigers ist ihm völlig gleichgültig, seine Geltendmachung Diebstahl. Dieser Beschluss der Kammer machte alle Pariser Kleinbürger zu Revolutionären.

Die Nichterledigung der Frage der Mietzinse warf die Familien der ärmeren Stadtteile auf die Strasse, nahm den kleinen Geschäftsleuten die Unterlage ihres Erwerbes, den Geschäftsladen.

Die vierte Massregel traf vielleicht im Augenblick am schwersten. Die Nationalgardisten erhielten einen Sold von $1\frac{1}{2}$ Frcs. den Tag, welcher Betrag sich bei Familienvätern um 75 Cts. und, wenn sie Kinder hatten, um 25 Cts. für jedes Kind erhöhte. Das war das Einkommen, von dem die Pariser Bevölkerung monatelang gelebt hatte, und es war auch seinerzeit der Sold in der Absicht festgesetzt worden, den ärmeren Klassen über die Not des Krieges und seiner Folgeerscheinungen hinwegzuhelfen. Nun sollten diese Bezüge jedem genommen werden, der nicht nachwies, dass er der öffentlichen Mildtätigkeit bedürfe, und dieser Nachweis war vor den knechtseligen Bürokraten der Regierung zu führen, deren Willkür der Bürger damit preisgegeben war. Die Krautjunker stellten Paris vor die Alternative: Entweder hungern oder zu Kreuze kriechen und betteln.

Im Gegensatz zu diesen Massnahmen und um ihnen zu begegnen, erhob sich der Ruf nach der Kommune. Keineswegs bedeutete dieser Ruf in aller Munde dasselbe. Der republikanisch gesinnte Kleinbürger erinnerte sich der Rolle, die Paris in der grossen Revolution gespielt, dem Proletariat, das unter dem Einfluss des Föderalismus Proudhons' stand, war die autonome Gemeinde der Grundstein eines neuen sozialen Gebäudes*.

Paris hatte zu den Massnahmen der Kammer keineswegs geschwiegen. Es hatte in machtvollen Demonstrationen der gesamten Nationalgarde protestiert, oft waren Zusammenstösse mit den Truppen geschehen. Da versuchte Thiers — es war an dem denkwürdigen 18. März 1871 — nach dem Gebote der Kapitalisten der Nationalgarde ihre Kanonen wegzunehmen. Der Versuch geschah mit unzulänglichen Mitteln, er war nichts anderes als eine Provokation. Die erwünschte Folge trat ein. Die Nationalgarde widersetzte sich dem Diebstahl, die helle Revolution brach los. Das Volk blieb Sieger, die Machthaber flüchteten. An die Spitze der Verwaltung stellte sich das Zentralkomitee

* Vaillant, damals schon ein hervorragendes Mitglied der sozialistischen Bewegung, fasste in einem Artikel die Tendenzen, die in dem Streben nach der Kommune zur Geltung kamen, zusammen, indem er die Kommune definierte als „la république dans la plus haute expression et la ville libre dans le pays libre et la première pierre du nouveau édifice sociale“ (sowohl die Republik, auf ihren höchsten Ausdruck gebracht, und die freie Stadt im freien Lande, als auch den Grundstein des neuen sozialen Gebäudes), und er konzentrierte diese Begriffe auf einen Ausdruck, indem er sagte: „La cité doit avoir comme la nation son Assemblée qui s'appelle indistinctement: Assemblée municipale ou communale ou Commune.“ (Die Hauptstadt muss wie die Nation einen Vertretungskörper haben, der Munizipalversammlung oder Kommunalversammlung oder Kommune heisst, ohne dass sich diese Begriffe voneinander unterscheiden.)

der Nationalgarde, als die leitende Körperschaft derjenigen Organisation des Volkes, die den Sieg errungen. Einst gewählt, um die Verteidigung der Stadt gegen die fremden Eroberer zu leiten, musste das Komitee dieses Geschäft jetzt gegen die Regierung der „nationalen Verteidigung“ besorgen. Es stellte sich als einzige Aufgabe, die Wahlen in den zu bildenden Rat der Kommune zu leiten, nach deren Vollzug seine Befugnisse in dessen Hände übergingen. Thiers war jetzt in harter Bedrängnis. Sein Streich war etwas voreilig gewesen. Eine so rasche Aufrollung der Dinge hatte er nicht erwartet. Seine Streitkräfte reichten nicht einmal, einem energischen Angriff Widerstand zu leisten. Er musste Zeit gewinnen um jeden Preis. So liess er durch die Maires Unterhandlungen anknüpfen, durch die er die Konstituierung der Kommune um acht Tage verzögerte. Unterdes hatte er neue Streitkräfte herangezogen: bei Bismarck erbettelte er sich die Freigabe der Kriegsgefangenen vor der vertragsmässig bedungenen Zeit, und in den Bauernsöhnen, die empört waren über die Stadt, deren Widerstand ihre Gefangenschaft verlängert hatte, gewann er eine verlässliche Armee. Die Verhandlungen wurden abgebrochen. Am 28. März wird die Kommune proklamiert unter dem Jubel von ganz Paris.

Am 3. April eröffnet Thiers das Feuer auf die Stadt. Paris wird regelrecht belagert. Auf der einen Seite besorgen die Deutschen die Zernierung, welche einen Teil der Forts noch besetzt halten, auf der anderen Seite tut es die Armee der Reaktion, die wohl den verlorenen Kriegsruhm im Kampfe gegen die eigene Hauptstadt wiedergewinnen soll. Thiers schreckt vor dem Aeussersten nicht zurück. Er lässt, was die Deutschen zu tun sich gescheut haben, Paris bombardieren. Das Ende bleibt nicht lange aus. Am 21. Mai öffnet Verrat die Tore. Acht Tage lang dauert noch der Kampf in den Strassen, am 29. Mai ist alles aus. Thiers opfert Hekatomben dem Rachedurst der Bourgeoisie. 25.000 schlachten seine Henker, 13.700 werfen seine Schergen in die Gefängnisse. Tausende entgehen einem schrecklichen Schicksal nur durch die Flucht ins Ausland.

Dass Paris als Sieger aus dem Kampfe nicht werde hervorgehen können, war klar. Seine Niederlage war nur eine Frage der Zeit. Was konnte eine revolutionäre Stadt inmitten einer stupiden, feindseligen Bauernbevölkerung, die von der Gesamtbevölkerung mehr als zwei Drittel ausmachte!

Die Niederlage der Revolution lag schon in der sozialen Struktur der Bevölkerung von Paris begründet. Die Grossindustrie Frankreichs, wie die Textil-, die Metallindustrie, hatte ihren Sitz in der Provinz. Paris war die Stadt der Kleiderkonfektion, der Kunstmöbel, der Galanterie- und Luxuswaren. Seine Arbeiter hatte der Grossbetrieb noch nicht zu den mächtigen Bataillonen zusammengeschmiedet, die heute das Heer des kämpfenden Proletariats bilden*.

Ihrer Ideologie nach waren daher die Communards zum Grossteil Kleinbürger: kleinbürgerliche Republikaner oder kleinbürgerliche Sozialisten. Das trat oft verhängnisvoll bei der Verteidigung der Stadt in die Erscheinung. Die strenge Selbstdisziplin proletarischer Bataillone der Gegenwart fehlte gänzlich. Jede Abteilung, oft auch der einzelne, operierte auf eigene Faust. Nach dem 21. Mai verliessen alle Kämpfer ihre Posten. Jeder eilte, sein eigenes Haus zu verteidigen. Die Bewohner desselben Viertels verbarrikadierten sich und kümmern sich wenig um das anstossende. Der mühsam unterdrückte Kleinbürgeregoismus wird in diesen Tagen wieder lebendig. Die vereinzelt Kämpfer schlagen sich wie Löwen, aber der Jäger sind zu viele.

Die typisch kleinbürgerliche Unsicherheit und Richtungslosigkeit kulminierte im Rate der Kommune. Unter 72 Gewählten der Stadt waren nur 25 Arbeiter, die anderen Kleinbürger oder noch Schlimmeres: Fettaguen auf der trüben Suppe des Lumpenproletariats. Wenn das Uebel, das dieser Rat gestiftet, nicht gar zu gross war, so dankte das die Kommune jenen Mitgliedern der Internationale, die, als sie sahen, wie die Dinge im Rate standen, ihr Mandat nicht weiter ausübten, sondern verantwortungsvolle Posten in der Verwaltung der Stadt übernahmen, wo sie ausharrten bis zuletzt.

* 1860 hatten nur 7.4 Prozent der etwa 100.000 gewerblichen Betriebe von Paris mehr als zehn Arbeiter, hingegen 61.2 Prozent höchstens einen (Levasseur), ein Verhältnis, das sich bis 1870 kaum wesentlich geändert hatte.

Der Hemmschuh der kleinbürgerlichen Geistesverfassung zeigte sich vor allem, wo es galt, kriegerische Unternehmungen einzuleiten, die geschickten Stösse Thiers' und der Seinen zu parieren. Er trug nicht zum geringsten schuld daran, dass Paris im Lande isoliert blieb, denn der enge Horizont der Kleinbürger reichte nicht viel weiter als bis zu den Linienwällen und vergebens bemühte sich der Rat, einen Weg zum Kopfe oder zum Herzen der Provinz zu finden, seine Stimme langte immer nur für Paris.

War zwar der kleinbürgerliche Sozialismus unfruchtbar in seiner Politik, so war er doch ergebnisreich in seiner Sozialpolitik. Die Kommune regelte in ihrem Machtbereich eine Reihe sozialpolitischer Forderungen, die sonst noch heute ihrer Erfüllung harren. Sie verbot die Nacharbeit der Bäcker, sie erklärte Lohnabzüge unter irgendeinem Vorwand für unerlaubt, sie statuierte einen Minimallohn bei Submissionen, sie gab im Falle der Wahl zwischen einem Unternehmerbetrieb und einer Produktivgenossenschaft der letzteren den Vorzug und schliesslich suchte sie die Neuorganisation der Gesellschaft anzubahnen durch den Beschluss, dass alle von ihren Besitzern verlassenen Betriebe in den Besitz einer aus den Arbeitern dieses Betriebes gebildeten Produktivgenossenschaft überzugehen haben.

Nörgler wenden ein, für eine sozialistische Bewegung wäre das nicht gar so viel des Rühmenswerten. Aber war denn ein Mehr auch möglich? Wir ahnen die Möglichkeiten des Sozialismus, weil wir die Möglichkeiten des Kapitalismus sehen. Die Communards ahnten erst die Möglichkeiten des Kapitalismus, wie hätten sie die Möglichkeiten des Sozialismus schon verwirklichen können? Sie taten, was sie nur konnten, aber sie konnten auch nur, was sie taten.

Die Kommune kam nicht dazu, ihre Beschlüsse voll auswirken zu lassen. Sie starb unter den Händen der Henker Thiers' den Heldentod. Das schönste Grabmal hat ihr Karl Marx gesetzt in den Worten, mit denen er die Adresse des Generalrats der Internationale schloss: „Das Paris der Arbeiter mit seiner Kommune wird ewig gefeiert werden als der ruhmvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft. Seine Märtyrer sind eingeschreint in dem grossen Herzen der Arbeiterklasse.“

Jakob Pistiner (Czernowitz): Die Sozialdemokratie und die Agrarfrage in Oesterreich

Es ist selbstverständlich, dass in einem Lande, in dem sich ein grosser Teil der Bevölkerung mit der Landwirtschaft befasst, die Agrarfragen von jeher das Interesse der sozialdemokratischen Partei wecken mussten. Solange aber die Partei noch schwach war und nur Schritt um Schritt in der gewerblichen und industriellen Arbeiterschaft Boden gewinnen konnte, konnte dieses Interesse nicht in Taten umgesetzt werden. Auch kommt noch in Betracht, dass jene Nationen, die einen grösseren Prozentsatz an industriellen Arbeitern aufweisen, naturgemäss zuerst die Praxis des österreichischen Sozialismus beherrschten und, da sie ein kleineres Interesse an der Agrarfrage hatten, es auch deshalb zu keiner Erörterung der Frage kommen konnte. So fanden wir denn im Hainfelder Programm keine Forderung, die sich auf die ländlichen Verhältnisse als solche beziehen würde. Und es ist gewiss ein Zeichen des Erwachens der agrarischen Nationen, dass auf dem Parteitag zu Prag (1896) Genosse Dr. Verkauf über „Lage und Forderungen der ländlichen Arbeiterschaft“ referierte. Wie schon der Titel besagt, befasste sich das Referat keineswegs mit der Agrarfrage, sondern bloss mit der ländlichen Arbeiterschaft. Und auch mit dieser nur vom Standpunkt des Arbeiterschutzes. Wohl hob der Referent hervor, dass zur ländlichen Arbeiterschaft Gesinde, Tagelöhner und Parzellenbesitzer gehören, dass besonders bei den Parzellenbauern die juristische Selbständigkeit keineswegs mit der ökonomischen identifiziert werden dürfe, und dass auch für die land-

wirtschaftlichen Arbeiter eine eigene landwirtschaftliche Gewerbeordnung gefordert werden müsse, aber im grossen und ganzen schlug er doch vor, die Bestimmungen der Gesetze zum Schutze der gewerblichen Arbeiter auf die landwirtschaftlichen auszudehnen.

Genosse Schuhmeier fasste die Ausführungen des Referenten in einer Resolution zusammen, die im Kern schon jene Forderungen enthält, welche später in die Gegenwartsprogramme aufgenommen worden sind, so Beseitigung der Dienstbotenordnung, Schaffung einer Arbeiterschutzgesetzgebung, Verbot der Kinderarbeit, Zwangsversicherung und so fort. In dieser Resolution sind zwei Stellen bemerkenswert. Die Forderung der Zwangsversicherung wird auch damit begründet, dass die Dorfgemeinden entlastet werden müssten. Die Forderung erhält so eine allgemeinere, über den Rahmen der ländlichen Arbeiterfrage hinausgehende Bedeutung. Ferner wird verlangt, dass zur Versicherung auch die Kleinbauern heranzuziehen seien. Da die Resolution eingangs hervorhebt, dass zur ländlichen Arbeiterschaft auch die Zwergbesitzer gehören, kann unter Kleinbauern nur eine höhere Schichte als die Zwergbauern verstanden worden sein.

Die Resolution wurde nicht zur Abstimmung gebracht, da über Antrag Holzhammers ausgesprochen wurde, dass der Parteitag diese Fragen noch nicht für genügend geklärt erachte.

Die Partei erstarkte, die Gewerkschaften wuchsen, die fünfte Kurie ermöglichte eine sozialdemokratische Reichsratsfraktion. Je mehr die Partei wuchs, desto brennender wurde für sie die Frage der Landagitation. Der Agitator konnte nicht an den Stadtmauern haltmachen. Er konnte es um so weniger, als in den Jahren des industriellen Aufschwunges in Oesterreich der Zug vom Land in die Stadt gross war. Die Gewerkschaften organisierten, aber immer wieder kamen Bauernsöhne aus dem Dorfe in die Fabrik, unberührt vom Sozialismus. Man musste es versuchen, noch auf dem Lande ihren Vorurteilen gegen die sozialistischen Hetzer entgegenzutreten, um sie in der Stadt leichter gewinnen zu können. Dazu kam, dass auch in den Dörfern Fabriken entstanden. Mitten unter den bäuerlichen Gütern erhebt sich der Schlot der Zuckerfabrik. Die Arbeiter in solchen Betrieben, die eine Mittelstellung zwischen industriellen und landwirtschaftlichen Arbeitern einnehmen, vermittelten den Verkehr. Ueberdies zwangen die ungeheuren Wahlkreise der fünften Kurie die Kandidaten, sich mit der landwirtschaftlichen Bevölkerung überhaupt zu befassen. So begegnen wir denn schon auf dem deutsch-österreichischen Parteitag zu Linz (1898) einer Reihe von Anträgen, die die Behandlung der Agrarfrage forderten. Im Jahre 1900 erstattete denn auch Genosse Ellenbogen auf dem Parteitag in Graz ein Referat über die Landagitation.

Schon der Titel des Referates sagt, dass es über den Rahmen des vorher besprochenen Referates hinausging. Nicht nur die Lage der ländlichen Arbeiterschaft, sondern die Landagitation überhaupt wurde besprochen. Die Debatte bewegte sich denn auch weniger um die Organisation der Landarbeiter als der Bauern. Die Resolution lehnt es ab, in dem Streite zwischen den Verfechtern der prinzipiellen Ueberlegenheit des Grossbetriebes und ihren Gegnern Stellung zu nehmen, wie überhaupt in die prinzipielle Seite der Agrarfrage einzugehen.

Sie verlangt Erweiterung der Schulbildung und Aufklärung. Unter den praktischen Forderungen sind aufgezählt vier Gruppen, und zwar die:

1. auf eine gesellschaftliche Organisation der Erzeugung und Verteilung der Bodenprodukte abzielen, also: Vergesellschaftung von Wald, Wiese, Wasserkraft, Erweiterung des öffentlichen Landbesitzes, Ausbau des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens;

2. die gegen die Privilegien und Uebergriffe einzelner Besitzenden gerichtet sind, also: Aufhebung sämtlicher mit dem Grundbesitz verbundenen Vorrechte (Bannrechte, Fideikomnisse, Propinationen, Wahlkurien), Uebergabe der Jagd- und Fischereirechte an die Gemeinden;

3. die auf die allgemeine, der Gesamtheit zugute kommende Hebung der Bodenkultur sowie die Verbesserung, Verbilligung und Zufuhrserleichterung der Lebensmittel gerichtet sind, also: Bodenmeliorationen durch Staat und Land, Ausbau des Versicherungswesens, Verbesserung der Tierseuchengesetze, Aufhebung der Lebensmittelzölle, Herabsetzung der Frachttarife für Lebensmittel;

4. die auf den physischen und geistigen Schutz der Landarbeiter gerichtet sind, also: Staatliche Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung der Landarbeiter, Beseitigung der Gesindeordnungen, landwirtschaftliche Inspektoren, Gründung von Land-

arbeitergenossenschaften, volles Koalitionsrecht für die Landarbeiter, Landgerichtshöfe analog den Gewerbegerichten, mit der Befugnis der Bestimmung der Arbeitszeit, des Lohnes, der Pachtverträge und dergleichen.

Darnach werden also neben den engeren landwirtschaftlichen Forderungen auch alle jene erörtert, die über den Kreis der Agrarbevölkerung hinaus für die Gesamtheit von der grössten Bedeutung sind.

Wie haben nun die österreichischen Sozialdemokraten in der Folge gehandelt? Es ist seit der nationalen Sonderung schwer, von der Praxis der „österreichischen Sozialdemokratie“ zu reden. Während sich die nichtdeutschen Parteitage noch wiederholt mit der Agrarfrage befassten, hat weder ein Gesamtparteitag noch ein deutsch-österreichischer sich mit der Agrarfrage befasst. Dagegen haben die sozialdemokratischen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten einzelne Forderungen in Anträgen und Resolutionen niedergelegt. Vor allem muss da natürlich der Antrag Renner (1908) hervorgehoben werden, der vom Standpunkt der Lebensmittelversorgung ein Agrarprogramm entwickelt. Nachstehende Forderungen seien hervorgehoben: Erleichterung der Zusammenlegung landwirtschaftlicher Grundstücke, Regelung der Rechte an gemeinschaftlichen Grundstücken, ein neues Servitutengesetz, ein Alpenschutzgesetz, Reform des Jagdrechtes, Förderung landwirtschaftlicher Genossenschaften und so fort. Der Verband hat denn auch für das Meliorationsgesetz gestimmt. Weiter wurde von den Sozialdemokraten ein eigenes Gesetz zum Schutze der landwirtschaftlichen Pächter eingebracht und eine Neuregelung der Grundsteuer vorgeschlagen. Ueberdies hat der Verband auch zu allen Agrarfragen, die von anderer Seite zur Sprache gebracht wurden, selbstverständlich Stellung genommen.

Die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten haben je nach der wirtschaftlichen Struktur des Landes einzelne Forderungen besonders hervorgehoben und zu Anträgen zusammengefasst. So in Steiermark das Gesinderecht, während die mährischen Genossen einen Gesetzentwurf auf Enteignung der Grossgrundbesitzer und Schaffung von Bauernbesitz einbrachten. In der Bukowina haben uns die bevorstehenden Landtagswahlen gezwungen, uns mit den Agrarfragen zu befassen und sie im Landtagsprogramm zu berücksichtigen. Es sind dies nachstehende Grundsätze:

„Die Landeskultur muss darauf hinielen, den Grund und Boden ergiebiger zu machen. Diesem Zwecke dient die Heranbildung der bäuerlichen Bevölkerung in landwirtschaftlichen Fachschulen. Weiters alle Massregeln, welche geeignet sind, die Anbauflächen zu vergrössern, die Arbeit zu konzentrieren und die Möglichkeit der vollständigen Ausnützung der vorhandenen Kräfte zu schaffen. Es sind daher alle Massregeln zu treffen, um den Boden zu ent- und zu bewässern, Wildbäche zu verbauen, Flüsse zu regulieren, auseinanderliegende Parzellen zusammenzulegen und die Nutzungs- und Verwaltungsrechte der Kleinbesitzer an Gemeingründen klarzustellen und zu regeln. Ablösungen von Servituten haben nur dann zu erfolgen, wenn dies im Interesse der Landeskultur liegt, und zwar unter Wahrung der Interessen der Kleinbesitzer. Das Jagdrecht ist derart zu verbessern, dass die Schaffung eigener Jagdhege verboten und die Jagd freigegeben wird. Wir fordern Förderung der Fischzucht und freies Fischereirecht unter strenger Beachtung der Bestimmungen zum Schutze der Fischzucht. Die Nutzungen an Wald und Weide sind ohne die dazugehörigen Grundbuchkörper unveräusserlich. Eine obligatorische Feuer-, Vieh- und Hagelversicherung ist zu schaffen. Ein Pachtgesetz soll jene Pächter, die den Grund selbst bebauen, schützen.“

Der gesamte Grossgrundbesitz des Landes ist einzulösen und mittels Landesschuldverschreibungen zu bezahlen. Dem Kaufpreis werden zugrunde gelegt der Durchschnitt der in den letzten fünf Jahren bezahlten Grundsteuer unter Abzug des Wertes der auf dem Grundbesitz haftenden Lasten. Mit dem Grundbesitz sind alle Baulichkeiten und landwirtschaftlichen Betriebe abzulösen. Während diese Betriebe vom Lande in eigener Regie geführt werden, sind zwecks rationeller Bearbeitung des Bodens mit finanzieller Hilfe des Landes aus den Kreisen der landwirtschaftlichen Arbeiter und Häusler Genossenschaften zu bilden, denen dieser Grundbesitz sowie der sonstige Besitz des Landes und der Gemeinden und die Güter des Bukowinaer griechisch-orientalischen Religionsfonds verpachtet werden, wobei etwaige Gewinne zugunsten kultureller und humanitärer Zwecke des Landes zu verwenden sind. Den Gemeinden ist das Recht des Vorkaufes bei Zwangsversteigerung einzuräumen. Gemeinbesitz darf nicht veräussert werden.“

* * *

Schon dass so vielfach Versuche zur Schaffung eines Agrarprogramms gemacht werden, beweist, dass die Landagitation notwendig geworden ist. Die Frage ist nun: Was muss ein solches Agrarprogramm enthalten? Das Natürlichste wäre gewiss eine

Darlegung der Entwicklungstendenz in der Landwirtschaft, an die sich die Gegenwartsforderungen anschliessen müssten. Nun ist der Streit über die Entwicklungstendenz allerdings noch nicht abgeschlossen und wird es wohl auch inso-
lange nicht, als alle Zweige der Landwirtschaft von demselben Gesichtspunkt aus beurteilt werden und der Einfluss der staatlichen Massnahmen auf die Rentabilität ausser acht gelassen wird. Auch ist eine rein mechanische Zählung der Betriebe nach Grössenarten ohne Berücksichtigung der Art und Qualität der Betriebe schablonenhaft und kann keine Auskunft über die Entwicklungstendenz geben.

Die Voraussetzungen für eine brauchbare Statistik sind daher um so weniger gegeben, als jedes Kronland seine besonderen historischen Voraussetzungen und besondere soziale Entwicklungsstufen hat. Sollen wir also, weil die Voraussetzungen für das theoretische Programm noch nicht gegeben sind, auf die Praxis verzichten? Das geht nicht an. Nicht nur weil die ländliche Bevölkerung das Reservoir für die industrielle ist und nicht nur weil schon der politische Kampf uns zwingt, auf die Dörfer hinauszugehen, sollen wir von ihnen nicht erdrückt werden — es mehren sich die Fälle, dass die ländliche Bevölkerung zu uns um Rat und Hilfe kommt. Sollen wir ihr nun sagen: Wartet, wir sind uns über die Entwicklungstendenzen noch nicht einig...? Dies geht wohl nicht an und ist auch nicht nötig. Die historische Darlegung hat gezeigt, dass es eine ganze Reihe von Programmpunkten gibt, über die wir uns einig sind. Wir können überhaupt drei Gruppen unterscheiden: 1. Die Forderungen für die Landarbeiter, wozu auch das Gesinde und der Parzellenbesitzer zu rechnen sind. (Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung, Regelung des Arbeitsvertrages.) 2. Die Forderungen an die Landwirtschaft vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft. Es sind dies alle Forderungen, welche die Förderung der Ergiebigkeit des Bodens und die Hebung der Viehzucht bezwecken, jedoch unter gleichzeitigem Schutze der Konsumenteninteressen, wie Meliorationen, landwirtschaftliches Schulwesen, Genossenschaften u. s. w.

Die dritte und bestrittenste Gruppe ist der Bauernschutz im engeren Sinne. Wir erwähnen nur Bodenentschuldung, Pachtgesetz, Terminhandel. Bestritten ist jedoch diese Gruppe von Forderungen nur deshalb, weil man sich gewöhnt hat, diese Forderungen vom Standpunkt entweder des „antikollektivistischen Bauernschädels“ oder seines „kommunistischen Gefühls“ zu beurteilen, also nur vom Werbepunkt. Kann der Bauer von uns gewonnen werden, oder kann er es nicht? war die Frage. Der Bauer kann weder das eine noch das andere, denn den Bauern gibt es ebensowenig wie den Gewerbetreibenden. Der Bauer nimmt je nach seinem Besitz und seiner Stellung im Berufe eine sehr verschiedene Rolle ein. Allerdings darf man nicht in den Fehler verfallen, die Agitation nur auf die Besitzlosen einzuschränken und diese mit den Lohnarbeitern zu identifizieren. Andererseits kann aber auch nicht der Bauer, der im Winter mit seinem Fuhrwerk Holz oder Rüben führt, schon deswegen als Lohnarbeiter angesehen werden. Die Grenze lässt sich überhaupt nicht mechanisch ziehen, sondern es muss wohl gesagt werden, dass zu den Landarbeitern auch alle jene zu zählen sind, die notwendig und regelmässig Lohnarbeit suchen. Sei es nun, dass sie sich zeitweilig als Tagelöhner verdingen gegen Bezahlung oder Anteil an der Ernte — sei es, dass sie pachtähnliche Verhältnisse eingehen.

Wird diese Scheidung vorgenommen, dann muss man gegen die nächsthöhere Schicht der Kleinbauern eine ähnliche Stellung einnehmen wie gegen die Kleingewerbetreibenden. Sie schützen, jedoch nicht durch Massnahmen, die — sagen wir, um einen geläufigen Ausdruck zu gebrauchen — zunftmässig sind. Von diesem Gesichtspunkt geleitet muss man wohl für eine Neuregelung der Grundsteuer eintreten, bei der der Kleinbauer entlastet wird; desgleichen für Schutz der Bezugsrechte an Bauernschaftswäldern, Jagd- und Fischereirecht; man müsste aber zum Beispiel das Verbot des Terminhandels anders beurteilen, als es unsere Fraktion seinerzeit getan hat. Insbesondere die Frage der Bodenentschuldung muss von diesem Gesichtspunkt beurteilt werden. Sie darf nicht ein Geschenk der Gesamtheit an eine Schicht der Bevölkerung zu deren Nutzen allein werden.

Allerdings wäre ein theoretisches Agrarprogramm für alle diese Fragen, die, wenn auch nicht im einzelnen erörtert, doch mit logischer Konsequenz sich ableiten liessen,

von grösster Bedeutung. Dass wir keines haben, ist und kann jedoch kein Grund sein, nicht schon jetzt ein zusammenfassendes Gegenwartsprogramm zu schaffen. Es ist dies um so notwendiger, als wir allmählich in die Landtage eindringen. Die Voraussetzungen sind gegeben, die Arbeit muss getan werden.

Eduard Stojetz: Die Organisation der Landarbeiter

Auf den Parteikongressen aller Länder taucht stets die Frage der Landagitation auf, sie wird in der Regel mit der Aufforderung an die Exekutive, geeignete Vorschläge vorzubereiten, aus der Verhandlung ausgeschieden. So ertönte auf dem deutschen Parteitag zu Leipzig der Ruf: „Hinaus aufs Land“, die Landarbeiter und Halbbauern in die sozialdemokratische Organisation einzubeziehen, ebenso wie auf dem Reichenberger Parteitag, wo der Antrag De Witte angenommen wurde, welcher besagt, dass die Parteivertretung die Frage der Organisation des landwirtschaftlichen Proletariats studieren soll. Für den nächsten Parteitag seien positive Vorschläge zu erstatten, in welcher Weise eine grosszügige Agitations- und Organisationsarbeit auf dem Lande zu machen sei. Auch am niederösterreichischen Landesparteitag 1909 drängte sich diese Frage auf und endete mit einer Aufforderung an die Bezirksorganisationen, die Angelegenheit zu betreiben. Der Drang, in den Kreisen der Landbevölkerung festen Fuss zu fassen, ist sowohl in rein agrarischen Landesteilen als auch in industriell durchsetzten Bezirken vorhanden und durchaus begreiflich; denn selbst dort, wo schon ansehnliche sozialdemokratische Organisationen von Industriearbeitern vorhanden sind, wird die Indifferenz der landwirtschaftlichen Arbeiter als empfindliche Hemmung der proletarischen Bestrebungen empfunden.

Das Wiederkehren der Forderung nach zielgemässer Ausbreitung der sozialdemokratischen Agitation auf das flache Land bestätigt also ebenso die Notwendigkeit dieser Arbeit wie auch die Tatsache, dass die bisherigen Massnahmen, dem Ziele näher zu kommen, nicht genügten.

Nun steht es unzweifelhaft fest, dass wir auch in dieser Richtung innerhalb der letzten fünfzehn Jahre bedeutende Erfahrungen gemacht und zur Ueberzeugung gekommen sind, dass es ganz gut möglich ist, innerhalb der Landbevölkerung Anhänger zu sammeln, wenn wir unterscheiden zwischen „Landagitation“ schlankweg und zwischen der Aufklärung der Landarbeiter.

Als man seinerzeit hinausgezogen war zur Landagitation, Aposteln gleich, voll Begeisterung das Evangelium des Sozialismus zu predigen, blieb nie die grausame Enttäuschung erspart, unverstanden zu sein. Man hatte den Fehler gemacht, anstatt zu dem proletarischen Landarbeiter zu gehen, in öffentlicher Versammlung vor „Bauern“ das Programm zu entwickeln. Der Landarbeiter blieb einer solchen Versammlung, so wie auch heute noch, aus verschiedenen Gründen, nicht zuletzt weil da die Unternehmer das Wort hatten, fern. Es entwickelten sich bestenfalls Diskussionen agrarpolitischen Inhalts, wobei der ursprünglich beabsichtigte Zweck, den Landproletarier aufzuklären, völlig unerfüllt blieb, dagegen den Ruf nach einem Agrarprogramm erzeugte, obwohl dem Landarbeiter die Gegnerschaft gegen das Privateigentum an Produktionsmitteln, also an Grund und Boden, sehr leicht verständlich zu machen gewesen wäre.

Wird also das sozialdemokratische Programm, in dessen Erkenntnis das industrielle Proletariat sieghaft vorwärtsschreitet, auch den Landproletarier zum Anschluss bringen, so geben die besonderen Verhältnisse der letzteren überdies unzählige Agitationsmittel.

Da gibt es in Oesterreich sogenannte Inwohner (in Deutschland Instleute genannt), Proletarier, welche seit Generationen am Hofe der Herrschaft oder des Gross-

bauern wohnen, deren Vorfahren „Hörige“ gewesen. Der Arbeitslohn setzte sich aus dem oft gesundheitschädlichen Freiquartier für den Arbeiter und dessen Familie, aus der Berechtigung, ein Kartoffelfeld bebauen zu dürfen und aus wenigem Bargeld zusammen. Es gibt Gutsherren, welche durch Kontrakte festsetzen, dass der Inwohner für sich kein Vieh füttern darf, Angehörige, welche sich nicht gut betragen, nicht beherbergen, und eine Reihe anderer Vorschriften befolgen muss. Ganze Familien sind es hier, welche unter der Botmässigkeit, verschärft durch Ausnahmsgesetze in Form der Dienstbotenordnungen, leiden und zugrunde gehen. Eine andere Kategorie ist das Gesinde. Auch hier ist Naturalverpflegung in der Entlohnung inbegriffen, jedoch die „Familie“ ausgeschaltet. Nur Unverheiratete sind als Knechte und Mägde in Diensten, und weil das Los des altgewordenen Dienstboten mit Recht gefürchtet ist, so rekrutiert sich aus diesem Kreise das Gros derer, die nach den Städten ziehen, weil ihnen dort die Möglichkeit gegeben erscheint, einen Hausstand zu gründen.

Der weitaus grösste Teil des landwirtschaftlichen Proletariats setzt sich aber aus direkten Lohnarbeitern zusammen. Der moderne Grundbesitzer, welcher reichlich Maschinen verwendet, hat Saisonarbeit. Innerhalb bestimmter Zeitabschnitte bedarf er einer grösseren Anzahl von Arbeitern. Während er früher sein Gesinde das ganze Jahr über mehr oder weniger beschäftigte, weil die Dienstverträge ebenfalls auf Jahre abgeschlossen wurden, verzichtet er heute auf ein grosses ständiges Personal, das er dem Brauche gemäss auch zu verköstigen hat, er nimmt nun von Fall zu Fall gegen blossen Taglohn Arbeitskräfte auf. Dieser Arbeiter ist entweder Wanderarbeiter, das heisst er zieht für eine bestimmte Zeit von seiner Heimat weg, um in einem anderen Lande in Lohn zu gehen, oder er ist am Orte ansässig und fristet sein Leben durch fallweise Arbeit bei verschiedenen Grundbesitzern. Diese Form ist in Oesterreich ziemlich ausgebreitet. Nachdem alle diese Landproletarier, insbesondere die letzteren, völlig gleiche Interessen mit den städtischen Arbeitern haben, ihre Lage aber wesentlich ungünstiger ist, weil sie bis nun jedweder fürsorgenden Gesetzgebung hinsichtlich Arbeitszeit, Versicherung gegen Krankheit und Unfall entbehren, ergeben sich reichlich agitatorische Anknüpfungspunkte.

Aus dem Vorangeführten ergibt sich, dass die Vereinigung der landwirtschaftlichen Arbeiter in Fachorganisationen die einzig richtige Form ist, welche Erfolg verbürgt. In Ungarn, wo neben grossen Grundbesitzen grosse Mengen landloser Volksgenossen sind, haben sich solche Gewerkschaften rasch entwickelt; dergleichen in Italien. Die Daten über Frankreich, wo angeblich 56.000 fachorganisierte Landarbeiter sein sollen, sind wohl mit Vorsicht aufzunehmen.

In Oesterreich besitzen wir ganz schöne Ansätze hierzu im Verband der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter in Gablonz, dann in den Alpenländern, beziehungsweise in Steiermark und Salzburg, wo die Forstarbeiter, zum Teil staatliche Arbeiter, einen Verband bilden. Auch in Niederösterreich findet sich ein Verband solcher Arbeiter, aber er beschränkt sich vorwiegend auf Waldarbeiter im Mödlinger Bezirk. Diese Organisationen haben ein monatlich in Gablonz erscheinendes Fachblatt. Aber ungeheure Gebiete liegen noch brach. Die landwirtschaftliche Betriebszählung vom Jahre 1902 ergab neben drei Millionen Betriebsinhabern über vier Millionen in der Landwirtschaft tätige Familienmitglieder, eine Million Dienstboten und über eine Viertelmillion Tagelöhner, wobei unzweifelhaft die grosse Zahl der zeitweilig in verschiedenen Wirtschaften Arbeit nehmenden Personen — zumeist Familienväter — nicht mitgerechnet sind.

Sind wir also überzeugt, dass sich die Landagitation in erster Linie damit zu befassen hat, das ländliche Proletariat gewerkschaftlich zu organisieren, so ist die Form der Agitation auch schon gegeben. Der landwirtschaftliche Proletarier begreift wohl bald, dass der Eigner an Grund und Boden aus seiner Arbeit Mehrwert gewinnt. Es handelt sich lediglich darum, dem landwirtschaftlichen Arbeiter genau so wie dem städtischen Arbeiter klarzumachen, dass bloss der Zusammenschluss zu Fachverbänden geeignet sein kann, entsprechenden Widerstand zu ermöglichen. Natürlich wird ein solcher Fachverein immer dort leichter zu machen sein, wo eine grössere Anzahl von

Arbeitern unter gleichen Bedingungen in einem gleichen Betriebe vereinigt sind. So wie die industriellen Arbeiter der Fabrik rascher der Organisation zugeführt werden können als die im Kleingewerbe zerstreuten, wird es leichter sein, die landwirtschaftlichen Arbeiter der grossen Gutsverwaltungen, Meierhöfe, der Forste, Rübenkulturen etc. zu vereinigen als die Dienstboten einzelner Gehöfte.

Sind also zum Zwecke der Organisation der Landarbeiter die Agitationsmittel in hinreichendem und erschöpfendem Masse in unserem Programm gegeben, so bedarf die Agitation in dieser Schicht von Arbeitern doch einer besonderen Form. Dem Landarbeiter steht der städtische Agitator gewissermassen fremd gegenüber. Auch wenn er selbst Proletarier ist, unterscheidet er sich von ihm durch Sprache, Auftreten, sogar durch Kleidung; auf den gedrückten, schüchternen Landarbeiter macht er den Eindruck des „Herrn“. Ausserdem ist es nicht leicht, das dem Landbewohner anhaftende Misstrauen zu bannen, wenn der Agitator als „Fremder“ erscheint. Ebenso gilt es, hinsichtlich der Wahl des Themas dem Denk- und Auffassungsvermögen des Landarbeiters entgegenzukommen. Gelingt es selbst, das charakteristische Misstrauen zu beseitigen, so wird der Erfolg keinesfalls in wohlgesetzten Reden zu finden sein, welche für den politisch geschulten städtischen Arbeiter zweckentsprechend sein mögen, bei dem in dieser Richtung fürchterlich zurückgebliebenen Landarbeiter aber auf ausgesprochene Verständnislosigkeit stossen. Es wird vielmehr wichtig, die Lebensbedingungen der immerhin noch von Bauern abstammenden Proletarier eingehend zu studieren, im Hinblick auf diese Abstammung und die damit verknüpften eigenartigen Verhältnisse das geeignete Material für die Aufklärung schaffen.

Von ganz wesentlichem Werte aber scheint die Gewinnung und Erziehung von Agitationskräften aus dem landwirtschaftlichen Proletariat selbst. Darin liegt ganz sicher das Mittel des Erfolges. Der engere Leidensgenosse wird gerade beim Landarbeiter allein imstande sein, die eigentümliche, verschliessende Reserve zu überwinden, welche als vornehmstes Hemmnis agitatorischen Erfolges dasteht; er wird bei der hinreichenden Kenntnis der spezifischen Existenzbedingungen der Landproletarier allein in der Lage sein, am empfindlichsten Punkte einzugreifen. An geeigneten Kräften innerhalb der Landarbeiter ist wohl nicht zu zweifeln. Das weisen die Erfolge anderer Länder. Die ungarische Landarbeiterbewegung musste ihre Csizmadia und Genossen haben, um zu ihrer Bedeutung zu gelangen. Und wenn Lewinskyj im Jahrgang III, Heft 7, des „Kampf“ gelegentlich der Besprechung der ukrainischen Sozialdemokratie sagt, dass es schwer sei, das landwirtschaftliche Proletariat zu organisieren, wenn nicht schon eine organisierte städtische Arbeiterbewegung da ist, so kann dies nur bedingungsweise zugegeben werden. Wohl können von den städtischen Organisationen Fäden gesponnen werden zur Organisation der Landarbeiter, aber erfolgreiche landwirtschaftliche Organisationen bedürfen der heimischen Baumeister, sie bedürfen der Leute, welche den Baugrund gut kennen, auf dem die Organisation errichtet werden kann und soll, die auch das Material zu wählen wissen.

Abgesehen von der individuell anders gearteten Agitation innerhalb der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft dürfte sich diese, sofern das Ziel die Vereinigung in Fachorganisationen ist, gar nicht von unserer programmatischen Agitation unterscheiden. Gelingt es in dieser Richtung die gewünschten Fortschritte zu machen — Ansätze sind ja in Oesterreich schon vorhanden — so ergibt sich der Erfolg in politischer Richtung ähnlich wie bei der gewerkschaftlichen Organisation der städtischen Arbeiter. Die landwirtschaftlichen Fachvereine bilden für die agrarischen Unternehmer bekanntlich bindende politische Elemente, es wird nicht minder bei den landwirtschaftlichen Arbeitern der Fall sein. In den Alpenländern, besonders in Tirol, haben die Klerikalen in letzter Zeit — wohl unter dem Einfluss des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes — eine ganz erkleckliche Zahl von Landarbeitervereinen gegründet, als deren Zweck sie die Unterstützung im Krankheitsfalle angeben. Allerdings ist der zu leistende Beitrag so gering, dass an eine ernsthafte Unterstützung nicht gedacht werden kann. Aber der Verein ist da, man hatte Grund und Gelegenheit, Vereinsversammlungen abzuhalten und Agitation im beabsichtigten Sinne zu treiben. Wenn wir jedoch inner-

halb der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft festen Fuss fassen wollen, kann unser Sinn einzig und allein darauf gerichtet sein, den oft fürchterlichen Arbeitsbedingungen der Landproletarier den Garaus zu machen. Die schlechten Lohn- und Dienstverträge unter Kontrolle zu setzen, ihre Abschlüsse in der bisherigen Form zu verhindern, das allein wäre wert, Organisationen zu schaffen.

Anders — wenigstens zum Teil — stellt sich die Frage, wenn es sich darum handelt, den Zwergbesitzer und den Pächter zum Anschluss zu gewinnen. Soweit dieser aus seinem kleinen Besitztum so wenig Nutzen zieht, dass er daneben gezwungen ist, als landwirtschaftlicher Arbeiter bei Grossbauern oder Grossgrundbesitzern in Lohn zu gehen, laufen wohl seine Interessen mit denen des völlig besitzlosen Landarbeiters gleich. Er arbeitet zum gleichen Taglohn, unter einem gleichen Arbeitsvertrag, ist also zur Solidarität gewissermassen gezwungen. Da er aber selbst einiges an Grundflächen besitzt und dadurch wieder Verbindung mit den anderen Grundbesitzern sucht, die das gleiche Interesse an der Verwertung der Produkte haben, wird sein Empfinden oft ein zwiespältiges sein. Eigentlich ein Proletarier, ähnlich dem mit geringem Kapital ausgestatteten Kleingewerbetreibenden, mit einer Lebenshaltung, die zumeist tief unter der des städtischen organisierten Arbeiters steht, wird er — wenigstens in einer Anzahl von Exemplaren — den Bestrebungen der besitzlosen Landarbeiter teilnahmslos oder auch ablehnend gegenüberstehen. Er wird also noch nicht die Hoffnung aufgeben wollen, dass es mit der zunehmenden kapitalistischen Entwicklung ausgeschlossen ist, in die Schicht der wohlhabenden Grundbesitzer aufzusteigen. Wir finden ja auch, dass in solche „Bauernorganisationen“ immer wieder vereinzelt dort, wo der Grundbesitz in kleinere Parzellen zerschlagen ist, die sozialdemokratische Agitation hineinschlug. Aber diese Organisationen, welche keine Fachorganisationen mit umfassenden und ausreichenden festen Zielen sind, sondern in den meisten Fällen Ausdruck für die Unzufriedenheit mit dem Bestehenden in wirtschaftlicher oder auch politischer Richtung im Sinne bürgerlicher Opposition darstellen, erwiesen sich bisher nicht als entwicklungsfähig. Aus diesem Grunde dürften auch die Berichte über die „Bekehrung von Bauern zum Sozialismus“ anlässlich der letzten Wahlen in Frankreich skeptisch aufgenommen werden. Die Franzosen scheinen rasch begeisterungsfähig zu sein und teilen mit Freude mit, dass eine ganze Reihe rein ländlicher Wahlkreise Sozialisten gewählt habe. Und das alles ohne vorherige Organisation und trotz des „antikollektivistischen Bauernschädels“!

Die sozialdemokratische Partei wird und muss ihre agitatorische Tätigkeit auf die Landbevölkerung ausdehnen, soll ihre Aufgabe vollständig erfüllt werden. Wenn auch innerhalb der industriellen Arbeiterschaft, innerhalb der städtischen Bevölkerung reichliche agitatorische und organisatorische Arbeit zu verrichten ist, kann nicht gewartet werden, bis diese ganz erfüllt ist, denn immer neuer Zufluss vom flachen Lande geht nach den Städten, immer mehr treten aber auch Stadt und Land in Kontakt. Die Erstreckung der Agitation auf das flache Land wird immer notwendiger. Wenn wir nun beachten, dass die sozialdemokratische Partei durch die Berufsorganisationen der Industrie, des Handels und des Verkehrs zu ihrer heutigen Entwicklungsstufe gelangt ist, ergibt sich für die sozialdemokratische Agitation auf dem flachen Lande der Schluss, dass die berufsmässige Organisation der Landarbeiter das Ziel sein muss, dem zunächst zuzustreben ist. Diese Arbeit bedarf keines Abweichens von unserem Programm; ja sie wird geradeso wie innerhalb der städtischen Arbeiterschaft auf Grund dieses Programms den beabsichtigten Erfolg haben. Ist es erst gelungen, innerhalb der ungeheueren Massen des Landproletariats feste Organisationen zu bilden, dann wird der weitere Weg auch gefunden werden.

Arnold Holitscher (Pirkenhammer): Die Belastung der Krankenkassen durch den Alkoholismus

Dass durch den Trunk zahlreiche Menschen krank werden und vorzeitig sterben, ist eine uralte, von niemandem angezweifelte Erfahrungstatsache. Lange Zeit ist man aber über ganz unbestimmte Schätzungen der Grösse des durch den Alkohol verschuldeten Verlustes an Arbeitskraft und Menschenleben nicht hinausgekommen; Schätzungen, die natürlich je nach den persönlichen Erfahrungen und der Stellung des Beobachters zur Alkoholfrage sehr verschieden ausfielen. Erst in den letzten Jahren hat man begonnen, dem Problem wissenschaftlich zu Leibe zu gehen, da seine grosse volkswirtschaftliche Bedeutung seine Lösung gebieterisch forderte.

In erster Reihe waren es natürlich die Träger der Arbeiterversicherung, besonders die Krankenkassen, die bald die schwere Belastung erkannten, die ihnen durch diese weitverbreitete Krankheitsursache erwuchs. Hatte doch schon im Jahre 1893 Professor v. Strümpell erklärt, dass der Alkoholismus als Krankheitserreger unmittelbar neben die Tuberkulose und die Syphilis zu stellen sei, so dass die weitestverbreitete Volksunsitte als die gefährlichste Volksseuche bezeichnet werden kann. Das Interesse der Krankenkassen für diese Frage musste um so reger werden, je mehr sich ihnen im Laufe ihrer Entwicklung die Ueberzeugung aufdrängte, dass ihre Aufgaben nicht mit Beistellung der ärztlichen Hilfe, der Medikamente und des Krankengeldes erschöpft seien, sondern erst durch ausgebreitete vorbeugende Tätigkeit, durch Verhinderung des Erkrankens, durch Ausrottung der Krankheitsursachen die ihnen zufallende soziale Pflicht erfüllt werde. Das eigene Interesse und das Wohl der Versicherten treibt sie dazu, den Alkoholismus zu bekämpfen; begreiflich, dass sie ein lebhaftes Interesse daran haben, zu erfahren, wie gross die Belastung ist, die ihnen durch ihn auferlegt wird.

Von vornherein muss mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, dass die Wissenschaft auch heute noch sehr weit davon entfernt ist, auf diese Frage eine genaue, der Wahrheit einigermassen nahekommende Antwort geben zu können. Das wird begreiflich, wenn man bedenkt, dass unsere Beobachtungsmethoden die krankmachende Wirkung des Alkoholgenusses erst bei recht hohen Graden nachzuweisen und mit Sicherheit festzustellen vermögen. Dass die Zahl der durch den Alkohol verursachten Krankheitsfälle viel grösser ist als die, in denen der Arzt mit Entschiedenheit erklären kann, der Alkohol sei die Krankheitsursache, liegt auf der Hand, selbst dann, wenn es ihm nicht die Rücksicht auf den ominösen Paragraphen der Krankenversicherungsgesetze fast unmöglich macht, der die Auszahlung des Krankengeldes verbietet, wenn die Krankheit durch „selbstverschuldete Trunkfälligkeit“ entstanden ist. Es gibt zahllose Fälle von Herz-, Magen-, Leber-, Nieren-, Kreislaufsorgankrankheiten, von Gicht, Rheumatismus, Katarrh u. s. w., bei denen der Alkohol eine ausschlaggebende Rolle gespielt hat. Das ist unbestreitbar, im einzelnen Falle wird der mathematische Beweis aber nur selten zu erbringen sein; wir zweifeln ja auch nicht daran, dass Wohnungsnot, Unterernährung und andere soziale Uebelstände die Gesundheit untergraben, ohne dass es in der Regel bei dem einzelnen Individuum möglich sein wird, den Einfluss dieser Faktoren nachzuweisen.

Es darf weiter nicht vergessen werden, dass es sich ja nicht allein um den Alkohol handelt, der von den unter Beobachtung stehenden Personen selbst genossen worden ist, sondern dass bei ihnen sehr häufig die entartende Wirkung des Alkoholismus ihrer Vorfahren in Erscheinung tritt. Weil der Vater getrunken hat, ist der Organismus des Nachkommen weniger widerstandsfähig, er erkrankt öfter, ist den Ansprüchen des Lebens weniger gewachsen. Wir sehen das täglich, es wiederholt sich tausendfach. Aber wer möchte sich vermessen, diese Tatsachen statistisch zu erfassen? Wir können die Grösse des volkswirtschaftlichen Verlustes, der auf diese Weise entsteht, nur ahnen.

Wenn von Versuchen die Rede ist, die Belastung der Krankenkassen durch den Alkoholismus festzustellen, so darf weiter nicht übersehen werden, dass sich diese vorerst nur auf jene Krankheits- und Todesfälle beziehen können, die durch den übermässigen Alkoholgenuss, durch die Trunksucht im engeren Sinne des Wortes, verschuldet

worden sind. Man untersucht, um wie viel öfter und schwerer die Alkoholiker erkranken und um wie viel mehr Todesfälle sie aufweisen als die grosse Menge der Nichttrinker, wobei aber wohl zu beachten ist, dass hier unter „Nichttrinker“ nicht etwa Abstinente zu verstehen sind, sondern alle jene, die nicht als Trunksüchtige notorisch bekannt, das heisst vom Arzte anerkannt worden sind. Dass die Untersuchung ganz anders ausfallen würde, wenn man die Trinker mit Nichttrinkern, das heisst mit Enthaltensamen vergleichen könnte, liegt auf der Hand. Wir erfahren also aus den vorliegenden Untersuchungen keineswegs, welchen Anteil der Alkohol an den Lasten der Kassen hat, sondern nur, um wie viel die Alkoholiker die Kassen mehr in Anspruch nehmen als die Allgemeinheit, unter der ganz sicher eine recht grosse Zahl von Menschen steckt, die unmässig trinken und durch den Trunk Schaden an der Gesundheit leiden; sie werden aber der Allgemeinheit zugerechnet, weil der Arzt sie noch nicht als Alkoholiker bezeichnet hat.

Ein Versuch, Krankheitsfälligkeit der Abstinenten mit der von Nichtabstinenten zu vergleichen, ist schon vor Jahren in England gemacht worden; dies ist dort möglich, weil es unter der englischen Arbeiterschaft Hunderttausende von Totalabstinenten gibt, das Vergleichsmaterial, das bei uns noch fehlt, dort also vorhanden ist. Bekanntlich gibt es in England keine Zwangskrankenversicherung, die Arbeiter haben ihre auf Freiwilligkeit und Gegenseitigkeit beruhenden Versicherungsvereine, die sich auf das ganze Land erstrecken, Hunderttausende von Mitgliedern zählen und nicht selten die bei den Angelsachsen beliebte Form von Orden erhalten. Nun haben sich die abstinenten Arbeiter eigene Kassen gegründet, von denen der Orden der Rechabiten und der der „Sons of temperance“ sich besonderen Ansehens erfreuen. Ein Vergleich zwischen den Rechabiten und dem von seinen Mitgliedern die Abstinenz nicht fordernden Orden der Oddfellows, der aber sonst unter denselben Verhältnissen arbeitet, hat ergeben, dass während der achtjährigen Beobachtungszeit auf ein Mitglied bei den Rechabiten 4 Tage 2 Stunden, bei den Oddfellows aber 13 Tage 10 Stunden Krankheitszeit entfielen, also mehr als das dreifache; die Rechabiten zahlten dementsprechend auch nur 5 Schilling 9½ Pence jährlich, die Oddfellows hingegen 13 Schilling 6 Pence per Kopf.

Eine andere Untersuchung ergab, dass bei drei grossen, nichtabstinenten Kassen auf jedes Mitglied im Jahre 3·620, beziehungsweise 2·468 und 2·766 Krankheitswochen entfielen, bei den Sons of temperance aber nur 0·748, also nicht einmal der dritte Teil.

Es ist gewiss nicht gestattet, diese Ergebnisse ohneweiters auf unsere Verhältnisse zu übertragen; aber einen Fingerzeig geben sie immerhin. Da bei uns, wie gesagt, das Vergleichsmaterial noch fehlt, so müssen sich die einheimischen Untersuchungen auf Vergleiche zwischen Alkoholikern und der Allgemeinheit beschränken.

Auffallend ist die hohe prozentuale Erkrankungsziffer bei den Angehörigen jener Berufe, in denen erfahrungsgemäss am meisten getrunken wird. So sind zum Beispiel im Jahre 1901 von den 370.473 Mitgliedern der Berliner Ortskrankenkasse 40·8 Prozent der männlichen Mitglieder erkrankt, während bei den Maurern die Erkrankungsziffer auf 53·1 und bei den Bierbauern auf 74·2 stieg. Im Jahre 1907 betrug die Zahl der Mitglieder 546.093; auf 100 männliche Mitglieder entfielen 42·2 Erkrankungen, die Verhältniszahl bei den Maurern beträgt 53·0, bei den Bierbauern 74·2.

In ähnlicher Weise gestaltete sich das Verhältnis bei anderen Kassen; in Stuttgart erkrankten von der Gesamtheit der Mitglieder 50·3 Prozent, von den Maurern 59·4 Prozent, von den Bierbauern 66·5 Prozent, in Strassburg war die Durchschnittsziffer 57, hingegen erkrankten von den Maurern und Zimmerleuten 70·4 Prozent, von den Bierbauern 78·3 Prozent. („Reichsarbeitsblatt“ von 1906.)

Nicht minder ungünstig sind die Erkrankungsziffern bei den Gastwirten, wofür auch in erster Linie der übermässige Alkoholgenuss verantwortlich zu machen ist. Mehrere Lebensversicherungsgesellschaften haben nachgewiesen, dass das Durchschnittsalter der Gastwirte weit unter dem Durchschnitte der Allgemeinheit liegt.

Im abgelaufenen Jahre ist nun ein monumentales Werk erschienen, das den Versuch macht, das ungeheuere Material einer Krankenkasse zur Erlangung einer beruflichen Krankheits- und Sterblichkeitsstatistik zu verwerten. Welche Arbeit die Aufbereitung verursachte, wird vielleicht am besten dadurch illustriert, dass die Kosten nicht

weniger als 325.000 Mk. betragen. Das vierbändige Werk trägt den Titel „Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgebung, Untersuchungen über den Einfluss von Geschlecht, Alter und Beruf“, es wurde unter Mitwirkung des Kaiserlichen Gesundheitsamtes im Kaiserlichen Statistischen Amte bearbeitet.

Der I. Band enthält einen Anhang „Alkoholiker“, in dem zum erstenmal der Versuch gemacht wird, auf eine einwandfreie Art unter Zugrundelegung erprobter statistischer Methoden den Einfluss des unmässigen Alkoholgenusses auf Erkrankungs- und Sterblichkeitsverhältnisse zu erheben. Als Alkoholiker wurden diejenigen Personen betrachtet, auf deren Krankenkarten vom Arzte entweder ein „P“ (Potator) oder die Angabe chronischer Alkoholismus, Trunksucht und dergleichen gesetzt worden war. Es wurden unter den 952.674 männlichen versicherungspflichtigen Mitgliedern, die unter Beobachtung standen, 2847 (0,52 Prozent) Alkoholiker festgestellt.

Auf das reichhaltige und interessante Material, das der Bericht in Bezug auf den häufigen Stellen- und Berufswechsel der Alkoholiker, auf ihre Verteilung nach Berufen u. s. w. bietet, kann hier nicht eingegangen werden; uns interessiert an dieser Stelle nur ihr Gesundheitszustand.

Wie sehr die Krankheitsfälligkeit durch die Zunahme des Alkoholgenusses gesteigert wird, geht aus folgender Betrachtung hervor. Bei jedem Alkoholiker wurde die Beobachtungszeit in zwei Teile zerlegt, und zwar von dem Eintritt in die Kasse bis zu einem Jahr bevor der Arzt die Trunksucht feststellte, und von da bis zum Schluss der Beobachtung. Der erste Teil umfasst 849.227 Beobachtungstage, der zweite 919.821; auf jenen entfallen 17.125, auf den letzteren 115.926 Tage einer mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheit, das heisst der Mann war $\frac{1}{50}$ der Kassenzeit erwerbsunfähig, solange er noch nicht als Säufer bezeichnet werden konnte, aber $\frac{1}{8}$ der Kassenzeit von diesem Termine an.

Die allgemeine Krankheitsfälligkeit der Alkoholiker ist vom 25. Jahre an in allen Altersklassen zwei einhalbmal so hoch wie die der Allgemeinheit, die Zahl der Krankheitstage ist doppelt so hoch; die durchschnittliche Krankheitsdauer ist aber bei den Alkoholikern etwas kürzer als bei der Allgemeinheit; denn wenn auch die Alkoholiker in weit höherem Grade an den langwierigen Krankheiten leiden als die Allgemeinheit, so steigt die Zahl der leichten Krankheiten in noch höherem Grade; der Alkoholiker ist eben bei jeder Kleinigkeit arbeitsunfähig und — er simuliert auch leichter!

Die Sterblichkeit der Trinker ist bedeutend gesteigert, sie beträgt besonders in den besten Jahren zwischen 35 und 54 das 2,2- bis 2,9fache der Allgemeinheit, also beinahe dreimal soviel.

Die Zahl der Unfälle ist bei den Alkoholikern sehr hoch, wodurch zum Ausdrucke gebracht wird, dass durch starken Alkoholgenuss die Sicherheit der Bewegungen, die Geschicklichkeit, die Aufmerksamkeit und Umsicht leiden. Im Durchschnitt war die Zahl der Betriebsunfälle und der Unfallskrankentage in allen Altersklassen zwei- bis dreimal so hoch wie bei der Allgemeinheit.

Eine weitere Tabelle gibt über Krankheitsfälle, Krankheitstage und Todesfälle bei den verschiedenen Krankheitsformen Aufschluss; es stellt sich heraus, dass die Alkoholiker in allen Krankheitsgruppen (mit einziger Ausnahme der wenig ins Gewicht fallenden Krankheiten des Ohrs) durchschnittlich mehr als $2\frac{1}{2}$ mal soviel Krankheitsstage haben wie die Allgemeinheit, ebenso ist das Verhältnis auch bezüglich der Krankheitsfälle. Bei den Todesfällen macht sich die Kleinheit des Materials störend geltend; dort, wo hinreichende statistische Unterlagen da sind, findet man die Zahl der Todesfälle gleichfalls um das $2\frac{1}{2}$ fache gesteigert.

Es ist besonders beachtenswert, dass die Steigerung sich nicht etwa auf jene Krankheiten beschränkt, die man als Folgen des übermässigen Alkoholgenusses anzusehen gewöhnt ist; sie erstreckt sich vielmehr, von einer einzigen, gleich zu besprechenden Ausnahme abgesehen, auf so gut wie alle Krankheitsgruppen; wir finden, dass Rheumatismus, Gelenksentzündung, Blasenleiden, Brustfellentzündung u. s. w. doppelt, drei- bis viermal so häufig auftreten.

Die einzige frappierende Ausnahme ist die Tuberkulose; merkwürdigerweise kam sie bei den Alkoholikern seltener vor als bei der Allgemeinheit; sowohl in Bezug auf Krankheitsstage und -fälle als auch auf Todesfälle durch Schwindsucht schneiden die Trinker besser ab.

Dieses Verhältnis muss überraschen; man hätte erwarten müssen, dass gerade eine Konstitutionskrankheit wie die Tuberkulose durch die Herabsetzung der Widerstandsfähigkeit durch den Alkohol gefördert werde. Die Erklärung des Berichtes für diesen Widerspruch ist die, dass die Alkoholiker überwiegend Berufen angehören, die grosse Anforderungen an die Körperkräfte stellen, es waren also ungewöhnlich starke Leute, die nicht leicht an Schwindsucht erkranken. Allein es ist fraglich, ob diese Erklärung ausreicht; denn warum waren diese kräftigen Leute gegen alle anderen Krankheiten so wenig widerstandsfähig?

Selbstverständlich macht aber der Vorsprung der Alkoholiker bei der Tuberkulose den Schaden nicht wett, den sie durch alle anderen Krankheiten erleiden; sie gewinnen dort (auf 100 Personen) 0·3 Krankheitsfälle und haben hier um etwa 70 mehr; die Mindersterblichkeit an Tuberkulose beträgt 0·21, die Mehrsterblichkeit an den anderen Krankheiten 2·25.

Fassen wir die Ergebnisse in wenigen Worten zusammen, so lehren sie uns, dass ein Trinker die Kasse ungefähr so viel kostet wie zwei bis drei mässig trinkende Arbeitskameraden; dabei ist aber noch nicht in Rechnung gezogen, dass er der Kasse durch häufigeren Stellenwechsel und die damit verbundene Unterbrechung seiner Mitgliedschaft auch viel weniger leistet.

Es geht deutlich daraus hervor, dass es im Interesse der Kassen gelegen ist, die Alkoholiker einem geeigneten Heilverfahren zuzuführen. Es ist bedauerlich, dass hierfür bei uns derzeit noch die notwendigen Vorbedingungen fehlen; es gibt noch keine Trinkerheilstätten in Oesterreich; in Deutschland hat man die besten Erfahrungen mit ihnen gemacht, besonders wenn es möglich ist, die entlassenen Kranken einem Enthaltsamkeitsverein zuzuführen, der sie vor einem Rückfalle schützt.

Wenn auch die Frage der Trinkerheilstätten seit einigen Jahren im Ministerium des Innern „studiert“ wird, so ist doch recht wenig Aussicht vorhanden, dass der Staat oder die Länder sich in absehbaren Zeiten ihrer Pflicht erinnern; für Kulturzwecke gibt es ja kein Geld bei uns. Wahrscheinlich wird es zu einer Lösung dieser Frage erst kommen, bis die Invalidenversicherung eingeführt sein wird, weil diese ein ebenso grosses, wenn nicht noch grösseres Interesse an rechtzeitiger und sachgemässer Behandlung der Trinker hat wie die Krankenkassen und weil sie über die Mittel verfügt, die zur Durchführung des Heilverfahrens notwendigen Anstalten selbst zu errichten.

Noch wichtiger als die Heilung der Alkoholiker ist für die Kassen aber die Verhütung der Krankheit, das heisst der Kampf gegen die Trinksitten der Arbeiterschaft. Bei dem innigen Kontakt, in dem gerade die Krankenkassen fortwährend mit ihren Mitgliedern stehen, fällt ihnen von selbst die wichtige und unentbehrliche Aufgabe der Aufklärung und Belehrung zu; Kassenvorstände und Aerzte müssen sich diese Pflicht angelegen sein lassen und ihr unermüdlich obliegen. Die Auslagen, die daraus erwachsen, sind durchaus nicht allzu gross und verzinsen sich reichlich. Verteilung von Flug- und Merkblättern, kleinen Schriften, wie zum Beispiel vor allem der von Fröhlich „Alkohol als Krankheitsursache“, Abhaltung von Vorträgen durch die Kassenärzte, Anbringung von Plakaten an den Arbeitsstätten, die Unterstützung und Förderung des Ausschanks alkoholfreier Getränke, wie Kaffee, Milch, Suppe, Sodawasser, in den Fabriken und Werkstätten gehören hierher. Die Vorurteile, die in weiten Kreisen der Arbeiterschaft noch über die Nützlichkeit, ja Unentbehrlichkeit der geistigen Getränke herrschen, sind schlimmer und festgewurzelter als man glauben möchte; sie auszurotten, erfordert stetige Arbeit, die zu leisten die Krankenkassen um so mehr berufen sind, als sie, wie nachgewiesen, in ihrem eigensten Interesse liegt. Soll sie Erfolg haben, so muss man sich freilich unbefangen von falschen Anschauungen an sie machen; man darf einerseits im Trinker nicht den „Lumpen“, den Lasterhaften erblicken, man darf ihn nicht durch Schimpf und Spott, wenn nicht gar durch Strafe „bessern“ wollen, man muss ihn als das nehmen,

was er ist, als Kranken, der geheilt werden soll und darum wie jeder Kranke liebevoller Behandlung bedürftig ist. Andererseits aber darf man nicht den sogenannten „mässigen“ Trunk als etwas Harmloses und Liebenswürdigen hätscheln und unterstützen, die Exzesse so lange mit verzeihendem Lächeln durchgehen lassen, als sie nicht zu fatalen Folgen geführt haben — wie das leider so gebräuchlich ist. Man muss sich vielmehr stets vor Augen halten, dass Trunksucht und Alkoholkrankheit Giftpflanzen sind, die nur auf dem sumpfigen Boden der allgemeinen Trinksitte gedeihen können, und dass der Trunk des Proletariats der beste und unentbehrlichste Bundesgenosse des Kapitalismus ist. Diese weitverbreitete Krankheitsursache bekämpfen, heisst zugleich die Aussichten der Arbeiterschaft im Klassenkampfe um ein gewaltiges Stück verbessern.

Hugo Schulz: Eine deutsche Geschichte für Arbeiter

Eine deutsche Geschichte im Umfang eines broschierten Bändchens von 123 Seiten! Ist das nicht seltsam? Es ist freilich, wenn man genauer hinsieht, nur der erste Teil des Werkes* und es wird uns noch ein zweites Bändchen in Aussicht gestellt, das die neuere Geschichte des deutschen Volkes von den Befreiungskriegen bis auf unsere Tage behandeln soll. Aber gleichwohl — ist es nicht verwegen, den überreichen Inhalt der deutschen Geschichte in ein so enges Gehäuse pressen und damit doch etwas ganz anderes bieten zu wollen als eine dürftige Aneinanderreihung der Geschehnisdaten? Es wäre freilich verwegen, wenn man den üblichen Weg einschlagen wollte, aber Mehring wäre eben nicht Mehring, wenn er nicht eigene und andere Wege fände. Seine deutsche Geschichte ist eine Sammlung von historischen Vorträgen, die er in der Berliner Arbeiterschule gehalten hat und so gehalten hat, dass sie in ihrer Zusammenfassung ein wirkliches Gesamtbild des Werdeganges der Nation seit dem Ausgang des Mittelalters bieten. Das wäre nun nicht möglich, wenn der Verfasser eben nicht einen eigenen Weg gewählt hätte, der, statt sich in Krümmungen durch das Gestrüpp der Ereignisse und durch das Geflecht der Haupt- und Staatsaktionen zu winden, geradlinig durch die tiefsten Untergründe des Geschehens dringt. Wer sich für die Details des Verlaufs interessiert, dem wird diese deutsche Geschichte allerdings nicht genügen, und er wird im Vorwort ausdrücklich angewiesen, sich durch anderweitige Lektüre sein Wissen zu ergänzen. Wem es aber zunächst um grundlegende Erkenntnisse zu tun, um das Wissen vom Wesentlichen der deutschen Geschichte und der Triebkräfte, die sie bewegen, dem bietet sich in diesem schlanken grünen Büchlein ein vortrefflicher Leitfaden und zugleich auch ein wahres Lehrbuch für die Handhabung der Methoden des historischen Materialismus.

Für uns Oesterreicher haben einige Kapitel dieser deutschen Geschichte besonderes Interesse. Es sind jene Kapitel, deren Gegenstände die Reformation und der Dreissigjährige Krieg bilden. Hier vertritt nämlich Mehring mit der ganzen zwingenden Kraft nicht bloss der Methode, die er so vorbildlich anzuwenden weiss, sondern auch seines persönlichen dialektischen Scharfsinnes eine Auffassung, die sich den bei uns eingewurzelten Anschauungen schroff gegenüberstellt. Jene österreichischen Leser, die Mehrings Monographie über Gustav Adolf noch nicht kennen, werden da eine Ueberraschung erleben und anfänglich jenes Missbehagen empfinden, das keinem ausbleibt, der sich plötzlich veranlasst sieht, liebgewordene Meinungen zu revidieren. Um so mehr dann, wenn diesen Meinungen an tieferen Begründungen und an empirischen Erprobungen ihres Wahrheitsgehaltes nichts abzugehen scheint. Mehr noch als unsere antiklerikale Denkweise hält uns die Betrachtung greifbarster geschichtlicher Tatsachen bei der Ueber-

* Franz Mehring, „Deutsche Geschichte vom Ausgange des Mittelalters. Ein Leitfaden für Lehrende und Lernende“. Berlin 1910. Vorwärts.

zeugung fest, dass für die wirtschaftliche und kulturelle Rückständigkeit des Habsburgerreiches die Ueberwindung des Protestantismus durch die katholische Gegenreformation verantwortlich ist. Zunächst ist es nicht zu bezweifeln, dass die habsburgischen Erblande ebenso wie die Länder der böhmischen Krone durch die intransigent katholische Politik, insbesondere Ferdinands II. an den Grundbedingungen ihres Gedeihens geschädigt worden sind, nämlich am Besitz eines tüchtigen Menschenmaterials. Die Gegenreformation wirkte wie eine umgekehrte Auslese und sie hat durch gewaltsame Ausscheidung gerade der charaktervollsten, gesinnungstüchtigsten und moralisch zuverlässigsten Individuen den Gesamttypus des Oesterreichertums gewissermassen ausgelaut. Sie hat unserem Volke, indem sie ihm seine starken und führenden Männer entriss, als charakteristisches Merkmal jene schlappe Gemüthlichkeit verliehen, die zwar das Entzücken epikureisch gerichteter Aestheten ist, aber keine geeignete Triebkraft für eine fortschreitende Entwicklung im bürgerlich-kapitalistischen Sinne. Eine weitere Wirkung des Sieges der katholischen Kirche war die zum Teil gewaltsame Ausscheidung Oesterreichs aus dem allerdings im 17. Jahrhundert noch recht armseligen deutschen Geistesleben. Dieser Auffassung kommen noch eindrucksvolle historische Erfahrungen entgegen, welche in geradezu niederschmetternder Weise die geistige Ueberlegenheit des protestantischen über das katholische Deutschland dartun und letzteres ganz ins Hintertreffen rücken. Sind doch sämtliche Klassiker der deutschen Dichtung und sämtliche Klassiker der deutschen Philosophie der protestantischen Welt entsprossen. Was Wunder, dass sich bei uns die Meinung festgesetzt hat, es sei der Protestantismus an sich und wenigstens relativ ein Kulturfaktor oder besser gesagt im geringeren Grade ein Kulturhemmnis gewesen als der Katholizismus, denn wenn wir sehen, dass im Gefüge des Protestantismus die bessere geistige Disposition sowohl der Individuen als auch der Massen gedeiht, so liegt es doch nahe, anzunehmen, dass der Protestantismus an dieser besseren Qualität seiner Herde nicht unschuldig ist.

So drastisch nun auch die Tatsachen sind, die für diese Auffassung sprechen, erweist sie sich doch als falsch, wenn man mit der unbeirraren Konsequenz Mehrings, statt sich vom Wirbel der Erscheinungen fortzureissen zu lassen, in die Stromtiefen des historischen Geschehens taucht. Tun wir das, so finden wir schliesslich, dass das Problem jenseits des historischen Gegensatzes der Konfessionen liegt und dass unsere Auffassung von Reformation und Gegenreformation nur richtig ist in Anbetracht des wirklichen Verlaufes der Dinge, unrichtig aber, wenn wir sie als historisches Wertmass gebrauchen. Es ist, wie Mehring uns zeigt, für eine umfassende historische Betrachtung im Grunde gleichgültig, wie der religiöse Gegensatz auf die Verteilung der Kräfte in Deutschland gewirkt hat; wichtig ist nur die Frage, in welcher Weise er die Gesamtentwicklung beeinflusst, ob er sie gefördert, ob er sie gehemmt hat. Die materiellen und geistigen Folgeerscheinungen des Dreissigjährigen Krieges erhalten nun für unser Urteil ein ganz anderes Gesicht, wenn wir mit Mehring die Gestalt Wallensteins und die Tendenzen, deren Träger er ist, in den Mittelpunkt der Betrachtung rücken, wenn wir das historische Recht nicht zwischen Ferdinand II. und Gustav Adolf, sondern zwischen dem Friedländer und dem ausländischen Eroberer suchen, den der kurzsichtige Glaubenseifer der Protestanten zum Range eines deutschen Nationalheros emporgeschraubt hat. Gegenüber der protestantischen Legende und ungeachtet aller späteren kulturellen Erfolge der protestantischen Welt weist Mehring schlagend nach, dass die deutsche Geschichte aus den von der ökonomischen Entwicklung gelegten Geleisen gerissen worden ist, weil die Tendenzen, die Wallenstein mit so starker und zielbewusster Persönlichkeit verkörperte, gegenüber den Tendenzen des Glaubenskrieges und gegenüber der verständnislosen Politik des Hauses Habsburg unterlagen. Wallensteins Sieg wäre wohl ein Sieg der kaiserlichen Partei gewesen, aber in einem ganz anderen als im katholisch-kirchlichen Sinne, nämlich im Sinne einer zentralen, absolutistischen Staatsgewalt. Diese aber war das wirkliche Postulat der Zeitgeschichte und das historische Instrument der bürgerlichen Entwicklung zur Ueberwindung der Feudalen. Hätte Wallenstein ein deutscher Richelieu werden können, so wäre schon im 16. Jahrhundert ein starkes, lebenskräftiges Deutsches Reich entstanden, für dessen Beherrscher die Kirche nicht mehr der wichtigste Stützpunkt ihrer Macht sein konnte. Wallensteins Verhalten selbst bezeugt es, dass sich seine auf ein deutsches Universalreich gerichtete

Politik an keine Rücksicht auf die Interessen seiner Hintermänner band und den Protestanten in der Folge viel weiter entgegengekommen wäre, als es den Römlingen, die Ferdinand II. berieten, lieb war. Durch Wallenstein wäre der Konflikt der deutschen Fürsten mit der Zeit von aller religiösen Ideologie entkleidet worden und ganz andere Mächte als die protestantischen Pastoren hätten Ursache gehabt, seinen Sieg zu beklagen. Gesetzt aber, dass die Aufrichtung einer deutsch-habsburgischen Zentralmonarchie zugleich eine Rekatholisierung beträchtlicher Teile von Deutschland zur Folge gehabt hätte, so wäre das auch nicht so schlimm gewesen, als es den Anschein hat. Es wäre dann in Deutschland nicht anders gekommen als in dem nach dem Edikt von Nantes erkatholisch gewordenen Frankreich, die Kirche hätte, in je befriedeteren Verhältnissen sie lebte, desto rascher ihren Primat im Geistesleben an die Mächte der bürgerlichen Aufklärung abgegeben. So auffällig es ist, dass das katholische Deutschland geistig hinter dem protestantischen zurückgeblieben ist, so evident ist es andererseits, dass das katholische Frankreich dem gesamten Deutschland geistig und kulturell voraneilte und bis auf den heutigen Tag, wenn auch nicht schärfer, so doch kühner im kirchlich unbeeinflussten Denken geblieben ist. In Frankreich hat die Ecclesia triumphans, so wie sie in den ruhigen Besitz ihres Privilegs gelangt war, von selbst abgerüstet und ist ganz von selbst erschlaft, bis sie sogar im Jansenismus eine Brücke zur bürgerlichen Aufklärung schlug, die sich tragfähiger erwies als die dürftigen Stege, die von der protestantischen Orthodoxie zur Geistesfreiheit hinüberleiteten und die keinesfalls auf den schweren Massentritt der Volksmenge berechnet waren.

Es ist somit klar, dass die teilweise Niederlage der katholischen Mächte Deutschlands im Dreissigjährigen Kriege für die ökonomische, kulturelle und politische Entwicklung der Nation unheilvoll gewesen und dass die spätere geistige Präpotenz des protestantischen Norddeutschland nur ein Trugbild ist, hinter dem sich das Verschulden der protestantischen Reichsfürsten am völligen Zusammenbruch und an der dauernden Rückständigkeit Deutschlands verbirgt. 200 Jahre hat das deutsche Volk gebraucht, um sich von dem Siechtum, das es im Dreissigjährigen Kriege davontrug, wirklich zu erholen, und das frühere Emporstreben der protestantischen Länder beweist schon deshalb nichts für die im bürgerlichen Sinne kulturfördernde Kraft des Protestantismus, weil dieser andererseits das straffe Kirchenregiment des spezifisch deutschen Katholizismus als seinen Widerpart geschaffen und sohin das auffällige geistige Zurückbleiben der katholischen Deutschen mitverursacht hat.

Um zu einer so scharfsichtigen, vom ideologischen Widerschein des innersten Geschehens in keiner Weise geblendeten Auffassung einer wildbewegten Epoche zu gelangen, muss man die Fähigkeit haben, Abstand zu nehmen und die Dinge aus weitester Perspektive zu betrachten. Diese Fähigkeit besitzt Mehring im höchsten Masse und es ist erstaunlich, wie klar und scharf sich ihm auch unter dem dichtest verflochtenen Gestrüpp der ideologischen und psychologischen Wirrungen die festen Umrisse des ökonomischen Fruchtbodens offenbaren. Noch erstaunlicher aber ist es, dass Erkenntnisse, die eine so strenge konsequente Methodik wie aus Marmor fügen, in der Färbung, die ihnen ein so prachtvoll subjektiver, bild- und wortkräftiger Stil wie der Mehrings gibt, einen so leidenschaftlich bewegten Aspekt gewinnen können. Zur Wohltat wissenschaftlicher Anregung gestellt sich bei Mehring die Wohltat einer überaus reizvollen Lektüre und es wäre daher im Interesse der geistigen Fortentwicklung der deutschen Arbeiterklasse nichts dringender zu wünschen, als dass ihr berufenster Historiker nicht nur seinen kleinen Monographien, sondern auch seinen umfangreicheren Werken noch einige hinzufügte. Die Wahl des Stoffes bleibe ihm überlassen; denn wo immer er in die deutsche Geschichte hineingreift, wird sie interessant sein.

Rundschau

Mietzinssteigerung und Mieterbewegung

Das Steigen der Mietzinse hat die Arbeiter Wiens erbittert. Mieterorganisation, Mieterstreik, so halt es durch die Versammlungen. Phantastische Erwartungen, Hoffnungen, Pläne tauchen auf. Eine kleine Gruppe anarchistischer Querköpfe wirft den Gedanken des allgemeinen Mieterstreiks in die Massen. Partielle Mieterstreiks werden von sozialdemokratischen Organisationen geführt. Eine Mieterorganisation wird vorbereitet.

Worauf ist das Steigen der Mietzinse zurückzuführen? Auf die Habgier der Zinsgeier — rufen die Arbeiter. Auf die Steuerpolitik der Gemeinde — sagen die Politiker. Aber ein noch so habgieriger Hausbesitzer könnte die Mietzinse nicht erhöhen, er könnte nicht einmal den erhöhten Wasserzins auf die Mieter abwälzen, wenn in Wien viele Wohnungen leer stünden! Ein noch so festgefügttes Kartell der Hausbesitzer wäre machtlos, wenn das Angebot auf dem Wohnungsmarkt grösser wäre als die Nachfrage. Die wahre Ursache der Mietzinssteigerung ist die Wohnungsnot: die Tatsache, dass die Bautätigkeit in den letzten Jahren hinter dem Wachstum der Bevölkerung zurückgeblieben ist. Das nützt die Habgier der Hausbesitzer aus; sie benützt dazu den Anlass, den ihr die christlichsoziale Gemeindeverwaltung gegeben hat.

In einem sozialistischen Gemeinwesen wäre der städtische Grund und Boden Gemeineigentum und die Erbauung von Wohnhäusern wäre Aufgabe der Gemeinde. Die Gemeinde würde feststellen, um wie viele Seelen die Bevölkerung der Stadt in jedem Jahre wächst und sie würde in jedem Jahre so viele Wohnungen bauen, als erforderlich sind, den Bevölkerungszuwachs zu beherbergen. Die Zahl der Wohnungen würde in demselben Verhältnis vermehrt, wie die Zahl der Bewohner der Stadt steigt.

In der kapitalistischen Gesellschaft ist der Boden Privateigentum und die Erbauung von Wohnhäusern ist die Aufgabe der Kapitalisten. Die Kapitalisten bauen aber neue Wohnhäuser nur dann, wenn sie eine hohe Verzinsung des Boden- und Baukapitals erwarten können. Ist dies nicht der Fall, dann werden keine neuen Häuser gebaut. Die Zahl der Wohnungen bleibt unverändert, obwohl die Bevölkerung wächst. Es muss daher nun eine grössere Bevölkerung in denselben Wohnungen zusammen-

mengedrängt werden, in denen früher eine kleinere Bevölkerung wohnte.

Wie vollzieht sich dieser Prozess der Zusammendrängung?

Wenn die Bautätigkeit hinter dem Wachstum der Bevölkerung zurückbleibt, tritt Wohnungsnot ein: die Nachfrage nach Wohnungen ist grösser als das Angebot. Daher beginnen die Wohnungspreise zu steigen. Familien, die bisher zwei Zimmer bewohnt haben, können den erhöhten Mietzins nicht mehr bezahlen und müssen sich mit einem Zimmer begnügen. Familien, die bisher eine Wohnung allein bewohnt, sehen sich durch die Erhöhung des Mietzinses gezwungen, Aftermieter oder Bettgeher aufzunehmen. So drängen sich die Menschen dichter aneinander. Dadurch wird ein Teil der alten Wohnungen von ihren bisherigen Bewohnern freigesetzt, um sofort von dem Bevölkerungszuwachs besetzt zu werden, für den auf diese Weise Raum geschaffen wurde. Andererseits ermutigt das Steigen der Mietzinse die Kapitalisten, die unterbrochene Bautätigkeit wieder aufzunehmen, wodurch die Zahl der Wohnungen vermehrt, die Wohnungsnot allmählich gelindert wird. So ist die Wohnungsteuerung das Mittel, durch das sich die Anpassung des Wohnungsbedarfes an die verfügbare Zahl von Wohnungen, die durch die Wohnungsnot erforderte Zusammendrängung der Bevölkerung durchsetzt. Könnte, wenn die Bautätigkeit hinter dem Bevölkerungswachstum zurückgeblieben ist, das Steigen der Mietzinse durch künstliche Mittel überhaupt verhindert werden, dann würde die Zusammendrängung der bisherigen Bewohner der Wohnungen unterbleiben und dies hätte zur Folge, dass der Bevölkerungszuwachs überhaupt keine Wohnungen finden könnte. An die Stelle der Wohnungsteuerung träte dann die Obdachlosigkeit in grösstem Umfang!

Es ist daher schlechthin unmöglich, das Steigen der Mietzinse zu verhindern, wenn die Bautätigkeit hinter dem Bevölkerungswachstum zurückgeblieben ist. Jede Wohnungsreform muss also damit beginnen, die Zahl der verfügbaren Wohnungen zu vermehren. Dies kann dadurch geschehen, dass: 1. die Gemeinden Wohnhäuser bauen; 2. der Staat und die Gemeinden die Schaffung von Baugenossenschaften erleichtern (Wohnungsfürsorgefonds, Fonds der Sozialversicherung); 3. die kapitalistische Bautätigkeit ermutigt wird, wozu in Oesterreich die Reform der

Hauszinssteuer das wichtigste Mittel wäre. All das kann nur im politischen Kampf erungen werden!

Mieterorganisationen können durch die Agitation für solche Massregeln viel Gutes stiften. Aber die ehernen Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft können sie nicht aufheben! Unmittelbaren Einfluss auf die Wohnungspreise dürfen wir von keiner Mieterorganisation erwarten.

Partielle Mieterstreiks können nur dann mit Aussicht auf Erfolg unternommen werden, wenn ziemlich viele Wohnungen leer stehen. Bei Wohnungsnot werden die Hausbesitzer die Mieter, die die Zahlung des Mietzinses verweigern, pfänden lassen und delogieren, ohne fürchten zu müssen, dass die Wohnungen leer bleiben werden.

Ein allgemeiner Mieterstreik aber ist nur in der Revolution möglich. So in Warschau 1905, als die Staatsgewalt völlig zusammengebrochen war. Die Hausbesitzer konnten die Zahlung der Mietzinse nicht erzwingen, weil hinter den streikenden Mietern der Browning, die Bombe, der Generalstreik des revolutionären Proletariats stand. Der Zusammenbruch der russischen Staatsgewalt auf den Schlachtfeldern der Mandschurei musste vorausgehen, um im Zusammenhang der Revolution auch den allgemeinen Mieterstreik möglich zu machen. Solche Revolutionen kann man nicht machen. Sie treten ein, wenn weltgeschichtliche Ereignisse sie auslösen. Und wenn in West- und Mitteleuropa einmal die historischen Bedingungen des allgemeinen Mieterstreiks gegeben wären, dann wäre das Kampfobjekt nicht mehr die Höhe der Mietzinse, sondern der Besitz des Bodens selbst.

O. B.

Die Internationale der Nationalisten

Der tschechische Separatismus, in Kopenhagen vollständig isoliert, sucht seither in der ganzen Welt Bundesgenossen. Zunächst hat das „Pravo Lidu“ für den Herrn Barni in Triest Partei ergriffen; aber damit war nicht viel Ehre zu gewinnen, da Herr Barni bekanntlich nicht Sozialist, sondern Syndikalist ist, Anhänger einer Richtung, die auch in Italien der sozialistischen Partei nicht angehört. Jetzt sind die Separatisten an anderen Orten auf Suche nach Bundesgenossen. Im letzten Hefte der von Bohumir Smeral herausgegebenen „Akademie“ erheben sich drei Stimmen für den internationalen Separatismus.

Zunächst übernimmt die „Akademie“ aus der neuen ruthenischen Zeitschrift „Nasch Holos“ einen Artikel des Genossen Baczynskyj, der heftige Angriffe nicht nur gegen die polnischen Genossen, sondern auch gegen den Zweig der ruthenischen Partei enthält, der, von den Genossen Nikolaus Hankewycz und Wityk geführt, das ruthenische Proletariat im festen Bunde mit den polnischen Arbeitern erhalten will.

Dann folgt ein Artikel des Genossen Rybotka aus Kiew, der den tschechischen Arbeitern die russische Sozialdemokratie als eine Partei charakterisiert, die von ukrainischen Renegaten geführt werde und das ukrainische Renegatentum züchte. Rybotka ist nämlich Mitglied einer ukrainischen Gruppe, die der russischen Sozialdemokratie nicht angehört und im Kampfe gegen die „Spilka“, die ruthenische Zweigorganisation der russischen Sozialdemokratie, steht.

Als letzter kommt Genosse Dr. Ferfolja aus Laibach zu Worte mit einem aus den „Naši Zapiski“ übernommenen Artikel. Ferfolja versichert zwar, für absehbare Zeit sei die zentralistische Organisation für die slowenischen Arbeiter notwendig; aber er gibt eine Darstellung des Kampfes in der gewerkschaftlichen Organisation, die ganz im Geiste des tschechischen Separatismus geschrieben ist. Für die Verlässlichkeit der Informationen des Laibacher Genossen nur ein Beispiel: er erzählt, in Mähren seien alle führenden Stellen in der gewerkschaftlichen Organisation in den Händen der Deutschen! Bekanntlich sind die Genossen Jura, Veska, Merta und so weiter durchwegs Deutsche

Der Separatismus ist konsequent. Sein Schlachtruf ist: Proletarier aller Länder trennt euch! Tschechen, trennt euch von den Deutschen! Ruthenen, trennt euch von den Polen! Ukrainer, trennt euch von den Russen! Slowenen, trennt euch von den Italienern! Es lebe die Internationale der Nationalisten! O. B.

Neutralisierung Oesterreich-Ungarns?

Der Abgeordnete Modráček propagiert den Gedanken, die Sozialdemokratie müsse fordern, dass Oesterreich-Ungarn zu einem neutralen Staate erklärt werde — in derselben Weise, wie die Schweiz, Belgien, Luxemburg und der Kongostaat durch internationale Verträge neutralisiert worden sind. In der tschechischen Sozialdemokratie hat diese Propaganda einen vollständigen Erfolg erzielt: die tschechische Parteivertretung hat in ihre Kundgebung gegen die Rüstungen die Forderung nach der Neutralisierung Oesterreich-Ungarns aufgenommen.

Was bedeutet die völkerrechtliche Neutralität? Im Jahre 1815 haben Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien, Preussen und Russland der Schweiz „die Integrität und Unverletzbarkeit ihres Territoriums in den neuen, durch den Akt des Wiener Kongresses festgestellten Grenzen“ garantiert. Die Grossmächte haben sich untereinander verpflichtet, das Gebiet der Schweiz nicht anzutasten und keinen Angriff eines anderen Staates auf die Schweiz zu dulden. Durch den Beitritt zu diesem Vertrage übernahm die Schweiz die Verpflichtung, keine anderen Kriege als Verteidigungskriege zum Schutze ihres Territoriums zu führen und keine Bündnis- oder Garantieverträge abzuschliessen, die sie zu einem Kriege verpflichten könnten. Die völkerrechtliche Neutralität wird also begründet durch einen Vertrag der Grossmächte, in dem sie dem neutralisierten Staat den friedlichen Besitz seines Gebietes verbürgen, wogegen sich der in dieser Weise geschützte Staat eine Beschränkung seines Rechtes, Kriege zu führen und Verträge abzuschliessen, gefallen lässt. Der Zweck eines solchen Vertrages ist, „den neutralisierten Staat im allgemeinen Interesse vor den Einverleibungsgelüsten der benachbarten Staaten sicherzustellen“. (Liszt, „Das Völkerrecht“. Berlin 1902. Seite 45.)

Oesterreich-Ungarn kann sich also nicht etwa selbst für neutral erklären, es kann neutralisiert werden nur durch einen Vertrag der Grossmächte. In diesem Vertrag müssten die Grossmächte Oesterreich-Ungarn seinen territorialen Besitzstand garantieren. Es müsste also Italien garantieren, dass Triest und Trient für alle Zeiten unter Habsburgs Zepher bleiben sollen; es müsste Russland versprechen, dass es niemals die Grenze Galiziens überschreiten werde; es müssten Deutschland, Frankreich, England erklären, dass sie einen Angriff Serbiens auf Bosnien niemals dulden würden. . . . Wir müssen wohl nicht erst beweisen, dass ein solcher Vertrag ausserhalb des Bereiches des Denkbaren liegt. Davon gar nicht zu reden, dass es in Oesterreich-Ungarn Volksstämme gibt, die vielleicht gar nicht wünschen, dass ihre Zugehörigkeit zu dem Donaureich für alle Zeiten unter den Schutz der bewaffneten Macht Europas gestellt werde.

Die Neutralisierung eines Staates ist nur unter bestimmten historischen Bedingungen möglich. So beruht die Neutralität der Schweiz nicht auf dem Vertrag von 1815, sondern auf ihren Bergen, die es den Schweizer Bauerngemeinden ermöglicht haben, ihre urwüchsige Selbständigkeit gegen die emporstrebenden Landesherren in Deutschland, Frankreich und Italien zu vertei-

digen; der Vertrag von 1815 hat den Zustand nur kodifiziert, der schon in der Periode der Entstehung der Landeshoheit durch die Waffen der Eidgenossen geschaffen worden war. Wo ein Neutralitätsvertrag mehr als eine Kodifikation bestehender Machtverhältnisse sein wollte, wo er ein Kunstprodukt der Diplomatie war, ist er bald zerrissen worden. So ist der Staat des Johanniterordens auf Malta, durch den Frieden von Amiens (1802) für neutral erklärt, schon im Jahre 1814 an England gefallen. So ist die Republik Krakau, durch den Wiener Kongress 1815 neutralisiert, schon 1846 zu Oesterreich geschlagen worden. Auch für Oesterreich-Ungarn sind die historischen Bedingungen der Neutralitätserklärung nicht gegeben. In einem Zeitalter in dem der Kapitalismus nach dem Osten dringt und dort eine Periode der Revolutionen vorbereitet, die im ganzen Osten die Staatsgrenzen verschieben, die Staatsverfassungen umstürzen, alte Staaten zerstören, neue Staaten errichten wird — wie die vergangene Periode der Revolutionen dies im Westen getan hat — in einem solchen Augenblick sind hier Verträge, die die heutigen Staatsgrenzen verewigen sollen, undenkbar. Die Neutralisierung Dänemarks oder Norwegens ist ein ernstes politisches Problem; für die Neutralisierung Oesterreich-Ungarns fehlen alle objektiven Bedingungen.

Imperialismus und Militarismus sind Wirkungen des Kapitalismus. Auch Oesterreich wird nicht eine friedliche Oase in der kapitalistischen Wüste sein. Der österreichische Militarismus wird erst fallen, wenn der internationale Kapitalismus zusammenbricht. Die zu Rüstung und Krieg treibenden Kräfte werden sich nicht in einem Spinnewebe von Staatsverträgen fangen lassen; überwinden können wir sie nur, indem wir ihre wirtschaftlichen Grundlagen zerstören. Wir wollen den Völkern Oesterreichs nicht die Illusion erwecken, als [könnten Rüstungslast und Kriegsgefahr mit den Kunstmitteln der Juristen und Diplomaten beseitigt werden; wir müssen die Völker lehren, dass Imperialismus und Militarismus Wirkungen des Kapitalismus sind und erst mit dem Kapitalismus verschwinden werden.

O. B.

Zehn Jahre Volksheim

Das Wiener Volksheim sieht auf zehn Jahre tiefgehender Volksbildungsarbeit zurück. Aus bescheidensten Anfängen ist hier eine Volkshochschule herausgewachsen, die vorbildlich bleiben wird für alle ähnlichen Bildungsanstalten. Nur wer selbst in den Räumen des Volksheims als Hörer oder Lehrer tätig ist, vermag die Wir-

kungen, die es ausstrahlt, voll zu würdigen. Hier wird allabendlich die Demokratie des Geistes zu warmer Lebendigkeit. Hier. An einem einzelnen Punkt einer Grossstadt. Zweitausend Hörer hat das Volksheim. Aber zwei Millionen Menschen wohnen in Wien. Kaum eine andere Stadt der Welt besitzt eine Anstalt, die dem Wiener Volksheim gleichkommt. Nur hier weiss man sich völlig freizuhalten von jeder geistigen Bevormundung. Nur hier ist die Schulung des Denkens das ganze Lehrziel.

Und das Volksheim arbeitet mit einem Defizit und mit dem Opfermut seiner Lehrkräfte. Und im Volksheim vereinigen sich so ziemlich alle Kräfte, die das freisinnige Bürgertum Wiens aufzubringen vermag. Um nur zehn Volksheime in Wien erstehen zu lassen, würde es schon an allen Mitteln und an allen Kräften mangeln.

Das ganze Problem der Volksbildung innerhalb der Welt von heute tritt hier zutage. Die Männer aus dem deutschen Bürgertum, in denen der Geist Pestalozzis und Fichtes noch lebendig wirkt, stehen in einer verschwindenden Kleinzahl da. Der Staat selbst und die Kommune versagen. Alles ist auf Opferwilligkeit aufgebaut. Und damit erhält die Sache einen Stich ins Utopische. Freilich ist auch das ganze Ziel der modernen Volksbildungsbewegung utopisch — wenn sie nicht bewussten Anschluss sucht. Den Anschluss an den Sozialismus der Wirtschaft.

Wer die Berichte der verschiedenen Volkshochschultagungen kennt, spürt aus den mannigfaltigen Aeusserungen der Dozenten ein erstes

leises Erkennen heraus. Die Lehrstunden wirken heimlich revolutionär. Vor den Weihnachtsfeiern stehen alle Klassen leer. Die Hörer müssen Ueberstunden machen. Hier muss einer für immer ausbleiben, weil die Stunde früher beginnt, als das Geschäft geschlossen wird. Dort ist es einem Hörer nicht möglich, sich ein Lehrbuch zu kaufen. Sogar die Frequenz an den verschiedenen Wochenabenden lehrt den Zusammenhang zwischen Bildung und Wirtschaft. Je weitere Fortschritte die Volksbildungsbewegung macht, umso näher rückt der Tag, da die Volkshochschullehrer aus pädagogischen Gründen zu sozialpolitischen Forderungen gelangen werden.

Ein bedeutungsvoller Anfang sozialistischer Bildungsarbeit — das ist das Volksheim. Bedeutungsvoll, weil es hier zum erstenmal und in prächtiger Vollendung gelang, eine wahrhaft demokratische Hochschule ins Leben zu rufen. Aber nur ein Anfang, nur eine Andeutung, eine Prophezeiung. Wenn man abends über die Treppen geht und in sorgenzerfurchte Gesichter schaut und auf abgearbeitete Gestalten, dann weiss man es auch, dass hier nichts anderes sein kann als ein Anfang. Ueber die Anfänge demokratischer Bildungsmittel wird die kapitalistische Gesellschaft nie hinauskommen. Die vollkommene Bildung des Geistes ist nicht möglich, wenn die Menschen in Ueberarbeit und Sorge, in Hunger und in lichtlosen Zellen ihre Körper zermürben. Aus der Andeutung wird sich erst dann die Erfüllung heben, wenn aus der kapitalistischen Wirtschaft eine sozialistische wird.
S.

Bücherschau

Parteigeschichte

Die Bekämpfung der Sozialdemokratie durch die Regierungen, ihre Versuche, die Entwicklung der proletarischen Bewegung aufzuhalten durch Ausnahmsgesetze und durch Korruption der Partei, gehört auch in die Geschichte der Sozialdemokratie. Da ist die Sozialdemokratie in der Abwehr gegen rücksichtslose, kein Mittel scheuende Gegner. Die schmutzigsten Praktiken, Provokationen und Korruptionen, Intrigen und Zersplitterungsversuche sind gegen unsere Partei angewandt worden, keine Methode war da zu schlecht, nur zu oft haben die amtlichen Feinde der Sozialdemokratie Mittel angewandt, die auf Grund des Strafgesetzbuches hart zu ahnden gewesen wären, aber es fand sich kein Kläger und auch kein Richter.

Einen dankenswerten Beitrag zur Geschichte der Bekämpfung der Sozialdemokratie hat der Berliner Genosse Eugen Ernst in einer 160 Seiten

starken Schrift „Polizeispitzelei und Ausnahmegesetze 1878 bis 1910“ herausgegeben. Wohl handelt es sich in den ersten Kapiteln um die Zeit des Sozialistengesetzes und sonst um den Kampf der Berliner Genossen gegen das üppig blühende Polizeispitzeltum und doch wird diese Schrift, die eine aufregende und aufreizende Lektüre bildet, nicht nur in Berlin und in Preussen, sondern überall Leser finden. Mit grossem Geschick haben die Berliner Parteigenossen und unter ihnen in erster Reihe der Verfasser der Schrift, Eugen Ernst, den Kampf geführt gegen die verruchten Methoden der Polizei, gegen die Versuche, die Genossen durch das Einschmuggeln von Polizisten in die Organisation im gegenseitigen Vertrauen zu erschüttern und gegen das Streben, durch Lockspitzel die Partei zu unklugen und nicht zeitgemässen Handlungen zu veranlassen. Aber es ist die traurige Arbeit der Polizei gründlich missraten. Dass dies auch künftig geschehen wird, dass ein gesundes Miss-

trauen bei den Parteigenossen nicht erlischt, dafür wird diese nützliche und wichtige, dokumentarisch belegte Schrift gründlich sorgen. Auch die österreichischen Genossen werden das Büchlein mit lebhaftem Interesse und sicherlich mit mancher Anregung lesen. ad. br.

Gewerkschaftsliteratur

Das Protokoll des V. internationalen Holzarbeiterkongresses, der am 5. und 6. September 1910 in Kopenhagen abgehalten wurde, liegt nun vor. Abgesehen von dem bemerkenswerten Bericht des Sekretärs der internationalen Union der Holzarbeiter interessiert das Protokoll wegen der Verhandlungen über die separatistischen Bestrebungen tschechischer Genossen in Oesterreich und dann wegen eines Problems territorialer Gliederung der Gewerkschaften, das aus Anlass von Organisationschwierigkeiten in den Grenzgebieten benachbarter Länder erörtert wurde. Die Notwendigkeit und die Schwierigkeit enger internationaler gewerkschaftlicher Beziehung kam in gründlichen und bemerkenswerten Debatten zum Ausdruck. In das innere Leben und in die Verwaltungstätigkeit der gewerkschaftlichen Bewegung gewährt der 56 Seiten starke, musterhaft ausgestattete Bericht wertvolle Einblicke. ad. br.

Jugendbewegung

Das starke Anwachsen der Sozialdemokratie im letzten Jahrzehnt hat nicht bloss auf rein politischem Gebiet bedeutsame Wandlungen zeitigt. Es zwang die bürgerlichen Parteien auch zu einer Aenderung ihrer Agitationsmethode gegen die Partei. Man hat früher vor allem Zwangsmassregeln gegen sie angewendet. Und als sie nichts nützten, hat man die Arbeiter mit sozialpolitischen Gesetzen zu ködern versucht. Der Verhängung des Ausnahmezustandes folgten die Arbeiterversicherung und die Arbeiterschutzgesetzgebung nach. Aber die Masse der Arbeiter verstand die Situation, um so mehr, als die herrschenden Klassen erwiesenermassen alle Reformen nur aus Angst vor der Sozialdemokratie gewährten. Darum sann man nach einem anderen Mittel, dem Anwachsen der sozialistischen Bewegung wirksam zu begegnen, zumal in der Zeit des allgemeinen und gleichen Stimmrechts die politische Macht der Arbeiterklasse schon infolge ihrer grossen Zahl bedeutend gestiegen war. Die Herrschenden verlegten sich nun auf eine Methode, die zwar langwierig ist, aber Aussicht auf mehr Erfolg bietet als die bisher angewandte Praxis: sie versuchen, die proletarische Jugend zum Klassenverrat zu erziehen und zu getreuen Ausbeutungsobjekten des Kapitals zu machen.

Damit hatten sich einzelne politische Parteien, und vor allem die Kirche, schon seit langem abgemüht. Aber ihre Vereinigungen, die oft recht gross waren, erzielten wenig Erfolge. Der katholische Jüngling, der aus der engen Betstube der Kongregation ins wirkliche Leben hinaustrat und statt der liebevollen Freundesstimmen nur das harte Wort des Anpeitschers hörte, ward rasch zum Sozialdemokraten. Darum wandelten die Klerikalen ihre Vereine um. Sie passten sie dem Zeitgeist um. „Soll der Verein ziehen, so muss

es eine fröhliche Hetze geben“: so heisst es in einer offiziellen Propagandaschrift der katholischen Burschenvereine in Bayern. Zugleich versuchten sie, den staatlichen und kirchlichen Machtapparat für ihre Jugendvereine in Bewegung zu setzen. Und sie zählen derzeit im Deutschen Reich 2850 Vereine mit etwa 300.000 Mitgliedern, von denen etwa 90.000 über 18 Jahre alt sind. Auch die Pastoren bemühten sich um die Jugend. Aber wie sie allemal die Sache dümmmer anpacken als ihre römischen Kollegen, erzielten sie auch hier weit geringere Erfolge. Sie verboten alle Erörterungen aus dem Wirtschaftsleben im Verein, während die Zentrumsleute, die sich in München-Gladbach eine raffiniert arbeitende „wissenschaftliche“ Zentralstelle geschaffen haben, die bewusst antisozialistische Erziehung der Arbeiterjugend betreiben.

Dem von der sozialistischen Bewegung bedrohten Klassenstaat genügt jedoch diese Arbeit nicht. Und so hat er vor einiger Zeit begonnen, alle antisozialistischen Jugendfürsorgebestrebungen zusammenfassen und selbst eine eigene Jugendbewegung ins Leben zu rufen, deren in einem Ministerialerlass verkündeter Zweck es ist, die Jugend „für ihre Bestimmung in der bürgerlichen Gesellschaft zu erziehen“. Auf einer im Frühjahr 1909 abgehaltenen Konferenz wurden „Religion, Gottesfurcht und Vaterlandsliebe“ als Endziele der Jugendfürsorge gefeiert. Die konfessionelle Jugendbewegung hat sich also einigermaßen verweltlicht und die neue staatliche, interkonfessionelle hat einen religiösen Anstrich. So finden sie sich bald zusammen und der Effekt ist, dass der mächtige Staatsapparat und seine reichen Geldmittel in den Dienst der neuen amtlichen Propaganda gegen die Sozialdemokratie gestellt werden.

Das klassenbewusste deutsche Proletariat versteht freilich seine Jugend zu verteidigen. Es hat die Kraft seiner Organisation in die Wagschale geworfen und der Arbeiterjugend zunächst eine mustergültige Zeitschrift geschaffen, die bereits in die Hände von 56.000 jungen Arbeitern kommt. Damit die Gefahr, die der Partei droht, wenn ihre Quellgebiete verschüttet werden, von allen erkannt werde, hat Genosse Karl Korn* kürzlich in einem interessanten Büchlein die bürgerliche Jugendbewegung geschildert und ihr Wesen und Wirken aus ihren eigenen Dokumenten aufgezeigt. Die Schrift handelt nur über Deutschland, aber sie wird auch bei uns mit Nutzen gelesen werden. Insbesondere die Genossen, denen die Jugendbewegung noch immer eine überflüssige Einrichtung erscheint, mögen die Schrift lesen. Denn die Tendenzen, die in Deutschland in voller Klarheit zutage treten, sind auch bei uns vorhanden. Der modernisierten konfessionellen und nationalen Jugendbewegung hat sich auch bei uns neuerdings eine staatlich geförderte zugesellt, die sich unheimlich rasch ausbreitet. Und wie in Deutschland, schikaniert auch bei uns der Staat, der Gelder für Freibier und Würstel zur Verfügung stellt, die freie Jugendbewegung mit geheimen Erlässen. Unterlassungssünden können sich für die Partei auf diesem Gebiet bitterer rächen als anderwärts. Es genügt

* „Die bürgerliche Jugendbewegung“ von Karl Korn. Verlag Vorwärts, Berlin 1910. Preis K 1.20.

nicht, auf den Parteikonferenzen die Förderung der Jugendbewegung zu beschliessen und die Praxis dann so einzurichten, dass man ihr nur eben keine Hindernisse in den Weg legt. Unsere rührigen deutschböhmisches Genossen, die auf dem heissesten Kampfbooden stehen, haben erkannt, dass der Kampf nur zu gewinnen ist, wenn immer neue Kämpfer zur Sozialdemokratie stossen. Sie haben in drei Jahren 150 Jugendorganisationen geschaffen. Das soll beispielgebend für alle anderen Landesorganisationen sein. Damit die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Jugendorganisation überall festen Fuss fasse, wünschen wir der Schrift des Genossen Korn die weiteste Verbreitung. R. D.

Wohnungsfrage

Die Wohnungsfrage war stets ein interessanter Vorwurf für literarische Behandlung. Sie berührt die Interessen aller Menschen, auch die Reichen fürchten die Folgen des Wohnungselends als Ausgangsstellen der Epidemien, die auch vor den Palästen nicht Halt machen. Wie alle Probleme, die an der Grenzlinie mehrerer Wissenschaften liegen, hat das der Wohnungsfrage seine besonderen Reize. Oekonomen wie Hygieniker, Ethiker wie Juristen, Theologen wie Statistiker, Kulturpolitiker wie Verwaltungspraktiker, Mieter und Vermieter haben von besonderen Gesichtspunkten aus die Wohnungsfrage behandelt. In Oesterreich wird nun erst die Wohnungsreform in Fluss kommen können. Wir müssen da vor allem die Schäden zu vermeiden suchen, die eine scheinbar von Wohlwollen überfließende Wohnungsaktion der Unternehmer erzeugen kann.

Die Zentralkommission zur Beseitigung des Kost- und Logiszwanges in Deutschland beschloss vor kurzem ihre bedeutungsvolle Tätigkeit mit der Herausgabe der sehr wertvollen Arbeit von Wilhelm Jansson „Die Zustände im deutschen Fabrikwohnwesen“, die im Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands erschienen ist. In die Erhebung wurden nur Arbeiter eingezogen, die in den Häusern der Fabriksbesitzer, Hütten- und Zechen- sowie Werftverwaltungen eine selbständige Wohnung hatten. 3086 Fragebogen, über die Hälfte aus dem Bergbau, über ein Drittel aus der Glasindustrie, waren eingegangen; Textilindustrie und Ziegeleien waren noch mit 180 und 111 Fragebogen vertreten; von den übrigen 162 Fragebogen entfielen 100 auf 2, 62 auf 15 Industrien. Die Erhebungen stellten die Grösse der Wohnungen, Zimmerzahl, Bodenfläche, Wohnungshöhe, Luftraum, Wohnungspreise, Heizbarkeit und Belichtung der Wohnungen sehr gründlich dar. Auch sonst finden wir da sehr viele lehrreiche Einzelheiten über die Wohnungszustände. Die festgestellten Verhältnisse sind weit günstiger, als wir sie leider in den Wohnungen österreichischer Arbeiter antreffen, aber sie bleiben hinter dem Durchschnitt der Wohnungen der reichsdeutschen Arbeiter zurück. Für uns ist besonders wichtig an der Schrift die eindringliche Befragung und die genaue Beantwortung der Fragebogen durch die Arbeiter. Da lässt sich manches lernen.

—n.

Bildungswesen

Verus: Volksbildung — Zukunftsglaube. 24 Seiten. Broschiert 20 h. Wien 1911. Verlag: Brüder Suschitzky, Wien X.

Der Verfasser dieses Schriftchens hat gewiss die allerbesten Absichten. Er ist wohl selbst ein Arbeiter, der sich sein Wissen (es ist leider nur halbes Wissen) erkämpft hat und nun all seinen Klassengenossen die gleichen Wege zeigen will. Aber seine Gedanken über Bildung und Proletariat sind keineswegs geklärt und scharf, sondern verschroben und voll wirrer Widersprüche. Von der Lektüre dieser in einem fehlerhaften Deutsch verfassten Seiten muss also ernstlich abgeraten werden. Ueberdies enthält aber die Schrift noch einige Unrichtigkeiten, die nicht still hingegenommen werden können. Verus preist das Wirken des Wiener Volksbildungsvereines in so überschwänglicher Weise, dass er damit das Bild der Wiener Bildungsarbeit in ganz ungehöriger Weise verschiebt. Er spricht von den Lesehallen des Volksbildungsvereines, wo nur eine einzige Lesehalle existiert. Von den Lesezimmern der Arbeiterbildungsvereine aber ist nicht die Rede. Verus stellt die Bibliotheken des Volksbildungsvereines allen anderen Bibliotheken Wiens weit voran. Ja, weiss er denn gar nichts von der Zentralbibliothek und ihren Filialen? Nichts von den Leistungen unserer Favoritener und Gumpendorfer Genossen, nichts von der Ottakringer Jugendbibliothek?

Verus nennt den Volksbildungsverein das Sammelbecken aller Bildungsbestrebungen. Aber gerade das sollte er wissen, dass politische Bildung vom Volksbildungsverein mit Bewusstsein nicht betrieben wird. Wie kann man da von allen Bildungsbestrebungen sprechen? Ja, Verus versteigt sich sogar zu der Behauptung, dass der Volksbildungsverein das Klassenbewusstsein hervorrufe: „In der Sphäre schöner, reicher Gedanken gebar sich nicht in letzter Linie ein Klassenbewusstsein.“ Wie ferne dieses Wollen dem Volksbildungsverein liegt, weiss jeder, der die Ziele der modernen Volksbildungsbewegung kennt. Verus kennt sie offenkundig nicht. An einer Stelle meint er, die Arbeiterschaft Wiens wäre ohne den Volksbildungsverein nie und nimmer das geworden, was sie heute sei. Weiss Verus, dass man diesen Satz, wenn es einem Spass macht, auch umkehren kann? Schliesslich tritt er in fetten Lettern dafür ein, dass jeder Arbeiter Mitglied des Volksbildungsvereines werde. Warum? Weil unsere Unterrichtszentralisation auf Jahre hinaus materiell nicht befähigt sei, uns den Volksbildungsverein zu ersetzen. Hier tritt die Unzulänglichkeit der Verusideen völlig zutage. Unsere Unterrichtszentrale ist kein Konkurrenzunternehmen des Volksbildungsvereines, denn die Arbeiterbildung ist ihre Aufgabe. Und wenn jeder Wiener Arbeiter der Unterrichtsorganisation jährlich zwei Kronen geben wollte und könnte, käme ihre materielle Befähigung bald ins Wachsen. Ueber Volksbildung und Arbeiterbildung, über die Technik der allgemeinen und politischen Massenerziehung wird aber noch ausführlich gesprochen werden müssen. Schriften wie die vorliegende sind ganz darnach angetan, nach beiden Richtungen hin verwirrend und verstimmend zu wirken. Das muss beizeiten verhindert werden. J. L. S.

Erziehung

Elisabeth Gnauck-Kühne: „Jugendglück und Persönlichkeit“. Verlag Josef Kösel, Kempten und München. Ein Wort für Väter, Mütter und Töchter nennt die Verfasserin ihre Schrift; obwohl diese Arbeit der Frau Gnauck-Kühne dem Proletariat nichts sagt, für das sie auch nicht bestimmt ist, wollen wir sie doch erwähnen, um ihrer liebenswürdigen, feinen Art und schönen Ausdrucksweise willen.

Das kleine Werk spricht von den neuen Wegen, die den deutschen Mädchen heute gewiesen werden. Obwohl festhaltend an der christlichen Gesellschaft und ihrer Ethik redet die Verfasserin doch der Entwicklung und dem Fortschritt das Wort und plädiert für die neuen Lebensformen in Konsequenz der veränderten Daseinsbedingungen auch für das weibliche Geschlecht. Die Bekämpfer der nach vorwärts strebenden Frauen könnten aus der Arbeit dieser christlichen, aber klugen Frau lernen, wie es mit der Aussicht auf die Erfüllung des „natürlichen“ Berufes der Frau bestellt ist. Von 100 jungen Mädchen bis zu 20 Jahren sind in Deutschland nur zwei verheiratet, von 20 bis 25 Jahren noch nicht die Hälfte. Nach der Volkszählung von 1900 gab es am 1. Dezember des genannten Jahres im Alter von 15 bis 20 Jahren 2 1/2 Millionen ledige und nur 42.000 verheiratete weibliche Personen; im Alter von 20 bis 25 Jahren 1.800.000 ledige und nur 700.000 verheiratete Personen. Frau Gnauck-Kühne schliesst daraus, dass die weibliche Jugend mehr Zeit hat als früher, in einem Lebensalter, wo der Verstand bereits entwickelt ist; diese Jahre sollen ausgefüllt werden. Ein Hohelied auf die Arbeit als Persönlichkeit sind die weiteren Ausführungen, mit schönheitsvollen Worten versucht die Verfasserin, Eltern und Jugend zu beeinflussen. In den Anschauungen, säend zu arbeiten und einst eine Gabe tiefen Menschen Glückes in dankbarer Demut zu „Gottes Füßen“ niederzulegen, vermögen wir der Verfasserin allerdings nicht zu folgen. ap.

Verkehrswesen

Am eindrucksvollsten erkennt man den raschen Gang der wirtschaftlichen Entwicklung an unserem Verkehrswesen. Jedermann sieht die Entfaltung des Verkehrswesens, betrachtet sie heute als etwas durchaus Selbstverständliches, noch lange nicht Genügendes. Er erstaunt, wenn ihm bewiesen wird, wie vor etwas mehr wie einem Jahrhundert von den modernen Verkehrsmitteln gar keine Rede war, selbst die Strassen fast vollständig gefehlt haben. Das Eisenbahnwesen greift in alle wirtschaftlichen Beziehungen, und in fast sämtliche persönliche Verhältnisse energisch ein, Verkehrswesen und wirtschaftliche Entwicklung stehen in

engsten Wechselbeziehungen, sie bedingen und verursachen sich gegenseitig. Jedermann kennt die Bedeutung der Tarife, die Verkehrshemmnisse, aber auch Auslöser des Verkehrsfortschrittes sein können. Die Wirkungen der Eisenbahn und ähnlicher Verkehrsmittel auf die Befriedigung eines nahen und weiten Marktes, ihre Leistungen als Förderer des Exportes, aber auch als Hemmer des Importes, ihre Wechselbeziehung mit der Zollpolitik, sind oft Gegenstand wirtschaftspolitischer Erörterung. Wer sich in einem leicht lesbaren, reiches Material und viele Aufklärung bietenden Werkchen über das Verkehrswesen informieren will, dem empfehlen wir das vor kurzem in dritter verbesserter Auflage erschienene 15. Bändchen der Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen „Aus Natur und Geistesleben“: Verkehrsentwicklung in Deutschland 1800 bis 1900 (fortgeführt bis zur Gegenwart). Sechs volkstümliche Vorträge über Deutschlands Eisenbahnen und Binnenwasserstrassen, ihre Entwicklung und Verwaltung sowie ihre Bedeutung für die heutige Volkswirtschaft von Professor Dr. Walter Lotz. ad. br.

Revolutionsgeschichte

Die Sammler werden sich freuen, die nicht in der Lage sind, die immer seltener werdenden Flugblätter und Zeitungen aus dem Jahre 1848 mit Silber aufzuwiegen. Sie können nun um verhältnismässig wenig Geld — K 3.60 — den Neudruck „Im tollen Jahr“, Erster Jahrgang des Kladderadatsch 1848, erstehen, der neu mit Anmerkungen und Erläuterungen herausgegeben, im Verlag von A. Hofmann u. Komp., der den Kladderadatsch von 1848 bis jetzt herausgibt, erschienen ist. Man besitzt in diesem Jahrgang des Kladderadatsch, dessen Originalausgabe nur sehr schwer zu erhalten ist, ein wichtiges historisches Quellenwerk für die Revolution des Jahres 1848, man gewinnt auch eine anregende und belehrende Lektüre. Wohl ist so manches heute nicht mehr gut verständlich, aber in besonders beigegebenen Anmerkungen ist dafür gesorgt, dass die dem Original in absoluter Treue nachgeahmte Ausgabe des Kladderadatsch durchaus verständlich bleibt. Dem ganzen Charakter der Zeit entsprechend, enthält dieser erste Jahrgang des berühmtesten norddeutschen Witzblattes auch sehr viele ernste Betrachtungen, manche bittere Worte. Bei der grossen Bedeutung der österreichischen Verhältnisse für die Entwicklung Deutschlands im Jahre 1848 finden wir auch einige Bemerkungen, die auf das Oesterreich des Jahres 1848 Bezug haben. Nicht nur Sammlern revolutionärer Literatur, sondern auch allen, die sich für das Jahr 1848 interessieren, auch unseren Bibliotheken ist der Neudruck des ersten Bandes des „Organs für uns vom Bummler“ warm zu empfehlen. br.